

Quaisser, Wolfgang

Working Paper

Ökonomische Indikatoren zur Beitrittsfähigkeit der MOE-Länder - eine vergleichende Bewertung

Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, No. 245

Provided in Cooperation with:

Leibniz Institute for East and Southeast European Studies (IOS), Regensburg

Suggested Citation: Quaisser, Wolfgang (2003) : Ökonomische Indikatoren zur Beitrittsfähigkeit der MOE-Länder - eine vergleichende Bewertung, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, No. 245, ISBN 3921396824, Osteuropa-Institut München, München

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/83823>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeiten aus dem
OSTEUROPA-INSTITUT
MÜNCHEN

Working Papers

Nr. 245

März 2003

**Ökonomische Indikatoren zur
Beitrittsfähigkeit der MOE-Länder –
Eine vergleichende Bewertung**

Wolfgang QUAISSER

ISBN 3-921396-82-4

Gutachten

erstellt im Auftrag des
Bundesministeriums der Finanzen



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	v
I. Einleitung	1
II. Die ökonomischen Beitrittskriterien	2
1. Kriterium 1: Funktionsfähige Marktwirtschaft	4
1.1. Subkriterium 1: Preis- und Außenhandelsliberalisierung.....	4
1.2. Subkriterium 2: Markteintritt und Marktaustritt	5
1.3. Subkriterium 3: Rechtliche Rahmenbedingungen	6
1.4. Subkriterium 4: Makroökonomische Stabilität (und ergänzendes Kriterium: Konvergenz und wachstumsorientierte Makropolitik) ..	10
1.5. Subkriterium 5: Konsens in der Wirtschaftspolitik	22
1.6. Subkriterium 6: Finanzsektor	23
2. Kriterium 2: Wettbewerbsfähigkeit	26
2.1. Subkriterium 1: Funktionsfähige Marktwirtschaft	26
2.2. Subkriterium 2: Human- und Sachkapital.....	27
2.3. Subkriterium 3: Staatliche Wettbewerbspolitik und staatliche Einflussnahme	30
2.4. Ergänzendes Kriterium zu Subkriterium 3: Privatisierung und Unternehmenskontrolle.....	34
2.5. Ergänzendes Kriterium 5: Problemsektoren	36
2.6. Subkriterium 4: Betriebliche Investitionen zur Umstrukturierung und Leistungssteigerung, Wettbewerbsindikatoren und auslän- dische Direktinvestitionen (ADI)	38
2.7. Subkriterium 4: Außenwirtschaft, EU-Integration	44
2.8. Subkriterium 8: Kleinere und mittlere Unternehmen (KMU)	48
3. Zusammenfassende Bewertung	48
Literaturverzeichnis	54

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1	Ökonomische Beitrittskriterien.....	3
Übersicht 2	Indikatoren: Preis- und Außenhandelsliberalisierung	5
Übersicht 3	Indikatoren: Markteintritt und Marktaustritt (EU-Kommission).....	6
Übersicht 4	Indikatoren: Rechtliche Rahmenbedingungen, EBRD, IMD und EU-Kommission	8
Übersicht 5	Indikatoren: Korruption, Justiz und Sicherheit	9
Übersicht 6	Indikatoren: Makropolitik und Wachstum	16
Übersicht 7	Indikatoren: Wichtige makroökonomische Daten 2001.....	18
Übersicht 8	Wichtige makroökonomische Daten.....	18
Übersicht 9	Konvergenzkriterien und Kredit-Rating.....	19
Übersicht 10	Entwicklung des BIP der MOE-Beitrittskandidaten und der übrigen Transformationsländer, 2001	19
Übersicht 11	Die Erfüllung der Maastricht-Kriterien in den MOE-Ländern im Vergleich mit den EU-Südländern	20
Übersicht 12	Konsens in der Wirtschaftspolitik EU-Kommission	22
Übersicht 13	Indikatoren: Finanz- und Bankensektor.....	24
Übersicht 14	Indikatoren: Finanz- und Bankensektor.....	25
Übersicht 15	Indikatoren: Finanz- und Bankensektor.....	26
Übersicht 16	Kriterium 1: Funktionsfähige Marktwirtschaft	26
Übersicht 17	Infrastrukturindikator: Rangpositionen IMD (2002).....	28
Übersicht 18	Indikatoren: Infrastruktur und Fortschritte bei Reformen im Bereich Infrastruktur (EBRD, 2002)	28
Übersicht 19	Human- und Sachkapital sowie Arbeitsmarkt.....	29
Übersicht 20	EU-Kommission: Infrastruktur und Fortschritte bei Reformen im Bereich Infrastruktur	30
Übersicht 21	Indikatoren: Regierung und staatliche Interventionen (2002).....	31
Übersicht 22	Indikatoren: Regierung und staatliche Interventionen (2002).....	32
Übersicht 23	Staatliche Einflussnahme und Wettbewerbspolitik.....	33
Übersicht 24	Indikatoren: Privatisierung, Unternehmenskontrolle und Industriepolitik.....	35
Übersicht 25	EBRD-Indikatoren: Privatisierung und Unternehmenskontrolle	36
Übersicht 26	Indikatoren: Problemsektoren	38
Übersicht 27	Indikatoren: Betriebliche Investitionen und ADI.....	40
Übersicht 28	Indikatoren: Investitionen und ADI.....	41
Übersicht 29	Indikatoren: Produktivität und Mikroökonomische Wettbewerbsindikatoren	41
Übersicht 30	Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit in der Industrie	42
Übersicht 31	Indikatoren: Außenwirtschaft.....	45
Übersicht 32	Indikatoren: Außenwirtschaft.....	46
Übersicht 33	Handelsbilanz- und Leistungsbilanzsaldo der Kandidatenländer	46
Übersicht 34	Warenstruktur und Entwicklung der MOE-Exporte (2000)	47
Übersicht 35	Exportentwicklung der Kandidatenländer 1998-2000	47
Übersicht 36	Indikatoren: Kleinere und mittlere Unternehmen.....	49
Übersicht 37	IMD-Wettbewerbsindex Insgesamt und Index der wirtschaftlichen Freiheit	50
Übersicht 38	WEF-Wettbewerbsindex „Wachstum“	51
Übersicht 39	WEF-Mikroökonomischer Wettbewerbsindex	52

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Auf dem Kopenhagener Gipfel im Dezember 2002 haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Osterweiterung zugestimmt. Ein historisches Projekt befindet sich nun in der Endphase, doch bestehen in der Öffentlichkeit und auch in Fachkreisen durchaus Bedenken hinsichtlich der EU-Beitrittsfähigkeit der neuen Mitgliedsländer. Das Gutachten untersucht, ob diese Bedenken im ökonomischen Bereich gerechtfertigt sind. Dabei geht es weniger um die hinlänglich bekannten beachtlichen Differenzen im Einkommensniveau zwischen den neuen und alten Mitgliedsländern, als vielmehr um die Erfüllung der seitens der EU aufgestellten Beitrittskriterien.

Laut EU gilt im ökonomischen Bereich die Erfüllung zweier Kriterien („funktionsfähige Marktwirtschaft“ und „Wettbewerbsfähigkeit“) als Voraussetzung des EU-Beitritts. Anhand von Indikatoren unterschiedlicher Institutionen (u.a. EU-Kommission, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, EBRD, International Institute for Management and Development, IMD, World Economic Forum, WEF) wird die Beitrittsfähigkeit der MOE-Länder aus ökonomischer Sicht bewertet. Die Studie orientiert sich an den Kriterien der EU, wird jedoch durch zusätzliche Einschätzungen ergänzt.

Subkriterium 1: Funktionsfähige Marktwirtschaft

Die Bewertung der Kommission fällt recht allgemein aus: Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn werden von der EU-Kommission, wie bereits in den früheren Berichten, als funktionsfähige Marktwirtschaften angesehen. Erstmals wird nunmehr Bulgarien angesichts deutlicher Fortschritte als funktionsfähige Marktwirtschaft bezeichnet. Die Bewertung Rumäniens fällt vage aus, denn trotz Reformfortschritte kann dieses Beitrittskriterium noch nicht als erfüllt gelten. Der Kommissionseinschätzung ist weitgehend zuzustimmen. In Hinblick auf ihre makroökonomische Politik sowie die institutionellen Rahmenbedingungen für den Marktprozess (u.a. rechtliche Rahmenbedingungen, Markteintritt und Marktaustritt) weisen jedoch einige Länder Schwächen auf, die auch hinsichtlich des Wettbewerbskriteriums Sorge bereiten.

Die Preis- und Außenhandelsliberalisierung ist weit vorangeschritten: Alle Beitrittskandidaten haben beachtliche Liberalisierungsschritte insbesondere im außenwirtschaftlichen Bereich zu verzeichnen, doch in der Binnenwirtschaft werden noch zu viele Preise (vor allem Energie, Mieten etc.) administrativ reguliert. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass die Gütermärkte mit gewissen Einschränkungen relativ effizient funktionieren, obwohl weitere Liberalisierungsschritte notwendig sind. Anhand der EBRD-Kriterien lässt sich in diesem Bereich keine deutliche Länderdifferenzierung erkennen, doch schneiden Polen, Ungarn und Slowenien im Vergleich zu den anderen Ländern geringfügig besser ab. Die IMD-Bewertung (ohne Lettland, Litauen, Bulgarien

und Rumänien) im Bereich Außenwirtschaft (Ausmaß protektionistischer Praktiken) lässt demgegenüber erkennen, dass sich Estland deutlich von den übrigen Ländern abhebt und sogar die EU-Südländer übertrifft, wogegen Tschechien und Ungarn im Vergleich zu diesen ähnlich bewertet werden. Die neuen Mitgliedsländer weisen mit Ausnahme Sloweniens im Vergleich zu den EU-Südländern stärkere administrative Eingriffe durch die Zollbehörden auf.

Markteintritt und Marktaustritt sind rechtlich abgesichert, doch bestehen in der Realität verschiedene Hindernisse: In dem Bereich Markteintritt und Marktaustritt sind laut Kommissionsbewertung Ungarn und Estland führend, obwohl der Abstand zu Polen nicht allzu groß ausfällt. Weitergehende Probleme werden für Tschechien und Slowenien konstatiert, wobei grundsätzlich die Schwierigkeiten eher im Bereich des Marktaustritts liegen. Dabei geht es weniger um die Defizite im Rechtssystem, als vielmehr um ihre praktische Implementierung, insbesondere im Bereich der Insolvenzverfahren. Die Slowakei, Lettland und Litauen haben zwar beachtliche Fortschritte in diesem Bereich vollzogen, doch werden weiterhin Mängel konstatiert. In Bulgarien und Rumänien scheinen Markteintritt und –austritt noch immer schlecht zu funktionieren.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Marktwirtschaft sind weitestgehend geschaffen: Die Differenzierung hinsichtlich Markteintritt und Marktaustritt trifft anhand des EBRD-Rechtsindikators nur bedingt für den Unternehmenssektor zu. In allen Ländern sind weitestgehend die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Marktwirtschaft geschaffen und die Eigentumsrechte gesichert worden, wenngleich Tschechien und die Slowakei etwas weniger erfolgreich waren. Bei der IMD- und WEF-Bewertung führen in diesem Bereich Ungarn und Estland (mit Einschränkung Tschechien), die ein dem der EU-Südländer ähnliches Niveau erreichen. Die übrigen MOE-Länder (insbesondere Rumänien beim WEF-Indikator) erzielen dagegen deutlich schlechtere Werte. Wie stark der Marktmechanismus durch Korruption und ein unzulängliches Justiz- und Sicherheitssystem beeinträchtigt wird, kann ergänzend abgeschätzt werden. Ungarn, Slowenien und Estland schneiden in diesem Bereich am besten ab, Rumänien dagegen am schlechtesten. Korruption ist jedoch auch in Tschechien, der Slowakei und Lettland sehr stark verbreitet, wogegen das etwas günstiger bewertete Polen etwa das Niveau des EU-Schlusslichts Griechenland erreicht.

Die Makropolitik der meisten Beitrittskandidaten ist solide, wenngleich binnen- und außenwirtschaftliche Gefahren drohen und EU-Referenzwerte nicht erreicht werden: Bezüglich des ergänzenden Kriteriums Makropolitik führt Estland, dicht gefolgt von Ungarn, Slowenien und den übrigen baltischen Staaten. Polen fällt gegenüber den Vorjahren aufgrund mangelnder Abstimmung in der Geld- und Fiskalpolitik und wegen der akuten Wirtschaftsflaute etwas zurück. Markante Fortschritte erzielten die Kandidatenländer in den letzten zwei Jahren hinsichtlich der monetären Konvergenz, doch muss sich deren „Nachhaltigkeit“ bezüglich Inflation und außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte (hohe Leistungsbilanzdefizite) mittelfristig erst beweisen. Insbesondere die fis-

kalische Konsolidierung ist selbst in fortgeschrittenen Reformländern (u.a. Polen, Ungarn, Tschechien) nicht hinreichend gelungen. Bulgarien verzeichnet dank seiner strikten Stabilisierungspolitik in den letzten Jahren Fortschritte in diesem Bereich, wogegen Rumänien trotz geringfügig höherer Bewertung eindeutig das Schlusslicht bildet.

Der reale Konvergenzprozess vollzieht sich in den MOE-Ländern eher langsam und wird immer wieder durch Anpassungskrisen unterbrochen: Hinsichtlich des ergänzenden Indikators „anhaltendes Wirtschaftswachstum“ fällt Polen etwas zurück, wogegen Ungarn und die Slowakei aufgeholt haben. Der reale Konvergenzprozess vollzieht sich in den Kandidatenländern im Vergleich zur EU eher langsam. Die Wachstumsraten liegen zwar über denen der EU, doch ist es seit 1997 nur einigen MOE-Ländern (Ungarn, Estland, Lettland) gelungen, signifikant (mindestens 2-Prozentpunkte) höhere Wachstumsraten als in der EU-15 zu erreichen. Die Erfahrungen Ungarns (1995), Tschechiens (1997) und zuletzt Polens (2001/02) zeigen, dass makroökonomische Fehlentwicklungen, die entsprechende wirtschaftliche Korrekturen erfordern, erneute Anpassungskrisen hervorrufen. Sie verzögern den mittel- und langfristigen Konvergenzprozess spürbar. Dramatische Finanz- bzw. Wirtschaftskrisen sind aufgrund der moderaten (größtenteils durch ADI-Zuflüsse gedeckten) Leistungsbilanzdefizite und der relativ stabilen Finanzsektoren jedoch kaum zu erwarten.

Ein grundlegender Konsens in der Wirtschaftspolitik ist weitestgehend erreicht: Das Kommissionskriterium „Konsens in der Wirtschaftspolitik“ wäre nur dann von ausschlaggebender Bedeutung, wenn eine Fundamentalopposition gegen marktwirtschaftliche Reformen und EU-Integration nennenswert an Einfluss gewinnen würde. Zwar sind solche Strömungen durchaus vorhanden (radikale Bauernbewegung in Polen, Bergarbeiterstreiks vor einigen Jahren in Rumänien), doch konnten sie nicht grundsätzlich den öffentlichen Konsens über grundlegende Ziele (insbesondere des EU-Beitritts) gefährden. Aus diesem Grunde ist selbst in Polen nicht zu erwarten, dass die anstehenden Referenden den EU-Beitritt verhindern werden. Jüngste (Dezember 2002) Umfragen zeigen indes, dass die Zustimmung zu einem EU-Beitritt in Lettland und Estland unter 50% liegt. Zudem sind durchaus scharfe politische Kontroversen über die Wirtschaftspolitik in den Kandidatenländern zu beobachten, was allerdings auch bei den jetzigen EU-Mitgliedsländern keine Seltenheit ist. Ein Hindernisgrund für einen EU-Beitritt kann dies deshalb nicht sein.

Beachtliche Fortschritte sind in der Bankenreform der MOE-Länder zu konstatieren, doch entspricht der Finanzsektor in den meisten Beitrittsländern noch nicht vollständig den Standards entwickelter Marktwirtschaften: Die Mehrzahl der neuen EU-Mitgliedsländer ist wegen der unzureichenden Reife des Finanzsektors zu kritisieren. Verschiedene Indikatoren und Bewertungen der EBRD, des IMD, aber auch der Kommission zeigen, dass nur der estnische und ungarische Finanzsektor EU-Standards erreicht. Polen und Tschechien konnten deutliche Reformfortschritte vorweisen. In Polen hat sich jedoch die finanzielle Solidität des Finanzsektors aufgrund der Wirtschafts-

flaute verschlechtert. Tschechien und die Slowakei weisen trotz Konsolidierungsfortschritt noch einen hohen Anteil notleidender Kredite auf. Die Unzulänglichkeiten des Finanzsektors betreffen auch unmittelbar das Wettbewerbskriterium, weil eine effiziente Allokation des Kapitals eingeschränkt und die Modernisierung der Unternehmen verzögert wird.

Subkriterium 2: Wettbewerbsfähigkeit

Die Human- und Sachkapitalausstattung ist in den neuen Mitgliedsländern nur bedingt für einen EU-Beitritt ausreichend: Während Tschechien, Ungarn und Slowenien sicherlich die geringsten Infrastrukturprobleme aufweisen und über gut ausgebildete Arbeitskräfte verfügen, dürften in den übrigen Staaten noch erhebliche Investitionen notwendig sein. Dies gilt insbesondere für Bulgarien und Rumänien, wo auch nach Kommissionseinschätzung die Infrastrukturdefizite die Wirtschaftsentwicklung stark beeinträchtigen. Die Transformationsindikatoren der EBRD zeigen, dass die Reformen in wichtigen Infrastrukturbereichen in den neuen Mitgliedsländern voranschreiten, jedoch noch nicht abgeschlossen sind. Der EU-Beitritt wird sich aufgrund der EU-Struktur- und Regionalförderung positiv auf die Human- und Sachkapitalausstattung der MOE-Länder auswirken. Dabei ist darauf zu achten, dass Bulgarien und Rumänien, die ohnehin eine ungünstigere Infrastruktur aufweisen, im Rahmen der Vorbeitrittshilfen nicht benachteiligt werden.

Die staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft ist in einigen MOE-Ländern nach wie vor hoch und eine Wettbewerbspolitik nach EU-Standards noch nicht erreicht: Die Rechtsanpassung im Bereich der Wettbewerbs- und Subventionspolitik ist in den meisten fortgeschrittenen MOE-Ländern nahezu abgeschlossen, doch sind auch dort das tatsächliche Ausmaß der staatlichen Einflussnahme auf die Wirtschaft und der Umfang staatlicher Subventionen noch hoch. Insbesondere in Polen und Tschechien lassen sich stärkere staatliche Einflüsse feststellen. Es ist nicht auszuschließen, dass die strikte Anwendung der wettbewerbspolitischen Regeln der EU in einigen Ländern für spezifische Branchen Überlebensprobleme nach sich ziehen wird. Verschiedene Indikatoren hinsichtlich Verwaltung und staatlicher Einflussnahme lassen Estland und Ungarn am besten abschneiden, obwohl der für die Acquisübernahme zuständige Verwaltungsbereich auch in diesen Ländern noch Defizite aufweist. Dennoch dürften diese Mängel in einem überschaubaren Zeitraum mit entsprechender fachlicher Qualifizierung der Verwaltung überwunden werden. Schlusslicht bilden auch bei diesem Kriterium Bulgarien und Rumänien.

Zwar ist die Privatisierung in den MOE-Ländern fast abgeschlossen, doch bestehen noch Defizite im Bereich der Eigentümerkontrolle und Umstrukturierung der Unternehmen: Während die sog. kleine Privatisierung (Handel, Dienstleistungen, kleine Unternehmen) in allen Ländern als abgeschlossen gelten kann, haben Ungarn, Tschechien, Estland und die Slowakei sowie mit Einschränkungen auch Litauen und Bulgarien die Privatisierung von Großunternehmen nahezu beendet. In den übrigen MOE-Ländern

muss noch eine Vielzahl von Großunternehmen privatisiert werden. Während zumindest die fortgeschrittenen MOE-Länder im Bereich der Privatisierung bald EU-Standards erreicht haben dürften, fällt der Abstand zum westeuropäischen Niveau bezüglich Unternehmenskontrolle und Umstrukturierung markanter aus. Ungarn, Tschechien gefolgt von Polen und Estland dürften am weitesten vorangeschritten sein, doch wird auch hier noch einige Zeit vergehen, um ein mit der EU vergleichbares Niveau zu erreichen. Marktwirtschaftliche industriepolitische Konzepte nach EU-Standards sind zwar vielfach formal verankert, bestehen aber selbst in den fortgeschrittenen MOE-Ländern weitestgehend nur auf dem Papier.

Die vollständige Lösung von wirtschaftlichen Strukturproblemen kann keine Voraussetzung für den Beitritt sein, doch müssen Reformen glaubwürdig in die Wege geleitet sein: Umstrukturierung und Modernisierung von schrumpfenden Wirtschaftssektoren (Kohle-, Stahl- und Agrarsektor) sind in den Kandidatenländern unterschiedlich weit vorangeschritten. Ungarn hat weitestgehend die Kapazitäten in den schwerindustriellen Bereichen angepasst, doch ist die Privatisierung der Stahlindustrie noch nicht abgeschlossen. Tschechien benötigt weitere Privatisierungen, Umstrukturierungen und Kapazitätsverminderungen in der Stahlindustrie und im Kohlebergbau. Insbesondere in Polen sind diese Anpassungsprozesse in den Problembereichen (Bergbau und Stahlindustrie) noch im vollen Gange. Als schwierig erweist sich die Situation der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und von Teilen der Nahrungsmittelindustrie. In Slowenien und der Slowakei sind Strukturwandel und Privatisierung des Stahlsektors noch nicht vollständig abgeschlossen. Dies gilt auch im Baltikum für den Energiesektor sowie die öffentlichen Versorgungsunternehmen. Trotz einiger Fortschritte sind die Problemsektoren in Bulgarien und insbesondere in Rumänien (Landwirtschaft, Energiesektor) weitaus ungünstiger zu beurteilen.

Die betriebliche Umstrukturierung ist in den MOE-Ländern in vollem Gange, doch hat sich in einigen Ländern die Wettbewerbsposition der Industrie verschlechtert: Polen, Ungarn und Slowenien zeichnen sich von 1997 bis 2001 durch dynamische Investitionstätigkeit aus, die sich in Polen wegen der Wirtschaftsflaute allerdings jüngst merklich abschwächte. Auch in anderen Ländern (Baltikum, Bulgarien) haben die Investitionen, allerdings von einem niedrigen Ausgangsniveau, deutlich angezogen. Investitionsdynamik und starkes Wachstum von ausländischen Direktinvestitionen (vor allem in Ungarn) zeigen, dass in den fortgeschrittenen MOE-Ländern die Modernisierung des Kapitalstocks voranschreitet. Dies ist in etwas geringerem Umfang in Tschechien, Estland und Polen der Fall, doch vollzieht sich in allen Kandidatenländern die Modernisierung der heimischen Unternehmen deutlich langsamer. Die quantifizierbaren Indikatoren zeigen, dass sich seit 1997 die Wettbewerbsposition der polnischen und tschechischen Industrie nicht zuletzt infolge der Währungsaufwertung und aufgrund eines im Vergleich zum Produktivitätswachstum stärkeren Lohnanstiegs verschlechtert hat. Auch in Litauen und Lettland ist dieser Trend, allerdings von einem niedrigen Ausgangsniveau, zu beobachten. Deutlich besser sieht die Lage in Ungarn, Slowenien, Estland und der Slowakei aus. In Bulgarien und Rumänien lassen die Indikatoren darauf schließen, dass die wirtschaftliche Konsolidierung erst begonnen hat.

Ausmaß, Tempo und Art der Handelsverflechtung der MOE-Länder deuten darauf hin, dass die wirtschaftliche Integration der Beitrittsländer in die EU weit vorangeschritten ist: Die EU hat für die MOE-Länder sowohl im Handelsvolumen als auch im Außenhandelsanteil Werte erreicht, die der geographischen Nähe der Beitrittsländer und ihrem Einkommensniveau entsprechen. Auch die Struktur des Außenhandels lässt darauf schließen, dass die Außenhandelsintegration der Beitrittskandidaten der ersten Runde weit vorangeschritten ist und wichtige Branchen (u.a. Automobil) mit der westeuropäischen Wirtschaft verflochten und wettbewerbsfähig sind. Dies gilt insbesondere für Ungarn, Estland und Tschechien, die einen beachtlichen Wandel in der Struktur und Qualität ihrer Exporterzeugnisse erreicht haben. Der Indikator „Globalisierung“ des IMD zeigt, dass diese Länder teilweise besser als die Südländer abschneiden.

Kleinere und mittlere Unternehmen sind eine der tragenden Säulen des Wachstums und des Strukturwandels, doch behindert das Umfeld sie vielfach in ihrer Entwicklung: Obwohl in den einzelnen Ländern die Bedeutung des KMU-Sektors durchaus unterschiedlich ausfällt, kann in allen MOE-Ländern eine Diversifizierung der Unternehmensstruktur weg von den Großunternehmen beobachtet werden. Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien und Estland sind in der KMU-Entwicklung am weitesten fortgeschritten. Dort trägt dieser Sektor maßgeblich zum Wirtschaftswachstum und Strukturwandel bei. In der Slowakei dominieren noch Großunternehmen in Produktion und Export und in Rumänien sind die KMU weitgehend auf Dienstleistungen konzentriert. Unzureichende Möglichkeiten der Fremdfinanzierung, bürokratische Hürden, Korruption und mangelhafter Zugang zu unternehmensbezogenen Dienstleistungen bleiben weiterhin Entwicklungshemmnisse des KMU-Sektors. Die Übernahme von formalen EU-Förderrichtlinien und Unterstützungsprogrammen ist zwar fast abgeschlossen, doch die EU-Kommission bemängelt deren reale Implementierung.

Das EU-Kriterium „Wettbewerbsfähigkeit“ wird von den Beitrittsländern noch nicht ausreichend erfüllt: In Hinblick auf das Wettbewerbskriterium können Estland und Ungarn bis zum Jahr 2004 die nötige Beitrittsreife erreichen. In vielen Bereichen sind diese Staaten schon mit den EU-Südländern vergleichbar bzw. schneiden in Einzelfällen sogar besser ab, doch ist auf eine solide makroökonomische Politik zu achten. Auch für Slowenien und Tschechien sieht die Prognose günstig aus, obwohl hier noch strukturelle Reformen abgeschlossen werden müssen. Dies gilt nur mit Einschränkungen für die anderen fortgeschrittenen Beitrittskandidaten Polen, die Slowakei, Lettland und Litauen. Diese müssen in den nächsten Jahren noch erhebliche Anstrengungen zur Umstrukturierung und Modernisierung von Unternehmen, insbesondere in Problemsektoren auf sich nehmen und die Rahmenbedingungen für ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Anpassungsprobleme sind deshalb auch nach dem Beitritt 2004 absehbar. Bulgarien hat in den letzten Jahren aufgeholt und es besteht ein deutlicher Abstand zu Rumänien. Das Beitrittsdatum 2007 scheint deshalb insbesondere für Rumänien sehr optimistisch zu sein.

I. Einleitung

Nach schwierigen Beitrittsverhandlungen und komplizierten internen Abstimmungsprozessen über die Erweiterungskosten (insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland) haben die Staats- und Regierungschefs auf dem Kopenhagener Gipfel im Dezember 2002 der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) zugestimmt. Nun beginnt ein zeitraubender Ratifizierungsprozess der Beitrittsverträge in den alten und zukünftigen Mitgliedsländern. Trotz des einmütigen Votums der Regierungschefs bestehen noch immer in Fachkreisen sowie Teilen der Öffentlichkeit und der Regierungen in den alten EU-Mitgliedsstaaten erhebliche Zweifel an der Beitrittsfähigkeit einzelner MOE-Länder. Dagegen hat die EU in ihrem letzten „Fortschrittsbericht“ den Kandidatenländern trotz einiger Vorbehalte die Fähigkeit zugesprochen, sich erfolgreich in der EU zu integrieren.

Die EU-Kommission stützt sich dabei auf Bewertungskriterien, die man auf dem Kopenhagener Gipfel 1993 für die einzelnen Beitrittskandidaten definierte. Im ökonomischen Bereich handelt es sich dabei um zwei Kriterien, nämlich die Etablierung einer „funktionsfähigen Marktwirtschaft“ und die Fähigkeit des Beitrittslandes, „dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten“. In einer früheren Studie wurden Begriff bzw. Bewertungskriterien der „Wettbewerbsfähigkeit“ kritisch diskutiert und teilweise alternative bzw. ergänzende Maßstäbe (siehe Kapitel II) festgelegt (Quaisser, 1999; Krugman, 1994). Deshalb wird in dieser Studie auf eine tiefere analytische Überprüfung der ökonomischen Beitrittskriterien und der einzelnen Indikatoren verzichtet.

Im folgenden Gutachten soll anhand dieser erweiterten Kriterien aktualisiert und überprüft werden, ob aus ökonomischer Sicht die Beitrittsfähigkeit der Kandidatenländer gegeben ist. Aufschlussreich für die Beitrittsfähigkeit sind Vergleiche mit den EU-Südländern, die zumindest anhand einiger Kriterien vorgenommen werden können. Dieses Vorgehen ist insofern hilfreich, als die ökonomische Problemlage der neuen Mitgliedsländer mit der weniger entwickelten EU-Volkswirtschaften verglichen werden kann und abschätzbar ist, mit welchen Problemen bei der Aufnahme in der EU zu rechnen ist. Da einige Jahre nach dem EU-Beitritt auch die Teilnahme der neuen Mitgliedsländer an der Währungsunion ansteht, wird auf Fragen der makroökonomischen Stabilität ausführlicher eingegangen.

II. Die ökonomischen Beitrittskriterien

Auf seinem Gipfel im Juni 1993 in Kopenhagen hat der Europäische Rat drei Hauptkriterien für den EU-Beitritt formuliert. Die politischen Kriterien (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Schutz von Minderheiten) werden in den folgenden Betrachtungen nicht näher berücksichtigt. Auf einige Aspekte wird indes doch einzugehen sein, denn beispielsweise bestimmt die „Qualität“ des Rechtsstaates auch die Fundamente der Marktwirtschaft (bzw. Durchsetzung von Verträgen und Eigentumsrechten). Im Zentrum der Untersuchung stehen die ökonomischen Kriterien, die jedoch vielfach auch im Kontext des dritten Kriteriums („Übernahme des Gemeinsamen Rechtsstandes“) analysiert werden müssen. Beispielsweise ist die Durchsetzung der EU-Beihilfe- und Wettbewerbsregelungen wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des gemeinsamen Binnenmarktes.

Die Kriterien für eine funktionsfähige Marktwirtschaft lauten (hier verkürzt dargestellt) wie folgt: freie Preisbildung, Außenhandelsliberalisierung, keine Schranken für den Markteintritt und Marktaustritt, entsprechender Rechtsrahmen (einschließlich Eigentumsrechte), makroökonomische Stabilität, Konsens über Wirtschaftspolitik sowie ein entwickelter Finanzsektor. Laut EU-Kommission ist das ökonomische Kriterium (funktionsfähige Marktwirtschaft einschließlich makroökonomische Stabilität) gleichzeitig auch die Voraussetzung für das zweite Kriterium (Wettbewerbsfähigkeit).

Um das Wettbewerbskriterium zu erfüllen, muss eine ausreichende Human- und Sachkapitalausstattung, einschließlich einer angemessenen Infrastruktur vorhanden sein. Zudem ist zu bewerten, in welchem Umfang Regierungspolitik und Gesetzgebung die Wettbewerbsfähigkeit über die Handels- und Wettbewerbspolitik, durch staatliche Beihilfen sowie die Förderung der kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) beeinflussen.

In den Fortschrittsberichten der EU-Kommission zur Beitrittsfähigkeit der einzelnen Länder (EU-Kommission, 2002) wird zusätzlich darauf hingewiesen, dass staatliche Unternehmen umzustrukturieren seien und alle Unternehmen Investitionen zur Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit tätigen müssen. Gleichzeitig tragen Außenfinanzierung, erfolgreiche Umstrukturierung und Innovation entscheidend zur Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei. Letztlich sind das Integrationsniveau bezogen auf die EU-Wirtschaft sowie Volumen und Struktur des Außenhandels wichtige Indikatoren dafür, ob die MOE-Volkswirtschaften dem Wettbewerbsdruck des gemeinsamen Binnenmarktes standhalten können.

Die folgende Untersuchung wird durch zusätzliche Kriterien (Konvergenz und wachstumsorientierte Makropolitik, Privatisierung und Unternehmenskontrolle, Umstrukturierung von Problemsektoren) ergänzt. In der Kommissionsanalyse sind diese Aspekte zwar teilweise enthalten, doch werden sie nicht als eigenständige Subkriterien behandelt. Vervollständigt werden die Bewertungen durch statistische Angaben, Einschätzungen der EBRD, des International Institute for Management and Development (IMD) und des World Economic Forums (WEF). Insbesondere das Rating von IMD und

WEF ermöglicht es, Polen, Ungarn, Tschechien und Slowenien mit den EU-Südländern zu vergleichen. Auf das Rating anderer Institutionen (Fraser-Institute, Heritage Foundation) wird nur partiell eingegangen.

ÜBERSICHT 1

Ökonomische Beitrittskriterien

Funktionsfähige Marktwirtschaft, EU-Kommission	Ergänzende Kriterien
<ol style="list-style-type: none"> 1) Preis- und Außenhandelsliberalisierung 2) Keine nennenswerten Schranken beim Markteintritt bzw. -austritt 3) Stabiler Rechtsrahmen (insbesondere Eigentum); Durchsetzung von Gesetzen und Verträgen ist gewährleistet 4) Makroökonomische Stabilität, einschl. angemessene Preisstabilität tragfähiger öffentl. Finanzen und Außenwirtschaftsbilanzen 5) Breiter Konsens über Eckpunkte der Wirtschaftspolitik 6) Entwickelter Finanzsektor, um Ersparnisse in produktive Investitionen umzulenken 	<p>(ergänzend: Konvergenz und wachstumsorientierte Makropolitik; Beitrittsfähigkeit zur Währungsunion)</p>
<p style="text-align: center;">Wettbewerbskriterium, Kommission</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Funktionsfähige Marktwirtschaft und makroökonomische Stabilität 2) Human- und Sachkapitalausstattung 3) Wettbewerbspolitik, staatliche Beihilfen sowie die Förderung von KMU 6) Betriebliche Investitionen zur Umstrukturierung und Leistungssteigerung 7) Integrationsniveau bezogen auf die EU-Wirtschaft, Volumen und Struktur des Außenhandels 8) Anteil und Dynamik der KMU 	<ol style="list-style-type: none"> 4) Ergänzendes Kriterium: Privatisierung, Umstrukturierung und Unternehmenskontrolle 5) Ergänzendes Kriterium: Problemsektoren (ergänzend: Wettbewerbsindikatoren und ausländische Direktinvestitionen)

Quelle: eigene Bearbeitung.

Ein besonderer Schwerpunkt wird in der Untersuchung dem Subkriterium 4 eingeräumt. Hier geht es um Fragen der makroökonomischen Stabilität und der finanziellen Solidität der künftigen Mitgliedsländer (einschließlich des ergänzenden Kriteriums: Konvergenz und wachstumsorientierte Makropolitik). Hintergrund dieser Betrachtung ist, dass nach der Transformationskrise die führenden Beitrittsländer Polen, Ungarn und Tschechien zwar ein Wirtschaftswachstum einleiteten, ohne es jedoch dauerhaft zu stabilisieren. Während Polen in den 90er Jahren noch einen relativ anhaltenden Wachstumsprozess aufwies, der erst 2001 unterbrochen wurde, haben Ungarn 1995 und Tschechien 1997 Wirtschaftskrisen durchlebt. In allen Ländern waren makroökonomische Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz und/oder im fiskalischen Bereich Auslöser der Krisenentwicklung. Die Frage stellt sich, inwiefern Fehler in der makroökonomi-

schen Steuerung (Prozesspolitik) auftraten und welche strukturellen Ursachen, die möglicherweise auch nach dem EU-Beitritt weiterwirken, hierfür verantwortlich waren.

In diesem Zusammenhang wird auch die Perspektive der MOE-Länder hinsichtlich der Maastricht-Kriterien und des Beitritts zur Währungsunion untersucht. Die ostmitteleuropäischen EU-Kandidatenländer haben nach einem Beitritt nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die langfristige Verpflichtung sich der Währungsunion anzuschließen, wenn sie die Maastricht-Kriterien erfüllen. Obwohl die Mehrheit der MOE-Länder die Kriterien sicherlich bis zum Beitritt nicht erfüllen wird, ist ein rascher Beitritt zur Währungsunion einige Jahre nach der Osterweiterung möglich. Dies ist auch deshalb wahrscheinlich, weil den ostmitteleuropäischen Staaten im Gegensatz zu einigen der jetzigen EU-Mitgliedsländern (u.a. Großbritannien und Dänemark) kein „opting out“ zugestanden wird.

1. Kriterium 1: Funktionsfähige Marktwirtschaft

1.1. Subkriterium 1: Preis- und Außenhandelsliberalisierung

Grundlage einer funktionsfähigen Marktwirtschaft sind die freie Preisbildung und ein liberales Außenhandelsregime. Übersicht 2 zeigt anhand der EBRD-Kriterien, dass die Beitrittsländer in der binnen- und außenwirtschaftlichen Marktliberalisierung weit fortgeschritten sind. Im Bereich der Preisliberalisierung bleibt indes noch einiges zu tun. Die Bewertung der EBRD (im Schnitt 3 bis 3+) fällt hier ungünstiger aus, als es für entwickelte Marktwirtschaften der EU anzunehmen ist (4+). Dies bestätigt auch der relativ hohe Anteil administrierter Preise (insbesondere bei Energie, Mieten etc.) in den MOE-Ländern. Außenwirtschaft und Wechselkurs entsprechen weitgehend den marktwirtschaftlichen Kriterien. Allerdings müsste hinsichtlich des Außenwirtschafts- und Wechselkurskriteriums die EU-Kompatibilität eingehender bewertet werden, was an anderer Stelle (Kapitel 1.4.) noch erfolgt.

Ein Vergleich mit den EU-Südländern ist anhand des IMD möglich, das einen aggregierten Wettbewerbsindex auf Basis von 4 Indikatoren verwendet, die jeweils aus 20 Sub-Indikatoren („Wirtschaftsentwicklung“, „Regierungseffizienz“, „Business-Effizienz“ und „Infrastruktur“) sowie 314 Einzelindikatoren ermittelt werden. Die in Übersicht 2 dargestellte Bewertung des IMD gibt die Rangpositionen der 49 berücksichtigten Länder wieder; d.h. je höher die Rangposition, desto schlechter ist eine Nation im internationalen Standortwettbewerb gestellt. In der IMD-Untersuchung werden leider Lettland, Litauen, Bulgarien und Rumänien nicht berücksichtigt.

Bezüglich des Außenhandelsregimes zeigt der Vergleich der IMD-Einzelindikatoren (Protektionismus und Zollbehörden), dass nur Estland (eingeschränkt Ungarn) eine den EU-Südländern ähnliche (teilweise sogar bessere) Bewertung erreicht. Dies deutet auf die immer noch erheblichen protektionistischen und administrativen Eingriffe in den meisten MOE-Ländern (insbesondere in Polen) hin. Indirekt wird dies auch in der Kommissionsbewertung einzelner Länder im Bereich des freien Warenverkehrs bestä-

tigt. Insbesondere Polen muss in den kommenden Jahren noch seine Zollsätze auf das EU-Niveau senken.

ÜBERSICHT 2 Indikatoren: Preis- und Außenhandelsliberalisierung

	Anteil regulierter Preise in % (2000)	Preisliberalisierung, EBRD (2000) ²	Außenwirtschaft, Wechselkurse, EBRD ³ (2000)	Protektionismus, Einzelkriterium-IMD ⁴ (Rang)	Zollbehörden, Einzelkriterium-IMD ⁵ (Rang)
Polen	9.0; (25) ¹	3+	4+	49	43
Tschechien	13,3	3	4+	22	31
Ungarn	15,9 (1997); (18,5) ¹	3+	4+	25	30
Slowenien	13.7; (12)	3+	4+	43	21
Estland	25,6 (1999); (28) ¹	3	4+	11	36
Slowakei	15 (1999); (25) ¹	3	4+	46	35
Lettland	(20) ¹	3	4+	na	na
Litauen	-	3	4+	na	na
Bulgarien	17,2 (1999)	3	4+	na	na
Rumänien	-	3+	4	na	na
Portugal	-			15	18
Spanien	-			17	14
Griechenland	-			21	23

Anmerkungen: ¹in Klammern VPI: Verbraucherpreisindex, Zahlen für 2001; ² EBRD: Kriterium der EBRD, die Bewertung geht von 1 bis 4, wobei 4 eine umfassende marktwirtschaftliche Anpassung anzeigt. Preisliberalisierung: 3: Weitgehende Liberalisierung der Preise, wobei einige staatlich kontrollierten Preise schrittweise liberalisiert werden; 4: wäre umfassende Preisliberalisierung, wobei die Versorgerpreise (Energie etc.) die wirtschaftlichen Kosten widerspiegeln; 4+ umfassende Preisliberalisierung wie in westlichen Marktwirtschaften; Effizienzorientierte Preisbildung bei Versorgungsunternehmen; ³ Kriterium der EBRD: Außenwirtschaft, Wechselkurse: 4: Beseitigung aller administrativen Eingriffe im Außenhandel, einheitliche Zollsätze für Industriegüter und Dienstleistungen; volle Leistungsbilanzkonvertibilität; 4+ Standard der entwickelten Marktwirtschaften; Beseitigung fast aller Zölle und Mitgliedschaft in der WTO. ⁴ Die Bewertung des IMD gibt die Rangpositionen der 49 bewerteten Länder wieder; d.h. je höher die Rangposition, desto schlechter ist ein Land im internationalen Standortwettbewerb gestellt; Kriterien des IMD: Protektionismus: Umfrage (2002) über die Effekte des Protektionismus auf die Unternehmen; ⁵ Zollbehörden-IMD: Umfrage (2001) über das Ausmaß der administrativen Eingriffe auf den Außenhandel.

Quelle: EBRD (2002); IMD (2002)

1.2. Subkriterium 2: Markteintritt und Marktaustritt

Dieses Subkriterium wird von der EBRD nicht separat untersucht, sondern ist in anderen Kriterien (u.a. Rechtsindikator Unternehmen) mitenthalten. Auch andere Bewertungen führen diesen Aspekt nicht gesondert auf, so dass im folgenden nur die Kommissionseinschätzung dargestellt wird. Der Übersicht 3 ist zu entnehmen, dass offensichtlich Ungarn und Estland bezüglich des Markteintritts und Marktaustritts am weitesten fortgeschritten sind, wogegen Bulgarien und insbesondere Rumänien hier noch erhebliche Defizite verzeichnen. In den übrigen Ländern scheint, sieht man von verschiedenen bürokratischen Hemmnissen ab, der Markteintritt weitestgehend zu funktionieren. Hin-

sichtlich des Marktaustritts sind dagegen größere rechtliche und institutionelle Hindernisse zu überwinden. Einige Länder (Slowakei, Litauen) haben das Konkursgesetz verändert und die Insolvenzverfahren verbessert. Damit hat sich vielfach die Situation zumindest formaljuristisch verbessert, doch wird in fast allen Ländern die mangelnde Durchführung von Insolvenzverfahren aufgrund ungenügender Verwaltungskapazitäten beklagt.

ÜBERSICHT 3 Indikatoren: Markteintritt und Marktaustritt (EU-Kommission)

	<i>Markteintritt und Marktaustritt</i>
Polen	Beim Markteintritt kaum Probleme, jedoch beim Marktaustritt (insb. Konkurs und Insolvenzverfahren).
Tschechien	Markteintritt (bürokratische Hemmnisse u.a. Registrierung von neu gegründeten Unternehmen) u. Marktaustritt (veraltetes Konkursgesetz und geringe Kapazitäten der Justiz) haben nicht gut funktioniert. Neues Konkursrecht wurde Anfang 2000 verabschiedet, es bestehen jedoch weiterhin gesetzliche Mängel.
Ungarn	Keine größeren Marktzutritts- bzw. Marktaustrittsschranken. Günstiges Umfeld für Unternehmensgründungen. Konkursvorschriften sind relativ gut, doch bleibt die Umsetzung langwierig und schwerfällig.
Slowenien	Hohe Transaktionskosten für Unternehmensgründungen; Verbesserung bei Insolvenzverfahren, die jedoch weiterhin aufgrund fehlender Verwaltungskapazitäten im Gerichtswesen langwierig sind.
Estland	Von wenigen bestimmten Bereichen abgesehen, keine größeren Markteintrittsschranken mehr (2000). Insolvenzvorschriften und –verfahren funktionieren reibungslos und werden wahrscheinlich mit neuem Konkursrecht noch gestrafft.
Slowakei	Behinderungen im Marktzugang wurden beseitigt. Neue Gesetze wurden verabschiedet, ihre effiziente Umsetzung muss jedoch verstärkt werden.
Lettland	Kaum größere Hindernisse bezüglich Markteintritt, doch behindern mangelnde Kapazitäten die Insolvenzverfahren.
Litauen	Trotz der deutlich verbesserten rechtlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren gibt es Probleme (mangelnde Verwaltungskapazität) sowohl beim Markteintritt als auch -austritt.
Bulgarien	Trotz einiger Verbesserungen funktionieren Markteintritt und Marktaustritt noch nicht richtig. Beim Markteintritt behindern Lizenzverfahren (auf lokaler Ebene auch andere administrative Hemmnisse) die Gründung von Unternehmen. Das neue Konkursgesetz vom September 2002 soll den bisher schlecht funktionierenden Marktaustritt vereinfachen.
Rumänien	Marktein- und -austritt sind trotz einiger gesetzlicher Neuregelungen nicht zufriedenstellend geregelt.

Quelle: Zusammengestellt auf Grundlage der Fortschrittsberichte der Kommission.

1.3. Subkriterium 3: Rechtliche Rahmenbedingungen

Ein sicherer Rechtsrahmen (insbesondere klar definierte Eigentumsrechte) ist entscheidend für das Funktionieren der Marktwirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Die Übernahme der rechtlichen Rahmenbedingungen der Eigentums-, Vertrags-, Wettbewerbs- und Unternehmensgesetzgebung ist ein wichtiger Indikator dafür, ob die Unternehmen in einem mit der EU vergleichbaren rechtlichen Umfeld operieren. Korruption und staatliche Interventionen begrenzen nicht nur die unternehmerische

Freiheit. Die Fähigkeit internationale Normen und Standards einzuführen, zeigt an, ob Unternehmen schon vor dem Beitritt unter Maßgabe der EU-Regeln wettbewerbsfähig sind. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Übernahme solcher Regeln Kosten verursacht und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen beeinträchtigen kann. An dieser Stelle wird jedoch nur auf den allgemeinen Rechtsrahmen für Unternehmen und das Ausmaß der Korruption eingegangen. Eine genauere Untersuchung der Übernahme der EU-Wettbewerbsregeln erfolgt indes später in Kapitel 2.3.

Übersicht 4 dokumentiert zusätzlich zu den Indikatoren der EBRD und des IMD denjenigen des World Economic Forum (künftig WEF abgekürzt). Letzterer hat gegenüber der IMD den Vorteil, dass mehr Staaten (insgesamt 80) und damit alle MOE-Länder auch in der Bestimmung der Rangpositionen berücksichtigt werden. Anhand des EBRD-Indikators („Unternehmensrecht“, 2001) wird deutlich, dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen in allen Ländern bereits an marktwirtschaftliche Bedingungen angepasst haben, die westlichen Standards jedoch nicht völlig erreicht werden. Alle Länder werden ähnlich bewertet (4-), wobei Polen und Tschechien vor allem wegen Zweifel an der effektiven Umsetzung bestehender Gesetze schlechter eingeschätzt werden (3+ bzw. 3). Allerdings erscheint diese Bewertung insbesondere hinsichtlich Rumänien, das mit 4 am besten von allen Ländern abschneidet, wenig plausibel, zumal sich diese nicht in anderen Einschätzungen insbesondere nicht in der der EU-Kommission widerspiegelt.

Aussagekräftiger sind deshalb die Bewertungen von IMD und WEF. Dies gilt insbesondere für den IMD-Indikator „Business Legislation“, der 24 Subkriterien für die rechtlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Führend sind Ungarn und Estland (mit Einschränkung Tschechien), die ein dem der EU-Südländer ähnliches Ranking erreichen. Eine ähnliche Bewertung ergibt sich aus dem WEF-Indikator (Public Institution Index), der allerdings neben Problemen der Vertragsdurchsetzung bzw. Neutralität des Verwaltungsapparates auch die Korruption berücksichtigt. In beiden Punkten fällt Slowenien deutlich hinter Ungarn und Estland zurück, was sicherlich mit der zögerlichen Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen zusammenhängt. Deutlich schlechter als die EU-Südländer (mit Ausnahme Griechenlands beim WEF-Indikator) werden die übrigen MOE-Länder (insbesondere Rumänien beim WEF-Indikator) bewertet. Enttäuschend schneidet auch Polen ab, (Ranking 49 bzw. 41). Die Bewertung der Kommission entspricht weitgehend dem IMD- und WEF-Ranking.

Aufschlussreich ist zudem die Einschätzung des Ausmaßes der Korruption durch die Kommission (Übersicht 5). Der Korruptionsindex von Transparency International sowie der IMD-Indikator für Justiz und Sicherheit ermöglichen auch Vergleiche mit den EU-Südländern. Mit Ausnahme von Slowenien und Estland bewertet die EU-Kommission die Korruption in allen MOE-Ländern als ernstes Problem. Dies bestätigt der Korruptionsindex, wobei vor allem Rumänien, Lettland, die Slowakei, Tschechien und Polen besonders schlecht abschneiden. Im Vergleich mit den EU-Südländern stehen jedoch Ungarn, Slowenien und Estland besser da als Griechenland, wogegen in Portugal und insbesondere in Spanien dieses Phänomen weitaus weniger verbreitet ist. Hinsichtlich des IMD-Indikators Justiz und Sicherheit erzielen bis auf wenige Ausnahmen alle Kandidatenländer schlechtere Ergebnisse als die EU-Südländer.

ÜBERSICHT 4

**Indikatoren: Rechtliche Rahmenbedingungen,
EBRD, IMD und EU-Kommission**

	<i>Rechtliche Rahmenbedingungen für Unternehmen</i>			<i>Rechtliche Rahmenbedingungen insb. Eigentumsrechte</i>
	EBRD ¹	IMD ²	WEF ³	
Polen	3+	49	41	Eigentumsrechte definiert (Restitutionsgesetz noch immer nicht abschließend geregelt); Schwachstelle: unzureichende Grundbücher schränken Eigentumsnachweis für Kreditsicherung ein; Bürokratie und die langsame Durchsetzung von Gerichtsentscheiden behindern Unternehmen; Rechte am geistigen Eigentum verbessert. Gesellschaftsrecht weitgehend dem deutschen angepasst. Neues Gesetz zur Wirtschaftstätigkeit, moderne Rechtsvorschriften sowie Vereinfachungen im Steuersystem tragen zu besserem Wirtschaftsklima bei.
Tschechien	3	27	53	Eigentumsrechte weitgehend abgesichert. Auch Rechte an geistigem Eigentum gesichert; Änderungen (2001) des Unternehmensrechts verbesserten Rechtsgrundlage des Unternehmenssektors (EBRD 2002).
Ungarn	4-	22	26	Rechtssystem funktioniert gut, Eigentumsrechte werden uneingeschränkt anerkannt.
Slowenien	4-	47	30	Rechtliche u. institutionelle Rahmenbedingungen für Marktwirtschaft vorhanden, und das Unternehmensrecht entspricht weitgehend dem Acquis.
Estland	4-	14	29	Das Rechtssystem funktioniert ordnungsgemäß, und die Eigentumsrechte werden geachtet. Landreform soll zu einer effizienteren Anwendung der Eigentumsrechte führen. Vertrauen in Rechtssystem ist hoch. Justizreform soll Effizienz und Unabhängigkeit des Rechtssystems weiter verbessern.
Slowakei	3+	38	38	Rechtssystem für Marktwirtschaft weitgehend vorhanden, doch effiziente Umsetzung ist aufgrund von Defiziten des Rechtssystems noch nicht gewährleistet.
Lettland	4-		48	Rechtliche Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Unternehmen bereits gegeben und durch neues Handelsgesetz verbessert (Januar 2002), doch Durchsetzung der einschlägigen Vorschriften bereitet Probleme.
Litauen	4-		34	Eigentumsrechte sind gut geregelt, obgleich die Landreform noch nicht abgeschlossen ist. 2001 wurde ein System von Eigentumsrechten im Bereich des Gesellschaftsrechts eingeführt, das dem in entwickelten Marktwirtschaften entspricht.
Bulgarien	4-		51	Die Durchsetzung der Eigentumsrechte bleibt aufgrund eines langsam arbeitenden Rechtssystems in einigen Bereichen schwierig. Während Großunternehmen oftmals politische Kontakte nutzen, um ihre Rechte durchzusetzen, können Kleinunternehmen diesen Weg nicht gehen. Die Durchsetzung von Rechten am geistigen Eigentum ist ungenügend. Die Eigentumsrechte sind in der Landwirtschaft noch nicht ausreichend geregelt.
Rumänien	4		52	Der rechtliche Rahmen für die Marktwirtschaft ist zum überwiegenden Teil bereits geschaffen, doch sind die Institutionen zu ihrer Durchsetzung schwach ausgeprägt.
Portugal		23	25	
Spanien		24	23	
Griechenland		26	40	

Anmerkung: ¹ Indikator bewertet sowohl Umfang bzw. Qualität als auch die Durchsetzung der Gesetze für den Unternehmenssektor, ² Indikator „Business Legislation“ berücksichtigt 24 Subkriterien, die die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Unternehmenssektor bewerten. ³ WEF: Public Institution Index: basiert ausschließlich auf Umfragen, wobei zwei Sub-Kriterien kombiniert werden. Das erste Kriterium (contract and law subindex) beurteilt die Durchsetzung von Verträgen und Rechtsdurchsetzung. Das zweite Kriterium (corruption subindex) berücksichtigt das Ausmaß der Korruption. Die Bewertung wird in Rangpositionen von 80 Ländern wiedergegeben.

Quelle: EBRD, (2002); Zusammenge stellt auf Grundlage der Fortschrittsberichte der Kommission.

ÜBERSICHT 5 Indikatoren: Korruption, Justiz und Sicherheit

	Korruption, Kommission	Korruptionsindex, Transparency 2002		IMD-Subkriterien ³		
		Wert ¹	Rang ²	Korruption	Justiz	Sicherheit
Polen	Korruption ist ein ernstes Problem und wird zunehmend auch in der Öffentlichkeit diskutiert. Weltbankbericht bestätigt umfassende Korruptionsprobleme. Eine Anti-Korruptionsstrategie wurde im September 2002 angenommen, doch die Anpassung der entsprechenden Rechtsvorschriften ist noch nicht vorangekommen.	4,0	45	46	44	42
Tschechien	Korruption und Wirtschaftskriminalität sind weiterhin besorgniserregend hoch.	3,7	52	36	31	33
Ungarn	Korruption stellt immer noch ein Problem dar, doch wurden im Rahmen der 2001 beschlossenen langfristigen Strategie zur Korruptionsbekämpfung einige konkrete Maßnahmen vereinbart.	4,9	33	35	36	32
Slowenien	Korruption hält sich in Grenzen. Kohärente Strategie zur Korruptionsbekämpfung verzeichnet Fortschritte.	6,0	27	29	30	35
Estland	Betrug u. Korruption nur von begrenzter Bedeutung. Rechtliche Anpassungen erleichtern Bekämpfung.	5,6	29	25	22	36
Slowakei	Korruption ist weit verbreitet. Rechtliche Anpassungen gehen voran, doch Implementierung steht in den Anfängen. Trotz Revision der Gesetzgebung stellt organisierte Kriminalität ein besonderes Problem dar.	3,7	52	44	41	38
Lettland	Trotz Fortschritte zeigen Umfragen, dass Korruption immer noch Anlass zur Sorge gibt. Der Rechtsrahmen wurde verbessert, doch die institutionellen Maßnahmen müssen klarer gestaltet und das Amt für Korruptionsbekämpfung die entsprechenden Mittel für die reale Unabhängigkeit erhalten.	3,7	52	-	-	-
Litauen	Korruption ist weiterhin ein Problem, doch wurden auf legislativer sowie administrativer Ebene beachtliche Erfolge erzielt.	4,8	36			
Bulgarien	Trotz leichter Verbesserung bleibt Korruption weiterhin ein ernstes Problem. Antikorruptionsstrategie wurde im Februar 2002 angenommen.	4,0	45	-	-	-
Rumänien	Korruption ist weitverbreitetes, systemimmanentes weitgehend ungelöstes Problem. Gesetze wurden geändert, indes nicht ausreichend. Neue institutionelle Strukturen sind geschaffen worden.	2,6	77			
Portugal		6,3	25	28	43	23
Spanien		7,1	20	22	34	26
Griechenland		4,2	44	38	25	20

Anmerkung: Regierungsindex: basiert auf Unternehmensbefragungen. Die Betriebe sollten anhand von neun Faktoren bewertet, wie problematisch der Staatseinfluss auf die Entwicklung ihrer Unternehmen war; 0=großes Hindernis; 3=kein Hindernis; der aggregierte Index ist der Durchschnitt aller neun Faktoren.

¹ Korruptionsindex, Transparency: Wert: Der Wert bezieht sich auf den Grad der Korruption, wie er von Geschäftsleuten, Risikoanalysten und der allgemeinen Öffentlichkeit bewertet wird. Er bewegt sich von 10 (äußerst sauber) bis 0 (äußerst korrupt). ² Rang: Bezieht sich auf die Rangposition von über 100 Ländern, je niedriger die Rangposition desto geringer die Korruption, d.h. desto besser das Ranking.

³ Die Bewertung des IMD gibt die Rangpositionen der 49 bewerteten Länder wieder; d.h. je höher die Rangposition, desto schlechter ist ein Land im internationalen Standortwettbewerb gestellt; Die Kriterien: Korruption, Justiz und Sicherheit beziehen sich auf Umfragen. Die Fragen lauteten im einzelnen: Bestehen Korruption und Bestechung in der Wirtschaft? Kommt Gerechtigkeit in der Gesellschaft zur Geltung? Werden die persönliche Sicherheit und Privateigentum in der Gesellschaft geschützt?

Quelle: IMD (2002), Transparency International's Corruption Perception Index (2002).

1.4. Subkriterium 4: Makroökonomische Stabilität (und ergänzendes Kriterium: Konvergenz und wachstumsorientierte Makropolitik)

Makroökonomische Stabilität korrespondiert mit Preis- und Wechselkursstabilität, soliden öffentlichen Finanzen und einer tragfähigen Außenhandelsbilanz. Preisstabilität und solide öffentliche Finanzen können anhand der Maastricht-Kriterien beurteilt werden. Die Erfüllung der Kriterien (einschließlich Zinsniveau) ist zwar nicht Voraussetzung für den EU-Beitritt, doch ein wichtiger Indikator für Stabilitätserfolge. Den Maastricht-Kriterien kommt auch insofern besondere Bedeutung zu, als die neuen Mitgliedsländer nach einem Beitritt nicht nur die Möglichkeit, sondern sogar die langfristige Verpflichtung haben, sich der Währungsunion anzuschließen.

Eine tragfähige Außenhandelsbilanz besteht dann, wenn Leistungsbilanzdefizite durch ausländische Direktinvestitionen solide finanziert werden und ausreichende Währungsreserven bestehen. Die makroökonomische Politik ist allerdings nicht alleine bezüglich der Sicherung der Stabilitätskriterien, sondern auch im Kontext der Sicherung und Initiierung eines langfristigen Wachstumsprozesses zu beurteilen. Hierzu sind quantifizierbare makroökonomische Indikatoren (Wachstumsraten etc.) mit qualitativen Bewertungen (der Kommission, Analysen des Osteuropa-Instituts München und anderer Institutionen IWF, OECD, ECE) zu kombinieren. Um Vergleiche mit den EU-Südländern ziehen zu können, sind das WEF-Rating („makroökonomische Stabilität“) und die Bewertung von Standard & Poors sinnvoll und hilfreich. Zunächst wird auf einzelne Länder eingegangen, um danach eine komparative Bewertung vorzunehmen (vgl. Übersichten 6 bis 11).

Polen:

Polen konnte 2001 hinsichtlich Preisstabilität (Inflationsrate 2,3%; 2002 Schätzung: 2,1%), Schuldenstand (46,7%) und eingeschränkt bei den Zinsen (6,4%, jedoch bei geringerer Laufzeit im Vergleich zu Referenzwert; dies gilt auch für die meisten übrigen Länder) die Maastricht-Kriterien erfüllen. Auch die Wechselkurse erweisen sich mit einer -9%-igen maximalen Abweichung vom Paritätskurs in den letzten zwei Jahren beachtlich stabil. Während das Land in diesen Kriterien bereits eine beachtliche monetäre Konvergenz zur Eurozone erreicht hat, ist das Budgetdefizit deutlich verschlechtert und die Zielgröße von 3% des BIP wurde überschritten. Dagegen haben sich die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte mit einem Leistungsbilanzsaldo von -3,3% (2001; 2002: -3%) des BIP abgeschwächt. Dieses Defizit ist insofern tragfähig, als ihm 2001 ADI-Zuflüsse von 3,7% des BIP und Währungsreserven von 14,8% des BIP gegenüberstanden. Die Gefahr unkontrollierter Finanz- und Währungskrisen ist deshalb für Polen als gering einzuschätzen.

Trotz der Fortschritte hinsichtlich der monetären Konvergenz hat sich der reale Konvergenzprozess eher verzögert. Von 1997 bis 2001 lag das jahresdurchschnittliche Wachstum bei 4,2%, doch hat sich die Konjunktur in den letzten Jahren merklich abgeschwächt (2001: 1%). Die Entspannung des Preisklimas reflektiert damit auch eine äußerst schwache Binnenkonjunktur mit einer Arbeitslosenquote von über 18,6% (2001).

Der Mitte der 90er Jahre eingesetzte Wachstumsprozess (BIP fast 50% über dem Niveau von 1989) ist damit unterbrochen und die Makropolitik ist aufgrund der unzureichenden Abstimmung zwischen den Währungsbehörden und der Regierung ungünstiger als in den Vorjahren zu beurteilen (EB 3). Polens Kredit-Rating liegt mit Rang 31 noch relativ günstig, wird jedoch aufgrund einer ungünstigen makroökonomischen Stabilität beim WEF-Makro-Index 2002 nur mit Position 54 bewertet. Die Ursachen für die Wachstumsabschwächung liegen vor allem in der Binnenkonjunktur (deutlicher Rückgang der Investitionen) und nur teilweise in der schwächeren Exportwirtschaft begründet. Gemäß des Konvergenzindikators der Deutschen Bank erreicht Polen 64,4% der EU-15 (=100) und schneidet damit am schlechtesten von den beitretenden MOE-Ländern ab.

Tschechien:

In Hinblick auf die monetäre Konvergenz weist Tschechien unterschiedliche Ergebnisse auf. In den Bereichen Preisstabilität (Inflationsrate 4,7%; 2002 Schätzung: 2,0%), Schuldenstand (2002: 23,3%) und eingeschränkt bei den Zinsen (7,2%) qualifiziert sich das Land schon jetzt für die Währungsunion. Tatsächlich dürfte die gesamtstaatliche Schuldenquote über dem angegebenen niedrigen Stand von ca. 23% des BIP liegen, da erst schrittweise die Schulden verschiedener Institutionen und Bürgschaften des Staates in der Statistik berücksichtigt werden. Dennoch konnte Tschechien dieses Kriterium erfüllen. Auch weist das Land nunmehr eine relativ hohe Wechselkursstabilität auf, da im Rahmen eines kontrollierten Floatens die Wechselkurse in den letzten zwei Jahren nur eine maximale Abweichung von -5% vom Paritätskurs aufwiesen. Die Geld- und Wechselkurspolitik (Inflationsziele bei freien, jedoch kontrollierten Kursen) hat die Stabilität gefördert und sich positiv auf die Wirtschaft ausgewirkt.

Dagegen ist die Fiskalpolitik kritisch zu beurteilen. Das Budgetdefizit verfehlt mit geschätzten 6,4% des BIP 2002 die Maastricht-Zielmarke. Vor dem Hintergrund eines wenig überzeugenden Konsolidierungskonzepts ist in den nächsten zwei Jahren nicht mit einer Verbesserung zu rechnen. Die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte liegen 2001 mit einem Leistungsbilanzsaldo von -4,6% des BIP (2002: 4,3%) im vertretbaren Rahmen, da die ADI-Zuflüsse bei 3,7% liegen und die Währungsreserven 25,7% des BIP erreichen. Problematisch ist jedoch auch weiterhin die Situation des Finanzsektors (siehe Kapitel 1.6). Auch bleiben die Ergebnisse des realen Konvergenzprozesses enttäuschend (1997-2001: JD-Wachstum nur 1,1%), doch schnitt die Wirtschaftsleistung 2001 mit 3,3% (2002: 2,1%) etwas besser ab als die der EU (BIP pro Kopf-Niveau in KKS ca. 57% der EU-15). Die Arbeitslosigkeit entspricht mit über 8% etwa dem EU-Niveau, dürfte indes aufgrund der Umstrukturierungen in den nächsten Jahren noch steigen. Tschechiens Rang (31) im Kredit-Rating ist mit Polen vergleichbar, doch wird das Land aufgrund seiner ungünstigen makroökonomischen Stabilität beim WEF-Makro-Index 2002 nur an Position 59 geführt. Gemäß des Konvergenzindikators der Deutschen Bank erreicht Tschechien aufgrund des traditionell hohen Entwicklungsstandes fast 75% der EU-15 und erreicht damit hinter Slowenien das zweithöchste Niveau.

Ungarn:

Auch in Ungarn kommt die monetäre Konvergenz im EU-Vergleich der letzten Jahre deutlich voran. Die Inflation, die noch in den Vorjahren ein Sorgenkind war, kann 2002 voraussichtlich auf ca. 5,2% gesenkt werden und die Zinsen bewegen sich im Herbst 2002 bei etwas über 7%. Während man hier die Maastricht-Referenzwerte fast erreicht, werden sie (im Gegensatz zu den Vorjahren) beim Budgetdefizit (2002: 6,9% des BIP) deutlich überschritten. Die Wechselkursabweichung fällt im Rahmen des Crawling-Peg-Systems moderat aus, und die seit Mai 2001 eingeführte größere Wechselkursbandbreite (Schwankungsbreite um die Parität +/-15%) hat die Kursausschläge nicht wesentlich erhöht. Das Leistungsbilanzdefizit (2002 4,4% des BIP) bewegt sich angesichts der ADI-Zuflüsse von über 3% und der hohen Währungsreserven in sicheren Margen. Die Gefahr von Währungs- und Finanzkrisen ist auch angesichts des modernisierten Finanzsystems deshalb unwahrscheinlich.

Die Fortschritte in der monetären Konvergenz korrespondieren mit einem realen Konvergenzprozess. Ungarns Wirtschaftswachstum (JD 1997-2001: 4,5%) lag in den letzten Jahren deutlich über dem EU-Durchschnitt (um über 2 Prozentpunkte), sodass das Einkommensniveau (nach KKS) nunmehr ca. 51% des EU-Durchschnitts erreicht. Die Arbeitslosigkeit liegt mit einer Quote von 5,7% (2001) unter dem EU-Niveau. Die Makropolitik basiert auf einem glaubhaften Policy-Mix. Die Geld- und Währungspolitik stützt sich auf transparente Inflationsziele sowie auf ein flexibles Wechselkursregime. Dadurch werden sowohl die Stabilitäts- als auch die Wachstumsziele erreicht, doch bleibt die Fiskalpolitik zu expansiv.

Reformen im Rentensystem unterstützen die Konsolidierung der Staatsfinanzen, wogegen die Modernisierung des Gesundheitssystems erst in den Anfängen ist. Die Rechtsvorschriften entsprechen weitestgehend dem Besitzstand der WWU. Insbesondere die unmittelbare Finanzierung des öffentlichen Sektors durch die Zentralbank bzw. dessen bevorzugter Zugang zu den Finanzinstituten ist verboten. Ungarns Kredit-Rating ist hinter Slowenien das zweitbeste der MOE-Länder (Rang 27), doch beim WEF-Makro-Index 2000 erreicht das Land nur Rang 49. Gemäß des Konvergenzindikators der Deutschen Bank wird 71,9% der EU-15 ermittelt (3. Position der MOE-Länder).

Slowenien:

Die monetäre Konvergenz Sloweniens geht im Vergleich zur EU nur schleppend voran. Die Inflation verharrte 2001 im einstellig hohen Bereich, d.h. bei 8,5% und wird 2002 nur langsam auf 7,6% zurückgehen. Auch die Zinsen liegen im Herbst 2002 relativ hoch bei ca. 10%. Die Maastricht-Referenzwerte werden damit deutlich überschritten, doch bewegte sich das Budgetdefizit 2001 mit 2,1% des BIP (2002 nur 1,8%) im Rahmen der Kriterien. Die Wechselkursabweichungen betragen in den letzten zwei Jahren maximal -9%. Das Leistungsbilanzdefizit von ca. -0,4% des BIP ist zu vernachlässigen. Allerdings liegen auch die ADI-Zuflüsse mit 1,9% des BIP auf niedrigem Niveau, wogegen die Währungsreserven Sloweniens eine solide außenwirtschaftliche Situation dokumentieren. Die vorrangige Orientierung der Wechselkurspolitik an dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit hat indes (neben internen Gründen: u.a. Lohnindexierung, langsame

Strukturreformen, geringer Wettbewerb) eine markantere Reduzierung der Inflationsrate verhindert. Rechtlich ist der WWU-Besitzstand weitgehend eingeführt, doch wird dessen effiziente Umsetzung angemahnt.

Sloweniens Wirtschaftswachstum (JD 1997-2002: 4,2%) lag in den letzten Jahren über dem EU-Durchschnitt (um etwa 2 Prozentpunkte) und schwächte sich 2001 und 2002 (3% bzw. 2,6%) etwas ab. Die Arbeitslosigkeit fällt mit einer Quote von 6,3% niedriger als der EU-Durchschnitt aus. Sloweniens Kredit-Rating (Rang 26) ist das beste aller MOE-Länder und mit Griechenland vergleichbar. Beim WEF-Makro-Index 2002 erreicht das Land aufgrund des hohen Anteils der Staatsausgaben am BIP indes nur Position 50. Das Einkommensniveau (nach KKS) beträgt nunmehr fast 70% und der Konvergenzindikator der Deutschen Bank 75,8% des EU-Durchschnitts. Damit liegt Slowenien, was die reale Konvergenz betrifft, an der Spitze der ostmitteleuropäischen Beitrittsländer.

Estland:

Estlands makroökonomische Politik zeichnet sich durch eine beachtliche Konsistenz (Senkung der Inflationsrate und Budget- sowie Leistungsbilanzdefizite) aus. Fast alle Maastricht-Kriterien werden schon jetzt erreicht. Dies konnte bei gleichzeitiger Wechselkursstabilität im Rahmen des Currency Board Systems erzielt werden, was eine hohe Bewertung rechtfertigt. Allerdings weist das Leistungsbilanzdefizit 2002 voraussichtlich mit über 11% des BIP eine bedenkliche Höhe auf. Rechtlich ist der WWU-Besitzstand weitgehend erreicht, doch muss die Unabhängigkeit der Zentralbank gesetzlich noch vollständig verankert werden.

Im Kredit-Rating (Rang 36) wird Estland sogar schlechter als Polen bewertet, doch der WEF-Makroindikator (Position: 43) liegt deutlich besser. Der Wachstumsprozess wurde zwar 1999 noch durch die Russlandkrise unterbrochen (-1,1%), doch konnte im Durchschnitt der letzten Jahre (JD 1997-2002: 5,2%) ein hohes Wirtschaftswachstum erzielt werden, das sich (2001: 5%; 2002: 4,5%) fortsetzen dürfte. Die Arbeitslosigkeit sinkt zwar, bleibt indes auf relativ hohem Niveau (2001: 12,6%; 2002: ca. 10,5%). Der Konvergenzindikator der Deutschen Bank liegt bei 71% und das BIP pro Kopf (nach KKS) bei 42 % des EU-Durchschnitts.

Slowakei:

Die makroökonomische Stabilisierung hat in der Slowakei zu den gewünschten Ergebnissen geführt, doch hat sich das Leistungsbilanzdefizit 2001 auf eine kritische Größe von 8,6 des BIP erhöht (2002: 8,3%). Dem stehen hohe ADI-Zuflüsse (2001: 6,3%) und Währungsreserven (27% des BIP) gegenüber. Die Inflationsrate erreichte 2001 erstmals den einstelligen Bereich (7,3%; 2002: 3,7%), doch werden hier sowie im Bereich der Budgetdefizite (2001 -5,6% des BIP; 2002: -6,0%) die Maastricht-Kriterien verfehlt. Die Makropolitik ist insofern kritisch zu beurteilen, als die Finanzpolitik der Regierung von dem angestrebten Konsolidierungspfad abweicht. Die Slowakei erreicht ein hohes Angleichungsniveau an den WWU-Besitzstand, doch muss nach Kommissionseinschät-

zung die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsstrukturen des Finanzministeriums verbessert werden.

Trotz Aufgabe der Wechselkursanbindung blieb der Kurs der slowakischen Krone relativ stabil. Das Land kommt beim Kredit-Rating nur auf Rang 43 und wird bezüglich des WEF-Makroindikators (Rang 64) noch ungünstiger bewertet. Der Wachstumsprozess verlangsamte sich während der Phase der Stabilitätspolitik (JB 1997-2001: 3,3%), setzte jedoch in den folgenden Jahren wieder ein (2001: 3,3%, 2002: 3,9%). Die Arbeitslosigkeit bleibt auf hohem Niveau (19,2%). Der Konvergenzindikator der Deutschen Bank liegt bei 70,5%, das BIP pro Kopf (nach KKS) bei 48% des EU-Durchschnitts.

Lettland:

Die Geld- und Wechselkurspolitik (Anbindung des Lat an den SZR-Währungskorb als nominellen Anker, moderate Wechselkursschwankungen) hat die Preisstabilität (Inflationsrate 2001: 2,5%; 2002: 1,9%) gefördert, und die Fiskalpolitik zielt auf einen ausgeglichenen Haushalt (Budgetsaldo 2002: 1,8% des BIP). Inflation, Budgetdefizit und Schuldenstand entsprechen weitgehend den Maastricht-Kriterien, doch liegen die Zinsen über der Zielmarke. Schwachpunkt bleibt ein hohes Leistungsbilanzdefizit (2001: 9,7% des BIP), das 2002 sich nur langsam verringerte (-8,2% des BIP). Nach Kommissionseinschätzung ist die WWU-Rechtsangleichung weit fortgeschritten, doch sollten die Vorschriften bezüglich der Anlage des Rentenfondskapitals noch angeglichen werden.

Das Kredit-Rating Lettlands befindet sich ähnlich dem der Slowakei international in mittlerer Position (Rang 43), doch wird das Land auf Basis des WEF-Makroindikators (55) im Vergleich zu den anderen baltischen Staaten noch ungünstiger bewertet. Das Wirtschaftswachstum liegt 2001 an der Spitze (7,7%) der MOE-Länder und dürfte sich 2002 etwas abgeschwächt auf hohem Niveau (5%) fortsetzen. Die Arbeitslosenquote bleibt mit 13,1% trotz sinkender Tendenz hoch. Der Konvergenzindikator der Deutschen Bank liegt bei 69,5% und das BIP pro Kopf (nach KKS) bei nur 33% des EU-Durchschnitts.

Litauen:

Litauens makroökonomische Politik weist eine beachtliche Konsistenz (niedrige Inflationsrate 2001: 1,3%; und geringes Budgetdefizit: 2001: 1,9% des BIP; moderates Leistungsbilanzdefizit 4,8% des BIP) auf, und alle Maastricht-Kriterien werden schon jetzt erreicht. In den letzten Jahren konnte eine ausreichende Wechselkursstabilität im Rahmen des Currency Board Systems erzielt werden. Die rechtlichen Regelungen sind weitgehend an dem WWU-Besitzstand angeglichen worden, doch sind sie hinsichtlich der Unabhängigkeit der Zentralbank und des Zugangs des öffentlichen Sektors zu Finanzinstitutionen noch zu ergänzen.

Litauen belegt beim Kredit-Rating nur Rang 47, doch wird das Land aufgrund seiner makroökonomischen Stabilität und geringen Staatsausgaben bezüglich des WEF-Makroindikators (Position 45) günstiger als Lettland und sogar als Griechenland bewertet. Der Wachstumsprozess hat sich von der Russlandkrise rasch erholt und ab 2000 an Dynamik gewonnen (JD 1997-2001: 3,6%; 2001: 5,9; 2002: 4,0%). Die Arbeitslo-

sigkeit sinkt zwar, bleibt indes mit einer Quote von 16,6% (2002) auf sehr hohem Niveau. Der Konvergenzindikator der Deutschen Bank liegt bei 66,6% und das BIP pro Kopf (nach KKS) jedoch nur bei 38% des EU-Durchschnitts.

Bulgarien:

Bulgariens Makropolitik kann aufgrund des seit 1997 implementierten Currency Board Systems (hohe Wechselkursstabilität) und der deutlichen Erfolge im Bereich der makroökonomischen Stabilisierung sowie des anziehenden Wirtschaftswachstums (JD 1997-2001: 2%; 2000 und 2001: ca. 4%) positiv bewertet werden. Die Inflation ist deutlich zurückgegangen, bleibt jedoch noch 2002 mit 6,0% über dem Referenzwert der EWU. Dagegen erreichen der Budgetsaldo (2001: +0,4, 2002:-0,6% des BIP), die langfristigen Zinsen (allerdings in kürzeren Laufzeiten) und inzwischen auch knapp der Schuldenstand die Referenzwerte. Die Arbeitslosigkeit steigt noch immer und liegt mit fast 20% (2001) an der Spitze der Kandidatenländer. Bisher sind die rechtlichen Regelungen hinsichtlich der WWU weitgehend an den Acquis angeglichen, doch sind weitere Anpassungen bezüglich der Unabhängigkeit der Nationalbank und des Zugangs des öffentlichen Sektors zu den Finanzinstitutionen notwendig.

Das Kredit-Rating Bulgariens ist schlecht (Rang 56) und beim WEF-Makroindikator (Rang 75) befindet sich das Land aufgrund der ungünstig bewerteten makroökonomischen Stabilität und der hohen Staatsausgaben im Vergleich zum BIP auf einem der letzten Plätze. Der Konvergenzindikator der Deutschen Bank liegt bei 62% (EU-15=100) und das BIP pro Kopf (nach KKS) nur bei 28% des EU-Durchschnitts. Beide Indikatoren erreichen damit das zweitniedrigste Ergebnis der MOE-Länder.

Rumänien:

Rumäniens Makropolitik verzeichnet zwar Fortschritte, doch bleiben die binnen- und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte besorgniserregend. Die Inflationsrate verharrt trotz rückläufiger Tendenz noch immer im hohen zweistelligen Bereich (2001: 34,5%; 2002: 22,2%) und die Wechselkurse weisen erhebliche Schwankungsbreiten auf. Die Regierung verfolgt eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik (2001: Budgetdefizit 3,3% und 2002: 2,9% des BIP). Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen (hohe Steuerrückstände) steht jedoch noch vor großen Problemen, zumal die Stabilisierungspolitik nicht mit entsprechenden Strukturreformen verknüpft wurde. Das Leistungsbilanzdefizit bewegt sich insofern in kritischen Margen (2001: 5,9% des BIP), als es nur teilweise durch ADI-Zuflüsse gedeckt werden kann. Der Wachstumsprozess hat erst 2000 eingesetzt (JD 1999-2001: -1,0%) und die offizielle Arbeitslosigkeit ist aufgrund verzögerter Strukturreformen noch niedrig (2001: 6,6%).

Rumänien hat nach Kommissionseinschätzung seit dem letzten regelmäßigen Bericht nur begrenzte Fortschritte bei der Übernahme des Acquis im Bereich der WWU gemacht. Weitere Anpassungen bezüglich der Unabhängigkeit der Nationalbank und des Zugangs des öffentlichen Sektors zu den Finanzinstitutionen werden angemahnt. Das Kredit-Rating des Landes ist das schlechteste der MOE-Länder (Rang 66), doch wird es aufgrund geringer Staatsausgaben am BIP bezüglich des WEF-Makroindicators (Rang 58) etwas besser als Bulgarien eingeschätzt. Der Konvergenzindikator der Deutschen

Bank liegt bei 60,7% der EU-15, das BIP pro Kopf (nach KKS: 25% jeweils des EU-Durchschnitts) im Vergleich zu den anderen MOE-Ländern an letzter Stelle.

EU- Südländer:

Die Tatsache, dass die EU-Südländer seit Jahren Mitglieder des gemeinsamen Binnenmarktes sind und der Währungsunion beigetreten sind, hebt sie deutlich von den Transformationsländern ab. Dennoch blieben die EU-Südländer vor makroökonomischen Fehlentwicklungen nicht verschont, was das jüngste Defizitverfahren der EU-Kommission für Portugal (zusammen mit Deutschland) beweist. Nicht zuletzt deshalb schneidet Portugal beim WEF-Indikator mit Position 40 schlecht ab. Dies gilt trotz beachtlicher Haushaltskonsolidierung und trotz des Beitritts zur WWU auch für Griechenland. Angesichts der bestehenden Fiskalprobleme (insbesondere einer hohen Staatsquote) erreicht das Land gemäß WEF-Indikator die schlechteste Position im Verbund der EU-Südländer. Spanien schneidet dagegen vergleichsweise günstig (Position 15) ab, obwohl dort die Arbeitslosigkeit trotz sinkender Tendenz deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt.

ÜBERSICHT 6 Indikatoren: Makropolitik und Wachstum

	EU-Kommissionseinschätzung: Makropolitik (2001/02)	Makropolitik, EB ¹	Makropolitik WEF Rang 2002
Polen	Zunehmende Divergenzen zwischen Währungsbehörden und Regierung; Suboptimales Policy-Mix; Wachstumsabschwächung und hohe Arbeitslosigkeit stellen Makropolitik vor große Herausforderungen; Inflation und Leistungsbilanzdefizit sind rückläufig; Haushaltskonsolidierung aufgrund der Konjunkturkrise und unzureichender Reformen im Sozialsystemen mittelfristig gefährdet. WWU-Besitzstand noch nicht vollständig. Bemühungen sollten sich auf die planmäßige Sicherstellung der Unabhängigkeit der Zentralbank konzentrieren.	3+	54
Tschechien	Geldpolitik (direktes Inflationsziel) und flexible aber kontrollierte Wechselkurse tragen zur Stabilisierung bei und haben sich positiv auf die Wirtschaft ausgewirkt; Inflation ist niedrig und Leistungsbilanzdefizit bleibt in sicheren Margen; mangelnde Bereitschaft zu umfassender Reform hat die Haushaltslage weiter verschlechtert. Angleichung der rechtlichen Bedingungen an den WWU-Besitzstand abgeschlossen.	3	59
Ungarn	Makroökonomische Stabilität wird durch glaubhaftes makroökonomisches Policy-Mix, d.h. transparente Inflationsziele der geldpolitischen Steuerung und flexibles Wechselkursregime gefördert; Leistungsbilanzdefizit bleibt gering und seine Finanzierung unproblematisch; Fiskalpolitik wurde 2001 und 2002 gelockert, wodurch das Haushaltsdefizit sich vergrößerte; Reform des Rentensystems trägt zur Konsolidierung der Staatsfinanzen bei, doch Umgestaltung des Gesundheitswesens bleibt Herausforderung; hohes Wachstum in den letzten Jahren, hat sich jedoch abgeschwächt. Großer Erfolg ist die niedrige und rückläufige Arbeitslosigkeit. Rechtsstand entspricht weitgehend den Bestimmungen der WWU.	3+	49
Slowenien	Ziel der Geldpolitik war allmähliche Inflationsverminderung und die Stabilität des realen Wechselkurses. In der Praxis hatte die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit eindeutige Priorität. Das Leistungsbilanzdefizit war gering. Die Inflation blieb relativ hoch. Im Rahmen des Wechselkursregimes (kontrolliertes Floaten ohne ausdrückliche Ziele) konnten die angestrebten Ziele immer weniger erreicht werden. Das Wachstum blieb die letzten Jahre über EU-Durchschnitt und die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen. Weitgehende Angleichung des WWU-Besitzstandes, doch effiziente Umsetzung wird angemahnt.	3+	50

ÜBERSICHT 6, Forts.

	EU-Kommissionseinschätzung: Makropolitik (2001/02)	Makro- politik, EB ¹	Makro- politik WEF Rang 2002
Estland	Makroökonomische Stabilität verbesserte sich (Leistungsbilanz-, Budgetdefizit und Inflation sinken) und der Wachstumsprozess verstetigt sich. Trotz sinkender Tendenz bleibt die Arbeitslosigkeit mit ca. 10% ein ernstes Problem. Geld- und Wechselkurspolitik (Currency Board) besitzen große Glaubwürdigkeit. WWU-Besitzstand weitgehend erreicht, doch muss die Unabhängigkeit der Zentralbank gesetzlich noch vollständig verankert werden.	4	43
Slowakei	Wechselkursanbindung konnte nicht aufrechterhalten werden. Inflationsbekämpfung hauptsächlich über restriktive Geldpolitik, die sich schrittweise an Inflationsgrenzwerte orientiert. Leistungsbilanz- und Budgetdefizit in kritischen Margen. Hohes Angleichungsniveau an den WWU-Besitzstand, doch muss die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsstrukturen des Finanzministeriums verbessert werden.	3	64
Lettland	Der makroökonomische Policy-mix war insofern angemessen, als die Geld- und Wechselkurspolitik (Anbindung des Lat an den SZR-Währungskorb als nominellen Anker) zur Preisstabilität beigetragen hat und die Fiskalpolitik auf einen ausgeglichenen Haushalt orientiert ist. Schwachpunkt bleibt das hohe Leistungsbilanzdefizit. WWU-Rechtsangleichung weit fortgeschritten, doch Vorschriften bezüglich der Anlage des Rentenfondskapitals müssen noch angeglichen werden.	3+	55
Litauen	Leistungsbilanzdefizit deutlich gesunken. Solide Geldpolitik hat zu niedriger Inflation und makroökonomischer Stabilität beigetragen. Geld- und Wechselkurspolitik (Currency Board) in Kombination mit solider Steuerpolitik konnte binnen- und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte vermeiden. Weitgehende Angleichung an den WWU-Besitzstand, doch Rechtsvorschriften bezüglich der Unabhängigkeit der Zentralbank und des Zugangs des öffentlichen Sektors zu Finanzinstitutionen müssen noch angeglichen werden.	3+	45
Bulgarien	Die makroökonomische Politik bleibt angemessen und trägt zur Reduzierung der binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und zum Wachstum bei. Im Rahmen des Currency Board Systems übernimmt die restriktive Fiskalpolitik erfolgreich die Hauptaufgabe der Stabilisierung, doch bleibt das Leistungsbilanzdefizit hoch. Hohe Angleichung an den WWU-Acquis, doch weitere Anpassungen bezüglich der Unabhängigkeit der Nationalbank und des Zugangs des öffentlichen Sektors zu den Finanzinstitutionen sind notwendig.	3	75
Rumänien	Stabilitätsorientierte Politik weist bisher nur uneinheitliche Ergebnisse auf (hohe Inflation und Leistungsbilanzdefizit). WWU-Acquis noch nicht vollständig übernommen. Weitere Anpassungen bezüglich der Unabhängigkeit der Nationalbank und des Zugangs des öffentlichen Sektors zu den Finanzinstitutionen sind notwendig.	2+ (2)	58
Portugal	Binnen- und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte nehmen zu. Das Leistungsbilanz- und Budgetdefizit hat sich ausgeweitet. Fiskalische Konsolidierung erfolgt zu langsam. Inflation über Euroraum-Durchschnitt. Defizitverfahren der EU-Kommission. Ehemals hohes Wachstum hat sich markant abgeschwächt.	3	40
Spanien	Makroökonomische Politik hat den Wachstumsprozess unterstützt, die hohe Arbeitslosigkeit sinkt, doch bewegt sich die Inflationsrate über dem Euroraum-Niveau. Restriktive Fiskalpolitik führte zu einem niedrigen Budgetdefizit.	4+	15
Griechenl.	Seit Januar 2001 Mitglied der Wirtschafts- und Währungsunion, was durch eine beschleunigte haushaltspolitische Konsolidierung erreicht werden konnte. Dennoch ist weitere Straffung der Fiskalpolitik notwendig, da Inflation über dem Eurodurchschnitt liegt und das Leistungsbilanzdefizit hoch bleibt.	4-	47

Anmerkungen: ¹ Eigene Bewertung analog zu der Einteilung der EBRD. Makroökonomische Politik: 2: Instabil, konnte binnen- und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte nicht vermeiden, in deren Folge Wachstumseinbußen verzeichnet werden mussten, -+ positive Entwicklung zeichnet sich ab; 3: relativ stabil bei sporadisch auftretenden Ungleichgewichten, ++ bedeutet, dass die Verantwortlichen wirtschaftspolitische Fehler positiv korrigiert haben; 3+: relativ stabile makroökonomische Politik, 4: wären zusätzlich zu 3+ noch mit der EU vergleichbare Zinssätze und Inflationsraten. ² Der WEF-Index „makroökonomische Rahmenbedingungen“ wird aus drei Sub-Indices (Makroökonomische Stabilität; Kreditwürdigkeit des Landes; Staatsausgaben) ermittelt. Die Makroökonomische Stabilität wird anhand von Daten für 2001 und anhand von Umfragen über die Einschätzung von Unternehmen bewertet. Die Kreditwürdigkeit wird mittels internationaler Rating-Agenturen und die Staatsausgaben mit Hilfe der Staatsquote ermittelt.

Quelle: EU-Kommission; WEF (2002); Institutional Investor (2002) und eigene Bewertung.

ÜBERSICHT 7 Indikatoren: Wichtige makroökonomische Daten 2001
 (in Klammern Schätzung für 2002)

	BIP- Wachstum in %	Brutto- Auslands- verschul- dung in % d. BIP	in % des BIP			Wachstum EB*	Arbeits- losigkeit
			Leistungs- bilanz	Ausländische Direktinvesti- tionen	Währungs- reserven		
Polen	1,1(0,8)	40,6	-3,3(-3,0)	3,2	14,8	4+-	18,6
Tschechien	3,3(2,2)	38,5	-4,6(-4,3)	8,7	25,7	3	8,1
Ungarn	3,8(3,4)	65,2	-2,2(-4,4)	4,7	21,4	4+-	5,7
Slowenien	3,0(2,6)	29,8	-0,4(0,1)	1,9	30,3	4	6,3
Estland	5,4(4,5)	60,9	-6,1(-11,4)	9,7	16,7	3+	12,6
Slowakei	3,3(3,9)	56,5	-8,6(-8,3)	6,3	27,0	4+-	19,2
Lettland	7,6(5,0)	72,3	-9,7(-8,2)	2,3	15,2	3+	13,1
Litauen	5,9(5,0)	28,4	-4,8(-6,0)	3,7	16,3	3+	17,0
Bulgarien	4,0(4,0)	76,0	-6,0(-5,8)	5,1	26,4	3	19,9
Rumänien	5,3(4,5)	30,2	-5,9	2,8	13,6	3-	4,5
Portugal	1,7(1,0)		-9,0		6,3		4,1
Spanien	2,7(1,9)		-2,6	(6,6)*	3,6		10,6
Griechenland	4,1(2,5)		-8,5		4,3		10,5
Euroraum	1,4(0,8)		(-0,4)**	0,3	0,3		8,0
EU-15	1,5(0,9)		0,4				7,4

Anmerkungen: * eigene Einschätzung nach EBRD-Bewertungsskala: Anhaltendes Wachstum: 2: Wachstumsprozess hat noch nicht eingesetzt, ein weiterer Rückgang des BIP konnte gestoppt werden. 3: Wachstum hat seit einigen Jahren eingesetzt, das BIP vor der Krise konnte noch nicht wieder erreicht werden, +- bedeutet, dass der konjunkturelle Aufschwung unterbrochen wurde; 4: anhaltendes Wachstum, Niveau vor der Krise konnte überschritten werden; ** 2000

Quelle: Europäische Union; eigene Bewertung

ÜBERSICHT 8 Wichtige makroökonomische Daten
Durchschnitt 1997-2001

	BIP- Wachstum in %	Inflation	in % des BIP			Arbeitslosigkeit
			Leistungs- bilanz	Ausländische Direkt- investitionen	Budgetdefizit	
Polen	4,2	9,9	-5,4	4,2	-2,8	13,6
Tschechien	1,1	5,6	-4,3	7,8	-3,8	7,7
Ungarn	4,5	6,1	-7,8	8,1	-0,5	11,5
Slowenien	4,2	8,0	-1,7	1,4	-2,3	6,8
Estland	5,2	6,1	-7,8	8,1	-0,5	11,5
Slowakei*	3,3	8,9	-5,3	3,5	-7,0	15,7
Lettland	6,1	3,9	-8,6	5,7	-1,7	14,0
Litauen	3,6	3,3	-8,9	4,8	-2,9	16,5
Bulgarien	2,0	9,8	-1,5	5,6	-0,5	15,2
Rumänien	-1,0	46,3	-5,3	3,5*	-4,0	6,2
Portugal	3,2	2,4	-8,3		-2,8	4,8
Spanien	3,8	2,5	-1,6	3,1*	-1,5	15,9
Griechenland	3,6	3,4	-5,0		-1,8	10,9
Euroraum	2,5	1,6	0,4		-1,5	9,7
EU-15	2,5	1,7	-		-0,9	9,0

Anmerkungen: * Durchschnitt: 1997-2000; Angaben in Klammern = Vorjahresbewertung.

Quelle: Europäische Union, ECE, EZB, OECD, IMF

ÜBERSICHT 9 **Konvergenzkriterien und Kredit-Rating**

	BIP-Kopf in KKS EU-15=100 (2001)	Konvergenzindikator Deutsche Bank EU-15=100 (2002)	Institutional Investor „Country Credit Rating“ Rangpositionen WEF (2002)
Polen	40	64,4	31
Tschechien	57	74,5	30
Ungarn	51	71,9	27
Slowenien	69	75,8	26
Estland	42	71,0	36
Slowakei	48	70,5	43
Lettland	33	69,5	44
Litauen	38	66,6	47
Bulgarien	28	62,0	56
Rumänien	25	60,7	66
Portugal			19
Spanien			16
Griechenland			22
EU-15	100	100	

Quelle: Europäische Union, DB-Research, Institutional Investor (2002)

ÜBERSICHT 10 **Entwicklung des BIP der MOE-Beitrittskandidaten
und der übrigen Transformationsländer, 2001**

	Kumulierter Rückgang vor dem Aufschwung ^{a)}	Jahr des Wachstumsbe- ginnns ^{c)}	Durchschnittl. jährl. Wachstum seit dem Aufschwung	2001 / Niveau MOE 1989 / Rest 1991 = 100 ^{d)}
MOE-8-Länder, erste Gruppe				
Polen	-17,8	1992	4,6	146
Ungarn	-18,1	1994	3,7	113
Tschechien	-18,1	1993	2,0	99
Slowakei	-25,0	1994	3,7	110
Slowenien	-20,9	1993	3,9	121
Estland	-34,9	1995	4,7	90
Lettland	-51,7	1994	4,0	69
Litauen	-43,9	1995	3,3	69
Durchschnitt ^{b)}	-17,0	1993	3,7	121
Südosteuropa, zweite Gruppe				
Bulgarien	-26,7	1994	-0,1	81
Rumänien	-25,0	1993	0,6	84
Durchschnitt ^{b)}	-25,2	1993	0,5	84

Anmerkungen: ^{a)} für die MOE-Länder seit 1989; für das Baltikum und GUS seit 1990; ^{b)} Berechnung der Durchschnitte gewichtet nach den BIP-Anteilen im Jahr 1998 zu nominellen Wechselkursen; für Russland und Ukraine: Angaben in US \$ (OEI, 2000, Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa); restliche Länder: Angaben in ECU von Eurostat. ^{c)} Beginn von zwei aufeinander folgenden Jahren mit positivem Wachstum; ^{d)} offizielle Wachstumsprognosen für 2001.

Quellen: Europäische Union.

**ÜBERSICHT 11 Die Erfüllung der Maastricht-Kriterien in den MOE-Ländern
im Vergleich mit den EU-Südländern**

	Langfristige Zinssätze in % ¹	Inflation in % ²	Budgetdefizit in % des BIP ³	Öffentl. Verschul- dung in % des BIP ³	Wechselkursregime ⁴
Maastricht Kriterien	Ref. (7,5) ⁶	Ref. (2,0) ⁶	-3,0	60,0	ERM-II System ⁵ /Abweichung von der Parität: plus oder minus 15%
Euro Zone 2002 (Schätzungen)	5,4 Ref. (7,0) ⁷	2,3 Ref. (3,0) ⁷	-0,8	69,5	Drei Schritte zur Währungsunion Beginn 1. Jan. 1999 Fixierung der Wechselkurse; Jan. 2002 Einführung des Euro-Bargeldes
MOE-Luxembourg Gruppe, 2002 (in Klammer 2001)²					
Tschechien	7,2	2,0(4,7)	-6,4(-5,2)	23,3	Managed Float (ref.: euro); Abw. ⁹ : -5,5%
Estland	4,3	3,8(5,8)	0,7(0,5)	5,1	Currency Board (ref.: euro); Abw. ⁹ : -1,5%
Ungarn	7,2	5,2(9,1)	-6,9(-3,3)	53,4	Crawling peg (ref. euro); Abw. ⁹ : -5,1%
Polen	6,4	2,3(5,5)	-5,4(-5,6)	46,7	Floaten, (Ref.: Euro); Abw. ⁹ : -9,3%
Slowenien	10,0	7,6(8,5)	-1,8(-2,5)	31,0	Managed Float (ref. euro); Abw. ⁹ : -9,0%
CEEC-Helsinki Gruppe, 2002 (in Klammer 2001)²					
Slowakei	7,4	3,7(7,3)	-6,0(-5,4)	34,6	Managed Float (ref.: euro); Abw. ⁹ : -4,5%
Lettland	9,3	1,9(2,5)	-1,6(-1,8)	13,9	Peg (ref.: currency basket); Abw. ⁹ : 6,3%
Litauen	6,6	0,2(1,3)	-1,8(-1,9)	28,4	Currency Board (ref.: euro); Abw. ⁹ : 5,2%
Rumänien	29,7	22,5(34,5)	-2,9(-3,3)	32,2	Managed Float (ref.: USD); Abw. ⁹ : -37,5%
Bulgarien	6,4	6,0(7,4)	-0,6(0,4)	57,3	Currency Board (ref.: euro); Abw. ⁹ : -0,4%
EU-Südländer 1990/91					
Portugal	16,8	12,4	-5,1	64,2	Float
Spanien	14,7	6,5	-4,3	43,2	ERM ⁵
Italien	13,4	6,4	-11,0	97,3	ERM ⁵
Griechenl.	n.a.	15,6	-12,8	97,5	Float
EU-Südländer 2002 (in Klammer 2001)					
Portugal	(5,2)	3,5(4,4)	-4,8(-4,1)	58,0	EMU/Euro
Spanien	(4,8)	3,3(2,8)	-0,8(-0,1)	56,0	EMU/Euro
Italien	(5,2)	2,4(2,3)	-2,8(-2,2)	110,5	EMU/Euro
Griechenl.	(5,3)	3,9(3,7)	-0,7(-0,4)	104,5	EMU/Euro
Länderdurchschnitte					
Luxemb.	7,0	4,1	-3,9	31,9	
Helsinki	11,9	6,9	-2,6	33,3	
EU-Süd 90/91	15,0	10,2	-8,3	75,6	
EU-Süd 2002	5,1	3,3	-2,3	82,3	

¹ Für die Eurozone und falls für die MOE-Länder verfügbar Zinssätze für 10-jährige Staatsanleihen. Kürzere Laufzeiten für Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien and die Slowakei. ² Inflationsrate für Konsumgüter. ³ Definitionen können von der EU abweichen. ⁴ Für die MOE-Länder Abweichung vom 3-jährigen Durchschnittskurs; ⁵ EMS: European Monetary System. ⁶ Für Zinssätze Maximum von 2-Prozentpunkte über dem Land mit dem besten Wert; für Inflationsrate Maximum von 1,5 Prozentpunkten über dem Land mit dem besten Wert; Referenzwerte während der Euro-Einführung (Anfang 1999). ⁷ Referenzwerte Herbst 2002. ⁹ Abw.: Abweichung

Sources: *EU-Kommission*; Osteuropa-Institut München (2002), DB-Research (2002), Gros (2000)

Zusammenfassende Einschätzung

Der reale Konvergenzprozess vollzieht sich seit 1997 in den Kandidatenländern im Vergleich zur EU eher langsam. Die Wachstumsraten liegen zwar über denen der EU, doch ist es nur einigen MOE-Ländern (Ungarn, Estland, Lettland) gelungen, signifikant (mindestens 2-Prozentpunkte) höhere Wachstumsraten als in der EU-15 zu erreichen. Im Vergleich zu den EU-Südländern fallen die Ergebnisse noch enttäuschender aus (Wachstumsdifferenz maximal 1-Prozentpunkt). Einige Länder (u.a. Polen) haben aufgrund eines ungünstigen makroökonomischen Policy-Mix ihren bisher beeindruckenden Wachstumspfad verlassen. Auch hier waren (ähnlich wie 1995 in Ungarn und 1997 in Tschechien) hohe Leistungsbilanzdefizite Auslöser für eine Korrektur der makroökonomischen Politik, die zu einer Dämpfung der inländischen Nachfrage und damit des Wachstums führten.

Die bestehenden Leistungsbilanzdefizite sind in den meisten MOE-Ländern indes mittelfristig nicht besorgniserregend, zumal sie meist durch entsprechende Zuflüsse von Direktinvestitionen und durch hohe Währungsreserven gedeckt sind. Ernste Finanzkrisen sind deshalb und aufgrund des relativen stabilen Finanzsektors (auch Tschechien konnte sich verbessern) nicht zu erwarten. Auf dem Arbeitsmarkt können nur wenige MOE-Länder (u.a. Ungarn) deutliche Erfolge erzielen. Die Arbeitslosigkeit der beitretenden Länder bleibt mit 14,6% (2001) im Durchschnitt deutlich über derjenigen der EU (7,4%), des Euroraums (8%), aber auch der EU-Südländer (ca. 9%). Obwohl die Kandidatenländer im wesentlichen aufgrund einer stetigen internen Nachfrage ein stabileres Wachstum als das in der EU aufweisen, hat sich deren Arbeitsmarktlage kaum entspannt.

Markante Fortschritte erzielten die Kandidatenländer hinsichtlich der monetären Konvergenz. In den meisten Ländern ist diese Entwicklung allerdings mit Vorbehalt zu beurteilen, da sie vielfach erst in den letzten zwei bis drei Jahren deutlich sichtbar wurde. Dies lässt sich anhand der Maastricht-Kriterien belegen. Sie sind zwar nicht Voraussetzung für den EU-Beitritt, stellen jedoch eine wichtige Marge für die Stabilitätserfolge dar. Tabelle 13 zeigt, dass die meisten MOE-Länder beim Schuldenstand die Kriterien erfüllen, nicht jedoch (je nach Land unterschiedlich) hinsichtlich des Budget-, des Inflations- und Zinskriteriums. Dabei erweisen sich vor allem die Budgetdefizite als Problem. Die meisten Länder haben jedoch beachtliche Fortschritte bezüglich der Wechselkursstabilität erreicht. Deshalb besteht durchaus die Möglichkeit, dass zumindest ausgewählte Länder einige Jahre nach dem Beitritt alle Kriterien erfüllen und damit Mitglieder der Währungsunion werden. Dies ist auch deshalb wahrscheinlich, weil diesen Ländern im Gegensatz zu einigen jetzigen EU-Mitgliedsländern (u.a. Großbritannien und Dänemark) kein „opting out“ zugestanden wird.

Interessant ist ein Vergleich mit den EU-Südländern im Jahre 1990/91 vor dem Maastricht-Prozess. Aus Übersicht 9 wird ersichtlich, dass die Länder der ersten Beitrittsgruppe in allen Indikatoren deutlich erfolgreicher sind als die EU-Südländer im Jahre 1990. Dies gilt selbst für die Helsinki-Gruppe. Aktuell liegen die EU-Südländer mit Ausnahme des Schuldenkriteriums vor den Kandidatenländern, doch der Abstand verringert sich rasch. Dies spiegelt sich in einer schlechteren Bewertung der MOE-Länder hinsichtlich des Kredit-Rating und des WEF-Indikators „makroökonomische Rahmenbedingungen“ wider. Dennoch werden der EU-Beitritt und eine glaubhafte Sta-

bilitätspolitik zur Erreichung dieses Ziels sich positiv auf wichtige Finanzindikatoren auswirken. Zudem ist es durchaus denkbar, dass einige Länder ihre Währungen im Rahmen eines Currency Board oder festen Wechselkursregimes schon vorher fest an den Euro binden. Auf die Problematik der Euro-Einführung in diesen Ländern vor dem Hintergrund realwirtschaftlicher Niveau- und Strukturunterschiede (Diskussion des Samuelson-Balassa-Effekts) kann hier nicht eingegangen werden.

1.5. Subkriterium 5: Konsens in der Wirtschaftspolitik

Der Sinn dieses von der EU-Kommission aufgestellten Subkriteriums ist interpretationsbedürftig. Es ist im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt insofern vernünftig, als ein breiter Konsens über die grundlegende Richtung marktwirtschaftlicher Reformen, eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik sowie über die EU-Integration bestehen sollten. Dies ist in allen Beitrittsländern weitestgehend gegeben (siehe Übersicht 12) und eine Fundamentalopposition gegen marktorientierte Wirtschaftspolitik und EU-Annäherung gibt es eher selten. Dies heißt jedoch nicht, dass die Wirtschaftspolitik in den Beitrittsländern – im übrigen analog zu der Situation in den jetzigen EU-Mitgliedsstaaten – nicht Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen ist. In Polen haben angesichts der markanten Wachstumsabschwächung die wirtschaftspolitische Konflikte über die einzuschlagende makroökonomische Politik zugenommen und die Unabhängigkeit der Nationalbank wird zunehmend in Frage gestellt. Dies hatte wiederholt kritische Stellungnahmen von EU-Gremien zur Folge. Zudem zeigen jüngste (Dezember 2002) Umfragen, dass die Zustimmung zu einem EU-Beitritt in Lettland und Estland unter 50% liegt.

ÜBERSICHT 12

Konsens in der Wirtschaftspolitik EU-Kommission

Polen	Regierungen strebten Umbau der Wirtschaft an, doch bröckelt der Konsens über dessen Strategie sowie bezüglich der notwendigen Makropolitik.
Tschechien	Seit 1997 waren die Regierungen im Stande, einen allgemeinen Konsens über die wirtschaftspolitischen Prioritäten im Rahmen des EU-Beitritts aufrechtzuerhalten.
Ungarn	Das System der freien Marktwirtschaft und der EU-Beitritt wurden während des gesamten Reformprozesses von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen.
Slowenien	Deutlicher Konsens über wirtschaftspolitische Prioritäten, auch wenn Umsetzung schleppend erfolgte.
Estland	Das ehrgeizige Vorhaben der ökonomischen Umgestaltung und Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft genoss breite Unterstützung sämtlicher politischer Parteien.
Slowakei	Weitgehende politische Einigkeit über die makroökonomische Konsolidierung und Strukturreformen.
Lettland	Breiter Konsens über wesentliche Elemente der Wirtschaftspolitik, doch Differenzen zu Fragen der Privatisierung.
Litauen	Weitgehendes Einvernehmen über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, doch Streit in der Koalition über die Rentenreform.
Bulgarien	Mittelfristiges Wirtschaftsprogramm und die mit dem Beitritt zur EU zusammenhängende Politik finden nach wie vor Rückhalt in der Bevölkerung.
Rumänien	Zunehmende Übereinstimmung über wesentliche Ziele der Wirtschaftspolitik, doch verhindert Angst vor den politischen und sozialen Folgen, dass Strukturreformen konsequent durchgesetzt werden.

Quelle: Zusammengestellt auf Grundlage der Fortschrittsberichte der Kommission.

1.6. Subkriterium 6: Finanzsektor

Der Entwicklungsstand des Banken- und Finanzsektors zeigt an, ob der Unternehmenssektor in der Lage ist, sich entsprechend zu finanzieren und das Kapital effizient einzusetzen. Dies ist wesentliche Voraussetzung für eine Harte-Budget-Schranke seitens des Finanzsektors gegenüber den Unternehmen und für einen dynamischen Strukturwandel. Kriterien für die Bewertung des Finanzsektors können der Privatisierungs- und Monetarisierungsgrad, die Entwicklung der Realzinsen, das Ausmaß von Fehlallokationen (notleidende Kredite) und die Qualität der Unternehmenskontrolle durch den Finanzsektor sein.

In den Übersichten 13, 14 und 15 sind deutliche Unterschiede hinsichtlich Entwicklungsstand und Problembereiche des Finanzsektors zu erkennen. Zunächst deuten die hohen Realzinsen (insbesondere in Polen) darauf hin, dass eine externe Finanzierung von Investitionen in den MOE-Ländern ein hohes Risiko in sich birgt. Allerdings sind die Realzinsen in den letzten Jahren deutlich gesunken. Dennoch deutet die noch immer relativ geringe Kreditvergabe an den Privatsektor (gemessen am niedrigen Anteil der Kredite am BIP) darauf hin, dass die Unternehmen noch stark auf Selbstfinanzierung angewiesen sind. Dies gilt insbesondere für Rumänien, Bulgarien, Litauen aber auch Polen. Einen höheren Anteil der Kredite am BIP und damit entwickelteren Finanzsektor weisen insbesondere Slowenien, Ungarn, Estland und die Slowakei auf.

Gemäß EBRD- und Kommissionsbewertungen sind erhebliche Fortschritte in den rechtlichen Rahmenbedingungen sowie bei der Privatisierung des Banken- und Finanzsektors der MOE-Länder festzustellen. Estland und Ungarn verfügen über einen soliden überwiegend privatisierten Finanzsektor mit einem hohen ausländischen Kapitalanteil und einem geringen Anteil notleidender Kredite. Auch die IMD-Bewertung im Finanzbereich bestätigt, dass nur Estland und eingeschränkt Ungarn ein mit den EU-Südländern vergleichbares Rating erreicht. Das IMD-Kriterium Finanzen ist insofern aussagekräftig, als es auf drei Subkriterien beruht, die sowohl die Bankeneffizienz und die Selbstfinanzierungskapazitäten der Unternehmen als auch die Beschaffenheit des Aktienmarktes beurteilen.

Die übrigen Länder (mit einer etwas positiveren Bewertung Tschechiens) haben nach EBRD-Bewertung ein marktwirtschaftliches Niveau im Finanzsektor noch nicht erreicht. Dies gilt insbesondere für den sog. Nicht-Bankensektor (vor allem Versicherungen), wo allerdings Polen und Lettland ähnlich positiv wie Ungarn bewertet werden. Diese Einschätzungen bestätigt der jüngste Kommissionsbericht. Positiv hervorgehoben werden die deutlichen Konsolidierungsfortschritte des zuvor maroden Finanzsystems in der Slowakei und Tschechien, doch ist ein Großteil der „schlechten Kredite“ in Tschechien zunächst nur in eine Auffanggesellschaft geflossen. Die Kommission weist auf den hohen Anteil ausländischer Beteiligungen im Finanzsystem der MOE-Länder hin, was eine deutliche Anhebung des Niveaus auf westlichen Standard vermuten lässt. Auffällig negativ wird Rumänien bewertet, dessen Finanzsektor noch nicht marktwirtschaftlichen Voraussetzungen genügt.

Polen, Tschechien, die Slowakei und (etwas besser) Slowenien befinden sich nach IMD im letzten Viertel der internationalen Bewertung. Die Solidität des Finanzsektors hat sich in allen MOE-Ländern in den letzten Jahren (mit wenigen Ausnahmen) deutlich verbessert, doch schneiden nunmehr Polen (aufgrund der Wirtschaftskrise), Slowakei und Tschechien (mit deutlichen Verbesserungen) schlecht ab. Der hohe Anteil sog. notleidender Kredite birgt in diesen Ländern noch immer die Gefahr in sich, dass Krisenentwicklungen des Finanzsektors auch negative gesamtwirtschaftliche Folgen haben können.

ÜBERSICHT 13 **Indikatoren: Finanz- und Bankensektor**

	Realzinsen, Unternehmens-sektor 2001 ¹	Notleidende Kredite in % aller Kredite 2000	Finanzierung, Kriterium IMD ²	Anteil der staatlichen Banken am Gesamtkapital in %
Polen	12,6	20,1	42	24,4
Tschechien	3,3	13,7	41	3,8
Ungarn	6,0	3,1	32	9,0
Slowenien	6,0	9,2	38	48,4
Estland	3,8	1,5	19	0
Slowakei	2,6	24,3	41	4,9
Lettland	3,5	3,1		3,2
Litauen	11,0	7,4		12,2
Bulgarien	-2,9	7,9		19,9
Rumänien	3,5	3,4		45,4
Portugal	Eurozone zwischen 2 bis 3	-	28	
Spanien		-	24	
Griechenland		-	30	

Anmerkung: ¹ Realzinsen: Differenz der Inflationsrate (PPI) zu den kurzfristigen Zinsen für den Unternehmenssektor. ² Das IMD-Kriterium beruht auf drei Subkriterien und insgesamt auf 19 Einzelkriterien, die sowohl die Bankeneffizienz und die Selbstfinanzierungskapazitäten der Unternehmen als auch die Beschaffenheit des Aktienmarktes beurteilen. Die Bewertung des IMD gibt die Rangpositionen der 49 bewerteten Länder wieder; d.h. je höher die Rangposition, desto schlechter ist ein Land im internationalen Standortwettbewerb gestellt.
Quellen: IMD (2002); OEI (2002), EBRD (2002).

ÜBERSICHT 14

Indikatoren: Finanz- und Bankensektor

	Einschätzung Kommission
Polen	Langsame Fortschritte im Finanzsektor; Privatisierung des Bankensektors weit fortgeschritten, jedoch noch nicht abgeschlossen; Marktkonzentration ist groß (10 größte Banken halten 70% der Aktiva); Finanzintermediation spielt im internationalen Vergleich eine geringe Rolle und es herrscht kein wirksamer Wettbewerb. Hoher Anteil ausländischer Beteiligungen trägt zur Solidität und Stabilität des Finanzsektors bei, doch hat sich die Qualität des Forderungsbestandes in den letzten zwei Jahren angesichts der schwachen Konjunktur deutlich verschlechtert. Rechtlicher Rahmen entspricht weitgehend dem gemeinsamen Besitzstand. Der Nichtbanken-Finanzsektor ist relativ klein, wächst jedoch schnell.
Tschechien	Durch langwierige und kostspielige Privatisierung und Konsolidierung wurden die Grundlagen für einen soliden Finanzsektor gelegt; Marktkonzentration ist groß (die drei größten Bankgruppen halten 60% der Aktiva); hoher Anteil ausländischer Beteiligungen (ca. 95% der Aktiva); finanzieller Nicht-Bankensektor ist noch relativ klein, könnte jedoch bald eine größere Rolle bei der Intermediation übernehmen.
Ungarn	Aufgrund abgeschlossener Privatisierung (seit 1997) gut funktionierender Finanzsektor mit überwiegend ausländischer Beteiligung; offener Kapitalmarkt ist stark mit internationalem Finanzsystem verflochten. Nichtbankensektor im Finanzbereich ist klein, entwickelt sich jedoch dynamisch.
Slowenien	Bankensystem ist im Allgemeinen gesund, bleibt jedoch wegen des geschützten Umfelds unterentwickelt. Größere Firmen umgehen inländischen Kapitalmarkt und suchen Finanzierung im Ausland. Der Bankensektor ist durch hohe Konzentration und fehlenden Wettbewerb gekennzeichnet. Andere Finanzinstitute entwickeln sich nur langsam.
Estland	Der Bankensektor ist gut entwickelt und rentabel. Auch die Finanzintermediärgeschäfte expandieren. Im Finanzbereich ist der Nichtbankensektor weniger stark entwickelt und der Rechtsrahmen für diesen Sektor noch unvollständig, doch sind deutliche Fortschritte festzustellen.
Slowakei	Umstrukturierung und Privatisierung des slowakischen Bankensektors sind im Wesentlichen abgeschlossen. Anteil der in ausländischem Besitz befindlichen Banken am Gesamtbankenvermögen liegt nunmehr bei 90%. Notleidende Kredite stark zurückgegangen und Schuldenabbau im Bankensektor erfolgt nach marktüblichen Methoden. Bedeutung des Nichtbankensektors weiterhin gering. Die Rechtsgrundlagen für die Regulierung und Überwachung des Finanzsektors wurden wesentlich verbessert.
Lettland	Der Finanzsektor funktioniert gut und hat eine angemessene Stabilität erreicht, wenngleich das Volumen der Finanzvermittlung nach wie vor gering ist. Im Juli 2002 wurde neue Aufsichtsbehörde für den Finanzsektor geschaffen; das Land erfüllt schon jetzt die „Basler-Regeln“ für die Bankenaufsicht. Der Nicht-Bankensektor ist schwach ausgeprägt, wächst jedoch allmählich.
Litauen	Nach der Bankenkrise von 1995 hat sich die Struktur des Bankensektors beträchtlich im Sinne höherer Effizienz und größerer Stabilität geändert. Die Nichtbanken-Finanzmärkte sind recht klein.
Bulgarien	Nach der Krise von 1996/97 wurde der Bankensektor restrukturiert und entwickelte sich schrittweise. Fortschritte bei Privatisierung des Bankensystems, da nunmehr 85% der Aktiva in privater Hand und davon 85% in ausländischem Besitz sind.
Rumänien	Bankensektor hat erheblich an Bedeutung gewonnen, doch ist eine wirksame Intermediation zwischen Sparern und Anlegern noch nicht gewährleistet. Seine weitere Entwicklung hängt vom Abschluss der Privatisierung und einer konsequenten Umsetzung verbesserter Regelungs- und Aufsichtsbestimmungen ab. Langsames Reformtempo und Missbrauch öffentlicher Banken als Instrumente der Subventionierung behinderten die Entwicklung des Finanzsektors.

Quelle: EBRD, (2001). Kommissionseinschätzung zusammengestellt auf Grundlage der Fortschrittsberichte der EU-Kommission.

ÜBERSICHT 15

Indikatoren: Finanz- und Bankensektor

	Bankenreform, EBRD	sonstige Finanz- institutionen, EBRD	Rechtliche Rah- menbedingungen im Finanzsektor	Kredite an Unter- nehmenssektor in % des BIP	Kredite an den Privatsektor in % des BIP
Polen	3+	4-	3+	18,8	18,4
Tschechien	4-	3	3	na	24,5
Ungarn	4	4-	3+	23,6	30,6
Slowenien	3+	3-	3	na	40,4
Estland	4-	3+	4-	25,9	27,8
Slowakei	3+	2+	3-	37,6	27,6
Lettland	3+	4-	4-	19,6	31,8
Litauen	3	3	3+	10,1	11,5
Bulgarien	3+	2+	3	12,2	14,6
Rumänien	3-	3	3+	na	8,0

Anmerkung: EBRD-Indikatoren wie in vorhergehenden Übersichten. Nähere Definition siehe Transition Report der EBRD.

Quelle: EBRD (2002); EU-Kommission (2002)

2. Kriterium 2: Wettbewerbsfähigkeit

2.1. Subkriterium 1: Funktionsfähige Marktwirtschaft

ÜBERSICHT 16

Kriterium 1: Funktionsfähige Marktwirtschaft

	Kommissionsbewertung
Polen	Makroökonomische Stabilisierung ausreichend; solider rechtlicher Rahmen stärkt das Vertrauen der Investoren; Umstrukturierung und Umverteilung der Ressourcen kann verbessert werden.
Tschechien	Makroökonomisch stabil, doch Ungleichgewicht des Staatshaushaltes bedroht diesen Zustand. Marktmechanismen funktionieren gut genug, um effiziente Ressourcenallokation zu gewährleisten.
Ungarn	Umfassende Makrostabilisierung und Strukturreformen geben Wirtschaftsakteuren Planungssicherheit. Problembereich: wachsende Haushaltsdefizite.
Slowenien	Makrostabilität und Marktmechanismen gewährleisten effiziente Allokation. Probleme: hohe Inflation, weitere Privatisierung und Konsolidierung des Finanzsektors.
Estland	Seit der Unabhängigkeit ist Estland bei der Umstellung auf die Marktwirtschaft und Verwirklichung der makroökonomischen Stabilität erfolgreich.
Slowakei	Nach Krise wurde die makroökonomische Stabilität wiederhergestellt, doch setzt ihre Beibehaltung rasche finanzpolitische Maßnahmen voraus. Schwierige und langwierige Strukturreformen konnten bewältigt werden.
Lettland	Marktwirtschaft mit ausreichender makroökonomischer Stabilität und die Fortschritte der Strukturreformen haben die Wettbewerbsfähigkeit gefördert.
Litauen	Ausreichende makroökonomische Stabilität und fortschreitende strukturelle Reformen haben günstiges Klima für Wirtschaftswachstum geschaffen.
Bulgarien	Ausreichendes Niveau makroökonomischer Stabilität und marktwirtschaftlicher Strukturen um die Allokation der Ressourcen zu verbessern. Fortschritte im öffentlichen Sektor und hinsichtlich der Eigentumsrechte sind notwendig.
Rumänien	Fehlende makroökonomische Stabilität und ausbleibende Strukturreformen haben effiziente Ressourcenallokation verhindert.

Quelle: Kommissionseinschätzung zusammengestellt auf Grundlage der Fortschrittsberichte der EU-Kommission.

Um das Wettbewerbskriterium erfüllen zu können, werden von der Kommission Marktwirtschaft und ein stabiles gesamtwirtschaftliches Umfeld vorausgesetzt (d.h. die Erfüllung des ersten Kriteriums). Während nach Meinung der Kommission alle neuen Mitgliedsländer das erste Kriterium erfüllen, wird nunmehr Bulgarien angesichts deutlicher Fortschritte erstmals als funktionsfähige Marktwirtschaft angesehen. Dies gilt nicht für Rumänien, das trotz Fortschritte noch nicht als funktionsfähige Marktwirtschaft eingestuft wird. Dieser Kommissionseinschätzung ist weitgehend zuzustimmen. Es weisen jedoch einige Länder bezüglich ihrer makroökonomischen Politik, im Bereich der institutionellen Rahmenbedingungen für den Marktprozess (u.a. rechtliche Rahmenbedingungen, Markteintritt und Marktaustritt) Schwächen auf, die auch hinsichtlich des Wettbewerbskriteriums Sorge bereiten.

2.2. Subkriterium 2: Human- und Sachkapital

Wettbewerbsfähige Unternehmen benötigen Human- und Sachkapital, einschließlich Infrastruktur (Energieversorgung, Telekommunikation, Transport usw.), Bildungswesen und Forschung, in ausreichendem Maße und zu angemessenen Kosten. Die Infrastruktur ist insbesondere in Estland, Tschechien, Slowenien und Ungarn (hier regional jedoch recht unterschiedlich) gut ausgebaut, wogegen Polen in diesem Bereich noch deutliche Defizite aufzuweisen hat. In den nächsten Jahren sind in Polen große Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur erforderlich, die auch mit Hilfe des Privatsektors und der EU getätigt werden sollen. Nicht zuletzt die geringere territoriale Ausdehnung versetzt das Baltikum in eine bessere Lage, doch sind auch hier die transnationalen Netzwerke auszubauen. Nach Kommissionseinschätzung beeinträchtigen in Bulgarien und Rumänien auch die Infrastrukturdefizite die Wirtschaftsentwicklung stark.

Die Transformationsindikatoren der EBRD in diesem Bereich dokumentieren, dass die Reformen in der ersten Beitrittsgruppe vor allem im Telekommunikationsbereich weiter vorangeschritten sind, wogegen sie in den Bereichen Straße, Schiene und Elektrizität – von Einzelfällen abgesehen (Bahn in Estland und Polen; Elektrizität in der Slowakei) - nur zögerlich verlaufen. Noch ungünstiger fallen die Reformfortschritte in den übrigen Kandidatenländern aus. Insgesamt sind Polen und Ungarn die erfolgreichsten Kandidatenländer (4-), wogegen insbesondere die Slowakei einen erheblichen Reformstau (2+) aufweist. Die übrigen Länder haben Reformen eingeleitet (Bewertung zwischen 3- und 3+), ohne indes marktwirtschaftliche Standards zu erzielen.

Vergleicht man die Beitrittsländer mit den EU-Südländern anhand des IMD-Kriteriums Infrastruktur, dann erreichen Estland und Tschechien die Position von Portugal und Spanien. Die Slowakei und Slowenien schneiden im Vergleich schlechter ab und stehen auf gleicher Stufe wie Griechenland. Mit deutlichem Abstand folgt Polen mit dem schlechtesten Ergebnis, was vor allem auf die ungünstige Bewertung im Bereich der Sub-Kriterien „technologische“ und „wissenschaftliche“ Infrastruktur zurückzuführen ist. Die IMD-Kriterien Wissenschaft und Technologie (vor allem R&D-Ausgaben und Personal) sowie Bevölkerung (vor allem Ausbildungsstand etc.) zeigen die fortgeschrittenen Transformationsländer (hier wiederum mit Ungarn an der Spitze) in ähnlicher, teilweise sogar besserer Rangposition als die Südländer.

Legt man die Kommissionsbewertung zugrunde, dann verfügen vor allem Tschechien, Ungarn, Slowenien und Estland (mit gewissen Abstrichen auch die übrigen baltischen Staaten und die Slowakei) über gut ausgebildete Arbeitskräfte, doch weisen die Arbeitsmärkte mit Ausnahme Ungarns und Estlands noch Defizite (geringe Mobilität der Arbeitnehmer, schlecht funktionierende Lohnfindungsmechanismen) auf. In ihrer Bewertung unterstreicht die Kommission, dass die Übernahme des Acquis in den Bereichen Sozialpolitik und Beschäftigung einschließlich des sozialen Dialogs in den Kandidatenländern gegenüber 1997 zwar deutlich vorangekommen, doch noch nicht abgeschlossen ist.

ÜBERSICHT 17 **Infrastrukturindikator: Rangpositionen IMD (2002)**

	Kriterium Infrastruktur	Sub-Kriterien		
		Basisinfrastruktur	Technologische Infrastruktur	Wissenschaftliche Infrastruktur
Polen	48	36	48	40
Tschechien	27	20	28	28
Ungarn	32	23	29	27
Slowenien	36	30	37	34
Estland	24	21	20	30
Slowakei	34	35	36	35
Lettland				
Litauen				
Bulgarien				
Rumänien				
Portugal	29	34	33	44
Spanien	25	26	35	32
Griechenland	33	37	30	36

Anmerkung: Bewertung des IMD gibt die Rangpositionen der 49 bewerteten Länder wieder; d.h. je höher die Rangposition desto schlechter ist ein Land im internationalen Standortwettbewerb gestellt.

Quelle: IMD (2002).

ÜBERSICHT 18 **Indikatoren: Infrastruktur und Fortschritte bei Reformen im Bereich Infrastruktur (EBRD, 2002)**

	Infrastruktur insgesamt	Telekommuni- kation, EBRD	Straßen, EBRD	Eisenbahn, EBRD	Elektrizität, EBRD
Polen	4-	4	3+	4	3
Tschechien	3-	4	2+	2+	3
Ungarn	4-	4	3+	3+	4
Slowenien	3+	3	3	3+	3
Estland	3+	4	2+	4+	3
Slowakei	2+	2+	2+	2+	4
Lettland	3	3	2+	3+	3
Litauen	3-	3+	2+	2+	3
Bulgarien	3-	3	2+	3	3+
Rumänien	3	3	3	4	3

Anmerkung: EBRD-Indikatoren wie in vorheriger Übersicht

Quelle: EBRD, (2002)

ÜBERSICHT 19

Human- und Sachkapital sowie Arbeitsmarkt

	Humankapital, Kommission
Polen	Dank des guten Bildungssystems konnte das für den Wettbewerb auf dem Binnenmarkt und für den internationalen Wettbewerb notwendige Humankapital aufgebaut werden. Stärkere Orientierung der Berufsbildung am Bedarf des Unternehmenssektors. Arbeitsmarktsituation ist angespannt. Strukturpolitische Maßnahmen zur verbesserten Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes wurden nur teilweise durchgeführt. Die Übernahme des Acquis im Bereich Soziales und Beschäftigung ist trotz Fortschritte noch nicht abgeschlossen.
Tschechien	Fähige und gut ausgebildete Arbeitskräfte. Die Beschäftigungspolitik weist geringe Erfolge im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und bei der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes auf. Umsetzung des Acquis weitgehend erreicht.
Ungarn	Hohes Ausbildungsniveau garantiert wichtigen Wettbewerbs- und Wachstumsvorteil. Gute Fortschritte bei Anpassung der Arbeitskräfte an expandierenden Exportsektor; Beschäftigungspolitik versucht regionale u. wachstumsbedingte Probleme am Arbeitsmarkt zu beseitigen und höhere Erwerbsquoten zu erreichen. Umsetzung des Acquis weit fortgeschritten und in vielen Bereichen schon abgeschlossen.
Slowenien	Gute Qualifikation der Arbeitskräfte. Umgestaltung des Arbeitsmarktes nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen weit vorangeschritten. Umsetzung des Acquis ist bis auf die Bereiche Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz fast vollständig.
Estland	Starke Investitionen in Human- und Sachkapital haben Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Arbeitsmärkte haben bewiesen, dass sie auf wechselnde Bedingungen flexibel reagieren können. Aktive Arbeitsmarktpolitik ist aufgrund der Beschäftigungsprobleme notwendig. Acquisübernahme ist weit fortgeschritten.
Slowakei	Humankapitalressourcen müssen stärker wachstumsfördernd eingesetzt werden; Gut qualifizierte Arbeitskräfte, jedoch mangelnde regionale Mobilität. Arbeitsmarkt weist noch immer ernste Strukturprobleme auf. Fortgeschrittenes Stadium der Acquisanpassung. Wenn weitere Anstrengungen erfolgen, können Verpflichtungen mittelfristig erfüllt werden.
Lettland	Vergleichsweise gut ausgebildete Arbeitskräfte, doch sind im Ausbildungsbereich große Investitionen erforderlich, um der zunehmenden strukturellen Arbeitslosigkeit zu begegnen. Zudem sollte aktive Arbeitsmarktpolitik verfolgt werden. Acquisübernahme schreitet voran; Probleme: Arbeitsrecht, sozialer Dialog, Sozialreformen, insbesondere Gesundheitssystem.
Litauen	Arbeitskräfte sind gut qualifiziert, doch hohe anhaltende Arbeitslosigkeit verlangt nach Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik. Rechtsvorschriften der EU sind großteils umgesetzt, doch müssen die Verwaltungsstrukturen verbessert werden.
Bulgarien	Hohes Bildungsniveau, muss jedoch an marktwirtschaftliche Anforderungen angepasst werden. Arbeitslosigkeit ist rasch gestiegen. Arbeitsrechtliche Regelungen, um die Flexibilität des Arbeitsmarktes zu erhöhen, sind auf den Weg gebracht. Acquisanpassung hat Fortschritte erzielt, ist jedoch in einigen Bereichen noch niedrig.
Rumänien	Humankapital sollte durch Bildungssystem gestärkt werden. Hohes Ausmaß versteckter Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft; aufgrund des enormen Umstrukturierungsbedarfs wird Arbeitslosigkeit weiter steigen. Humankapitalbildung durch ungünstige Rahmenbedingungen behindert.

Quelle: Kommissionseinschätzung zusammengestellt auf Grundlage der Fortschrittsberichte der EU-Kommission.

ÜBERSICHT 20

EU-Kommission: Infrastruktur und Fortschritte bei Reformen im Bereich Infrastruktur

	Verkehrsinfrastruktur, Kommission, in Klammer eigene Anmerkung
Polen	Verkehrs- und sonstige Infrastruktur behindert die Ausschöpfung des Wachstumspotentials. Engpässe in der Verkehrsinfrastruktur, (Polen hat in den letzten 10 Jahren den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur vernachlässigt). Übernahme des Acquis muss trotz erheblicher Fortschritte in einigen Bereichen (Straße, Eisenbahn, Wasserwege) bis zum Beitritt vervollständigt werden.
Tschechien	Infrastruktur ist vergleichsweise gut entwickelt. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur haben gute Ergebnisse erzielt, sollten jedoch verstärkt werden.
Ungarn	Infrastruktur verbessert sich allmählich. Starke regionale Unterschiede, Ostungarn ist schlecht angebunden. Spezieller Plan zum Ausbau der Infrastruktur wurde entwickelt und soll von EU unterstützt werden.
Slowenien	Gut ausgebaute Infrastruktur und Umsetzung des Acquis weit vorangeschritten.
Estland	Infrastruktur wird mittels erheblicher Investitionen ausgebaut und trotz Fortschritte ist der Acquis noch nicht vollständig übernommen worden.
Slowakei	Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur stieg, doch Beseitigung von Straßeninfrastrukturengpässen erfolgte nicht effizient. Acquisübernahme verzeichnet erhebliche Fortschritte, doch transeuropäische Netzwerke und Verwaltungskapazitäten sollten stärker ausgebaut werden.
Lettland	Ausbau der transnationalen Netzwerke sollte verstärkt werden; Die Acquisübernahme schreitet voran, Verwaltungsstrukturen müssen verbessert werden.
Litauen	Verkehrsinfrastruktur ist im allgemeinen gut, doch bestehen große Unterschiede zwischen Stadt und Land. Als Transitland sind höhere Investitionen in der Infrastruktur notwendig. Acquisübernahme wird beschleunigt und weitere Rechtsangleichungen sind durchzuführen.
Bulgarien	Materielle Infrastruktur ist noch nicht so weit entwickelt, um das Wachstum abzustützen und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern. In- und ausländische Investoren sehen es als wesentliche Entwicklungsbarriere an. Acquisumsetzung kommt voran, doch besteht weiterhin Nachholbedarf.
Rumänien	Infrastruktur ist in beklagenswerem Zustand, die Investitionen des Staates sind zu niedrig (nur 1,8% des BIP).

Quelle: Kommissionseinschätzung zusammengestellt auf Grundlage der Fortschrittsberichte der EU-Kommission.

2.3. Subkriterium 3: Staatliche Wettbewerbspolitik und staatliche Einflussnahme

Die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmenssektors wird auch entscheidend durch staatliche Politik und Gesetzgebung beeinflusst. Gemeint sind u.a. handels- und wettbewerbspolitische Maßnahmen, staatliche Beihilfen, KMU-Förderung (kleinere und mittlere Unternehmen). In diesem Abschnitt wird vorrangig auf wettbewerbspolitische Maßnahmen und die Subventionspolitik eingegangen. Die handelspolitischen Maßnahmen wurden bereits beurteilt (Ausmaß des Protektionismus, siehe Übersicht 2, Kapitel 1.1.). Als Grundlage dienen die Bewertungen der Kommission, von IMD, WEF und EBRD.

Die IMD-Beurteilung stützt sich auf den Hauptindikator „Effizienz der Regierungstätigkeit“ und seine Einzelindikatoren Protektionismus, Subventionen und Wettbewerbsgesetzgebung, die Beurteilung des WEF auf die Einzelindikatoren „Ausmaß verzerrender Subventionen“ und „Wirksamkeit der Anti-Trustpolitik“. Die höchste Effizienz der gesamten Regierungstätigkeit (siehe Definition in Anmerkung zu Übersicht 17) und die geringsten staatlichen Einflüsse weist demnach Estland gefolgt von Ungarn auf. Estland schneidet durchgängig und Ungarn zumindest teilweise (insbesondere im Vergleich mit Portugal und Griechenland) besser als die EU-Südländer ab. Beide Länder weisen äußerst geringe verzerrende Subventionen auf, und ihre Wettbewerbspolitik wird

relativ günstig bewertet. Zwar erreicht Tschechien bezüglich der gesamten Regierungstätigkeit eine ähnliche Position wie die EU-Referenzländer, das Ausmaß der staatlichen Eingriffe (insbesondere „verzerrende Subventionen“) und die Wettbewerbspolitik werden schlechter beurteilt.

Das Bild der übrigen MOE-Länder ist differenziert. Einige Kandidatenländer (Slowakei, Lettland) erreichen durchaus Rangpositionen, die mit dem „schlechtesten“ EU-Südland Griechenland vergleichbar sind. Die übrigen (insbesondere Bulgarien und Rumänien) liegen jedoch weiter zurück. Dabei zeigen sich durchaus beachtliche Unterschiede bei den Einzelindikatoren. So werden Polen beispielsweise insgesamt eine geringe Effizienz der Regierungstätigkeit, ein hohes Maß an Protektionismus, wettbewerbsverzerrender Subventionen und eine schlechte Wettbewerbsgesetzgebung bescheinigt, doch sind Ausmaß der gesamten Beihilfen und Wirksamkeit der Wettbewerbspolitik mit dem Niveau der EU-Südländer vergleichbar.

Auch die Bewertung der EBRD (Übersicht 23) zeigt, dass noch kein MOE-Land westeuropäische Standards in der Wettbewerbspolitik erreicht hat. Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Estland, Litauen und die Slowakei werden dabei mit 3 Punkten bewertet. Nach EBRD-Definition bedeutet dies die Durchsetzung von Maßnahmen, um den Missbrauch der Marktmacht von Unternehmen einzuschränken sowie marktbeherrschende Industriekonglomerate zu zerschlagen. Zudem wurde der Marktzutritt deutlich vereinfacht. Slowenien, Estland und Litauen erfüllen dieses Kriterium nahezu, wogegen Lettland, Bulgarien und Rumänien deutlich ungünstiger (2+) bewertet werden.

ÜBERSICHT 21 Indikatoren: Regierung und staatliche Interventionen (2002)

	Einzelindikatoren WEF	
	Ausmaß verzerrender Subventionen ¹ 2002	Wirksamkeit der Anti-Trustpolitik ² 2002
Polen	66	29
Tschech.	55	49
Ungarn	4	26
Slowen.	42	33
Estland	9	32
Slowakei	35	47
Lettland	29	42
Litauen	61	56
Bulgarien	59	61
Rumänien	75	51
Portugal	51	30
Spanien	15	17
Griech.	58	36

Anmerkung: ¹ Umfrage: Auf welche Weise werden Subventionen im Land verwendet? Unproduktive Industrien werden am Leben erhalten oder, um die Produktivität der Industrie zu verbessern; ² Umfrage: Die Anti-Monopolpolitik ist lax und unterstützt nicht den Wettbewerb, oder sie unterstützt effektiv den Wettbewerb?

Die Bewertung des WEF gibt die Rangpositionen von 75 bewerteten Länder wieder; d.h. je höher die Rangposition, desto schlechter ist ein Land im internationalen Standortwettbewerb gestellt.

Quelle: WEF (2002).

ÜBERSICHT 22 Indikatoren: Regierung und staatliche Interventionen (2002)

	Hauptindikator- IMD Regierung ¹ 2002	SUB-Indikatoren IMD (2002)		Einzelindikatoren IMD	
		Offenheit d. Volks- wirtschaft ²	Regulierung des Wettbewerbs ³	Subventionen ⁴	Wettbewerbsge- setzgebung
				2000	2002 ⁵
Polen	47	46	42	21	48
Tschech.	28	27	27	48	32
Ungarn	24	32	28	42	29
Slowen.	43	36	43	31	44
Estland	17	23	20	22	30
Slowakei	37	35	38	47	37
Lettland					
Litauen					
Bulgarien					
Rumänien					
Portugal	34	17	29	26	31
Spanien	20	18	24	20	26
Griechenl.	40	24	30	6	35

Anmerkung: ¹ Bewertet anhand von 4 Sub-Indikatoren und 91 Einzelkriterien die Effizienz des staatlichen Regierens; ² Rangposition aus fünf Einzelindikatoren ermittelt; ³ Rangposition aus sieben Einzelindikatoren ermittelt; ⁴ Im Jahr 2000, staatliche Subventionen in den privaten und öffentlichen Sektoren als Prozentsatz des BIP; ⁵ Umfrage: Verhindert die Wettbewerbsgesetzgebung in ihrem Land unfairen Wettbewerb.

Die Bewertung des IMD gibt die Rangpositionen von 49 bewerteten Länder wieder; d.h. je höher die Rangposition, desto schlechter ist ein Land im internationalen Standortwettbewerb gestellt.

Quelle: IMD (2002).

Die Kommissionsbewertung berücksichtigt nicht nur das Ausmaß der staatlichen Einflussnahme, sondern auch die staatliche Beihilfepolitik sowie die Übernahme des Acquis in diesem Bereich. Die Übernahme der rechtlichen Voraussetzungen in der Wettbewerbs- und Subventionspolitik fällt zwar im Ländervergleich unterschiedlich aus, ist aber insgesamt, sieht man von Rumänien ab, fast abgeschlossen. Übersicht 18 zeigt, dass in vielen Kandidatenländern das Ausmaß staatlicher Einflussnahme auf die Wirtschaft und die Höhe staatlicher Beihilfen (insbesondere über versteckte Beihilfen: Rückstände auf Steuern und Sozialabgaben) noch recht hoch sind. Dies gilt für Polen, Tschechien, Slowenien und die Slowakei. Während Bulgarien im Zuge der Neuausrichtung seiner Wirtschaftspolitik hier Fortschritte verzeichnet, ist das Ausmaß wettbewerbsverzerrender staatlicher Einflussnahme und Subventionierung in Rumänien unvermindert hoch.

ÜBERSICHT 23

Staatliche Einflussnahme und Wettbewerbspolitik

	Bewertung der Kommission	Wettbewerbspolitik, EBRD
Polen	Staatliche Eingriffe hielten sich zwar in Grenzen und neues Beihilfegesetz (Januar 2001) war wichtiger Schritt, um sich an internationale Standards anzunähern, doch werden vielfach versteckte Subventionen in Form von Zahlungsrückständen bei Steuern und Sozialabgaben gewährt. Einige Branchen werden zudem durch nichttarifäre Handelshemmnisse geschützt. Problem besteht weiterhin aufgrund Komplexität und mangelnde Transparenz bei Normung und Zertifizierung sowie wegen uneinheitlicher Anwendung bestimmter Zollvorschriften. Im Bereich Wettbewerbspolitik wurden mit der Verabschiedung eines Rahmengesetzes u.a. über staatliche Beihilfen beachtliche Fortschritte erzielt. Auch das Kartellrecht entspricht weitgehend dem Gemeinschaftsrecht. Amt für Wettbewerb und Verbraucherschutz arbeitet effektiv. Aufsichtsbehörde für staatliche Beihilfe bedarf dagegen noch erheblicher Anstrengungen, um effektiv zu sein.	3
Tschechien	Staat greift weiterhin – wenn auch in geringem Maße – in die Märkte ein. Verzerrungen entstehen durch staatliche Beihilfen (vor allem im Stahl- und Bankenbereich). Versteckte Subventionen in Form von Zahlungsrückständen bei Steuern und Sozialabgaben. Breite Palette staatlicher Fördermaßnahmen. Kartellrecht und staatliche Beihilfekontrolle können positiv bewertet werden, doch Bemühungen um Rechtsdurchsetzung (insbesondere im Bankensektor und Stahlsektor) müssen fortgesetzt werden.	3
Ungarn	Strategie zur aktiven Investitionsförderung, um neue industrielle Zentren zu schaffen. Einige Förderprogramme nicht transparent genug. Indirekte Fördermaßnahmen werden schrittweise durch ausdrückliche Budgethilfen ersetzt, um die Investitionsanreize bis 2003 mit den EU-Vorschriften kompatibel zu machen. Gesamtbewertung für Bereich Kartellrecht fällt positiv aus, bezüglich staatlicher Beihilfen (aufgrund der Intransparenz) noch nicht.	3
Slowenien	Staat übt auf einige Bereiche der Wirtschaft noch erheblichen Einfluss aus; der Staat kontrolliert direkt oder indirekt fast die Hälfte der Wirtschaft. Rechtsangleichung, Verwaltungskapazität und Rechtsdurchsetzung sind gut vorangekommen, allerdings muss Durchsetzung bestehender kartell- und beihilferechtlicher Vorschriften noch verbessert werden.	3-
Estland	Der Staat greift nicht in nennenswertem Umfang in den privaten Sektor ein. Die Vorschriften im Bereich Wettbewerb und Handelspolitik sind im Großen und Ganzen mit dem EU-Recht vereinbar. Mittelfristig bedarf es noch erheblicher Anstrengungen, um die Überwachung der staatlichen Beihilfen zu erfüllen.	3-
Slowakei	Die staatlichen Eingriffe in den Unternehmenssektor wurden sehr verringert. Gleichwohl erhalten einige verbleibende öffentliche Unternehmen erhebliche Beihilfen und Bürgschaften. Rechtsrahmen im Kartellbereich sowie staatliche Beihilfen entsprechen weitgehend dem EU-Besitzstand, doch sind Angleichungen an neuere EU-Veränderungen notwendig. Verwaltung wurde ausgebaut, doch sind weitere Schulungsarbeiten notwendig.	3
Lettland	Die Regierung greift nur wenig in den Privatsektor ein. Der Umfang staatlicher Beihilfen hat sich von 1997 bis 2000 auf 1,2% des BIP halbiert. Transparenz staatlicher Beihilfen muss erhöht werden. Wettbewerbsgesetz von 2001 und die Beihilferegelungen alten wesentliche Elemente des Acquis, doch muss wirksame Durchsetzung ermöglicht werden. Das Wettbewerbsamt steht vor der Aufgabe, seine Ressourcen und die Kompetenz des Personals zu erhöhen.	2+
Litauen	Die Einflussnahme der Regierung auf die Wirtschaft (insbesondere im verarbeitenden Gewerbe) hat erheblich abgenommen (Subventionen 0,2% des BIP). Marktordnungen wurden liberalisiert und regelungsbedingte Hindernisse werden beseitigt. Rechtsanpassung im wettbewerbspolitischen Bereich weit vorangeschritten, doch sind weitere Anstrengungen insbesondere bei staatlichen Beihilfen erforderlich.	3
Bulgarien	Der Staat reduziert schrittweise seine Einflussnahme auf die Wirtschaft (versteckte Subventionen 2,3% des BIP). Im Juni 2002 wurde neues Gesetz zur Kontrolle der staatlichen Beihilfen eingeführt, doch bedarf es auch im Bereich der Beihilfen einer effektiven Durchführung. Gesetzgebung noch nicht in völliger Übereinstimmung mit dem Acquis.	2+
Rumänien	Auch wenn sich die staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft verringert hat, wirkt sie sich nach wie vor negativ auf die Wirtschaft aus, wodurch der Umstrukturierungsprozess gebremst wird. Kartellrecht entspricht weitgehend dem Besitzstand, wogegen auf dem Gebiet der staatlichen Beihilfen erhebliche Anforderungen bei der Übernahme entsprechender Regeln notwendig sind. Zudem sind die entsprechenden Institutionen zu stärken.	2+

Quelle: EBRD, (2002)

2.4. Ergänzendes Kriterium zu Subkriterium 3: Privatisierung und Unternehmenskontrolle

Das Wettbewerbskriterium ist nur zu erfüllen, wenn der Unternehmenssektor sich an veränderte ökonomische Rahmenbedingungen anpassen kann, d.h. die Fähigkeit besitzt, Innovationen voranzutreiben, seine Produktionskosten zu senken und im Wettbewerb mit ausländischen Unternehmen zu bestehen. Voraussetzung ist dabei, dass die Unternehmen überwiegend privatwirtschaftlich organisiert sind und die Eigentümerkontrolle effizient funktioniert. Dieser Punkt ist zwar nicht explizit in den Kopenhagen-Kriterien formuliert worden, doch geht die Kommission in ihren Länderberichten darauf ausführlich ein.

Die sog. kleine Privatisierung (Handel, Dienstleistungen, kleine Unternehmen) wurde in allen Ländern meist schon vor Jahren abgeschlossen. Auch haben viele Länder bereits deutliche Fortschritte in der Privatisierung von Großunternehmen vollzogen. Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Estland sowie mit Einschränkungen Litauen und Bulgarien haben diesen Prozess nahezu beendet (siehe Übersicht 19, EBRD-Bewertung). Da in den anderen Ländern meist noch einige Privatisierungen insbesondere im Energie- und Telekommunikationsbereich anstehen, werden hier noch nicht vollständig EU-Standards erreicht. In Polen, Slowenien und vor allem Rumänien muss noch eine Vielzahl Großunternehmen privatisiert werden, die sich meist in einer schlechten wirtschaftlichen Situation befinden.

Während zumindest die fortgeschrittenen MOE-Länder hinsichtlich der Privatisierung EU-Standards erreicht haben bzw. bald erfüllen werden, fällt der Abstand im Bereich Unternehmenskontrolle und Umstrukturierung markanter aus. Es führen auch hier Ungarn, Polen, Estland und Tschechien mit der Bewertung 3+ (4+ Standard der führenden Industrienationen), gefolgt von Slowenien, der Slowakei und Litauen (3), wogegen Lettland nur die Bewertung 3-, Bulgarien 2+ und Rumänien nur 2 erhalten haben. In einem Kernkriterium im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit zeigen sich also noch erhebliche Defizite in den meisten Bewerberländer. Dies entspricht auch weitestgehend der Kommissionseinschätzung, wobei marktkonforme industriepolitische Konzepte nach EU-Standards in allen Ländern an Bedeutung gewinnen, jedoch teilweise erhebliche Implementierungsprobleme bestehen.

Im EU-Vergleich ergibt sich anhand des IMD-Subkriteriums „Management-Praktiken“ (bestehend aus 11 Einzelindikatoren) insofern ein etwas anderes Bild, als Estland und Slowenien hier sogar vor den EU-Südländern liegen, wogegen Ungarn und Tschechien vergleichbar bewertet werden. Deutlich schlechter als Portugal, Spanien und Griechenland werden dagegen die Slowakei und insbesondere Polen eingeschätzt.

ÜBERSICHT 24 Indikatoren: Privatisierung, Unternehmenskontrolle und Industriepolitik

	Einschätzung der Kommission bzw. der EBRD
Polen	Privatisierungstempo hat sich beschleunigt. Viele privatisierte Wirtschaftszweige wurden erfolgreich umstrukturiert. Monopolisten werden nach wie vor nicht konsequent beaufsichtigt. In staatlichen Wirtschaftszweigen funktioniert die Unternehmenskontrolle noch nicht zufriedenstellend. Fortschritte bei der Formulierung einer konsistenten Industriepolitik; sie entspricht generell den Konzepten und Grundsätzen der EU. Umstrukturierung traditioneller Industriezweige benötigt große Anstrengungen.
Tschechien	Privatisierung ist in den meisten Sektoren auch Dank ausländischer Direktinvestitionen meist abgeschlossen, doch steht die Eigentumsu mwandlung von meist strategischen Unternehmen noch aus. Weitere Fortschritte aufgrund von Beschlüssen bezüglich der Privatisierung von Gas-, Telekommunikations- und Chemieunternehmen sind zu erwarten. Industriepolitik beruht weitgehend auf Grundsätzen der EU.
Ungarn	Privatisierung ist nahezu abgeschlossen und die Regierung bereitet den Verkauf der restlichen Unternehmen vor; Privatsektor über 80% des BIP. Privatisierungsbehörde wird umorganisiert. Ungarn hat mit Erfolg die Industriepolitik (entsprechend den Grundsätzen der EU) umgesetzt, die sich auf marktwirtschaftliche Regeln stützt. Strategie der aktiven Investitionsförderung. Szechenyi-Plan konzentriert sich auf Maßnahmen zur Förderung und Vernetzung multinationaler Unternehmen mit der heimischen Wirtschaft sowie Verringerung der regionalen Ungleichgewichte. Gute Fortschritte bei Schaffung eines angemessenen Unternehmensumfeldes. Es bestehen jedoch Ungleichgewichte zwischen Regionen und Unternehmenssektoren.
Slowenien	Insgesamt ging die Privatisierung nur langsam voran, obwohl sich das Tempo in der letzten Zeit etwas beschleunigte. Die Umstrukturierung des Unternehmenssektors kam voran.
Estland	Privatisierungsprogramm ist weitgehend abgeschlossen. Nur im Grundstückssektor sind Eigentumsu mwandlungen vorgesehen. Privatisierungsamt wurde Ende 2001 aufgelöst. Industriepolitische Maßnahmen bleiben begrenzt.
Slowakei	Privatisierung öffentlicher Unternehmen ist außerhalb des Finanzsektors wesentlich vorangekommen. Anders als in der Vergangenheit werden Privatisierungen transparenter und unter Beteiligung ausländischer Bieter durchgeführt. Unternehmensumstrukturierung ist vorangekommen und die Rentabilität der Unternehmen steigt.
Lettland	Privatisierung von Unternehmen steht kurz vor dem Abschluss. Trotz Verzögerungen bei der Privatisierung befinden sich nur noch einige Großunternehmen im Staatsbesitz. Die Umstrukturierung der Unternehmen macht gute Fortschritte. Industriepolitik stützt sich auf Verbesserung der Rahmenbedingungen.
Litauen	Privatisierung bald abgeschlossen. Nur noch einige wenige Großunternehmen müssen privatisiert werden. Privatsektor bildet wichtigen Teil der Wirtschaft, doch die Anstrengungen zur Rückgabe von Grund und Boden müssen verstärkt werden. Während die Umstrukturierung der Unternehmen sich zunächst langsam vollzog, scheint sie jetzt zügiger voranzukommen. Industriepolitik weitgehend auf Basis der EU-Grundsätze, doch muss Verwaltung verbessert werden.
Bulgarien	Privates Eigentum vorherrschend in der Wirtschaft. Bis April 2002 wurden fast 80% des staatlichen Anlagevermögens privatisiert. Neue Verfahren sollen die Privatisierung der verbliebenen 2000 Unternehmen (hauptsächlich in den Bereichen Telekommunikation, Banken, Versicherungen etc.) in einer transparenteren Weise vorantreiben. Probleme mit der Eigentümerkontrolle auch noch in einigen privatisierten Unternehmen.
Rumänien	Der Privatsektor ist weiter gewachsen, doch ist das Gewicht der großen Verlustunternehmen bedeutend. Schleppendes Privatisierungstempo aufgrund von Verfahrensänderungen, wiederholten Verzögerungen und nicht transparenten Verfahren. Strukturelle Zusammensetzung der Wirtschaft zeigt, dass der Transformationsprozess noch nicht abgeschlossen ist.

Quelle: EBRD, (1999 und 2000); IMD (1999 und 2000); Kommissionseinschätzung zusammengestellt auf Grundlage der Fortschrittsberichte der EU-Kommission.

ÜBERSICHT 25 **EBRD-Indikatoren: Privatisierung und Unternehmenskontrolle**

	Anteil des Privatsektors am BIP (2001)	Große Privatisierung, EBRD (2002)	Unternehmens- kontrolle, EBRD (2002)	Management Prakti- ken, Sub-Indikator IMD (2002)
Polen	75	3+	3+	49
Tschechien	80	4	3+	38
Ungarn	80	4	3+	36
Slowenien	65	3	3	28
Estland	80	4	3+	26
Slowakei	84	4	3	46
Lettland	72	3	3-	
Litauen	70	4-	3	
Bulgarien	72	4-	2+	
Rumänien	67	3+	2	
Portugal				40
Spanien				35
Griechenland				37

Anmerkung: EBRD-Indikatoren wie in vorheriger Übersicht. Bewertung des IMD gibt die Rangpositionen der 49 bewerteten Länder wieder; d.h. je höher die Rangposition, desto schlechter ist ein Land im internationalen Standortwettbewerb gestellt.

Quelle: EBRD, (2002); IMD (2002).

2.5. Ergänzendes Kriterium 5: Problemsektoren

Das Ausmaß der Umstrukturierung und Modernisierung von schrumpfenden Wirtschaftssektoren (Kohle-, Stahl- und Agrarsektor) könnte als geeigneter Indikator für die Fähigkeit gelten, veraltete Industrie- und Wirtschaftsstrukturen zu überwinden. Sollte es einem Land in diesem Bereich nicht gelingen, weitgehende Umstrukturierungen vor dem Beitritt einzuleiten, würden erhebliche ökonomische und soziale Spannungen folgen. Die Wettbewerbsregelungen der EU erlauben es zudem nur noch begrenzt Problemindustrien zu subventionieren. Gleichzeitig ließe die Demonopolisierung von bisher ausschließlich vom Staat kontrollierten Bereichen wie Energie und Telekommunikation darauf schließen, ob die Beitrittsländer in Schlüsselbereichen der Wirtschaft, die unter EU-Recht Wettbewerbsfähigkeit beweisen müssen, Umstrukturierungsmaßnahmen durchgeführt haben.

Ungarn hat weitestgehend die Kapazitäten in den schwerindustriellen Bereichen angepasst bzw. wie im Bergbau geschlossen. Anpassungen im Stahlsektor sind indes noch im Gange. Der Agrarsektor benötigt weitere Modernisierungsmaßnahmen, kann aber auf großbetriebliche Strukturen aufbauen, die auch langsam durch leistungsfähige bäuerliche Betriebe ergänzt werden. Reformen zur Verbesserung des Bodenmarktes sind indes dringend erforderlich. Zudem sind Infrastruktur, Vertriebswege und veterinärmedizinische Standards weiter zu verbessern. Auch im Bereich der Demonopolisierung und Umstrukturierung des Telekommunikationssektors kann Ungarn als fortgeschrittenes Land

gelten. Weite Bereiche sind hier schon unter Beteiligung von Auslandskapital privatisiert worden.

Tschechiens Landwirtschaft befindet sich in einer ähnlichen Situation wie die Ungarns. In Tschechien benötigen aber vor allem die Stahl-, Maschinenbau- und Verteidigungsindustrie weitere Umstrukturierungen und Kapazitätsverminderungen. Besonders schwierig ist die Lage im Kohlebergbau und in der Energiewirtschaft, wogegen der Telekommunikationssektor bereits privatisiert wurde. In den letzten Jahren sind gewisse Fortschritte bei der Umstrukturierung des Kohlebergbaus und der Stahlindustrie zu beobachten. Die Kommission verweist darauf, dass dies im Rahmen der EU-Wettbewerbsregeln erfolgen sollte, d.h. Beihilfen nicht versteckt über Außenstände bei Steuern und Sozialabgaben gewährt werden. Dies wird übrigens auch bei anderen Ländern, insbesondere Polen angemerkt.

Insbesondere in Polen sind diese Anpassungsprozesse in den Problembereichen noch nicht abgeschlossen. Dies gilt zunächst für die polnische Stahlindustrie, die jedoch in den letzten Jahren gewisse Fortschritte bezüglich ihrer Umstrukturierung erzielen konnte. Das Programm zur Sanierung des Bergbausektors wird implementiert, doch wird dessen Realisierung noch Jahre in Anspruch nehmen. Als besonders schwierig erweist sich die Situation der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und von Teilen der Nahrungsmittelindustrie in Polen. Sicherlich lassen sich hier EU-Standards nur langsam einführen. Im Agrarbereich werden sich nur allmählich im Zuge eines Strukturwandels größere und effizientere Betriebsstrukturen entwickeln. Die Privatisierungen in der Telekommunikationsbranche sind gut vorangeschritten, während sie in anderen Schlüsselbereichen (Energiesektor) die nächsten Jahre noch andauern werden.

Auch in Slowenien und der Slowakei sind Strukturwandel und Privatisierung im Stahlsektor noch nicht abgeschlossen. In der Slowakei stehen noch wichtige Anpassungen im Energiesektor bevor, und die Situation der Agrarwirtschaft ist ähnlich wie in Tschechien zu beurteilen. Sloweniens Landwirtschaft ist kleinbäuerlicher Natur und die Agrarstruktur eher ungünstig, jedoch kommt der Landwirtschaft volkswirtschaftlich nur geringe Bedeutung zu. Die Übernahme des Acquis im Agrarbereich ist indes gut vorangeschritten.

Die baltischen Staaten wiesen zu sowjetischen Zeiten nur einen geringen Anteil schwerindustrieller Unternehmen auf, doch sind Umstrukturierung und Privatisierung der Werftindustrie, des Energiesektors sowie öffentlicher Versorgungsunternehmen fast abgeschlossen. Trotz einiger Fortschritte ist die Situation von Problemsektoren in Bulgarien und insbesondere in Rumänien weitaus ungünstiger zu beurteilen. Rumänien leidet unter massiven Strukturproblemen in der Landwirtschaft und die Umstrukturierung des Energie- und Stahlsektors hat noch nicht richtig eingesetzt.

ÜBERSICHT 26

Indikatoren: Problemsektoren

Polen	Trotz einiger Fortschritte besteht erheblicher Umstrukturierungsbedarf im Kohle-, Stahlsektor und der Landwirtschaft. Der Energiesektor bedarf weiterer Anpassungen und Umstrukturierungen. Die Umstrukturierung des Agrarsektors verläuft nur schleppend.
Tschechien	Umstrukturierung der noch verbliebenen Schwerindustrie, insbesondere Stahlsektor noch nicht abgeschlossen. Sollte in Übereinstimmung mit den Wettbewerbsregelungen der EU durchgeführt werden.
Ungarn	Umstrukturierung bzw. Strukturwandel in Problemsektoren weitgehend abgeschlossen, allerdings ist die Umstrukturierung der Stahlindustrie noch in vollem Gange.
Slowenien	Umstrukturierung der Stahlindustrie ist Kernbestand der Industriepolitik, doch wird überprüft, ob das Programm im Stahlsektor mit dem Europaabkommen in Einklang steht.
Estland	Liberalisierung des Energiewesens und die Umstrukturierung der Krankenhausverwaltung bleiben die letzten großen Vorhaben der estnischen Behörden. Umstrukturierung der beschäftigungsintensiven und umweltschädlichen Ölschieferindustrie schreitet voran.
Slowakei	Rechtliche Rahmenbedingungen für Privatisierung verbesserten sich 2002. Teilprivatisierungen natürlicher Monopole in den Bereichen Energie, Gas und Öl werden vorgenommen.
Lettland	Große Versorgungs- und Infrastrukturunternehmen befinden sich noch immer in staatlicher Hand.
Litauen	Umstrukturierung im Energiesektor; Privatisierung steht hier bevor.
Bulgarien	Umstrukturierung des Energie- und Gassektors, der Kohlegruben und der Stahlindustrie geht langsam voran, da viele Unternehmen noch versteckt subventioniert werden (Ausnahme bei Steuern und Sozialabgaben).
Rumänien	Verfahren zur Umstrukturierung öffentlicher Versorgungsunternehmen läuft. Agrarsektor ist rückständig. Umstrukturierung des Stahlsektors steht noch aus, doch liegt Studie dazu vor.

Quelle: Kommissionseinschätzung zusammengestellt auf Grundlage der Fortschrittsberichte der EU-Kommission.

2.6. Subkriterium 4: Betriebliche Investitionen zur Umstrukturierung und Leistungssteigerung, Wettbewerbsindikatoren und ausländische Direktinvestitionen (ADI)

Die Bereitschaft durch Investitionen Unternehmen an veränderte Marktsituationen anzupassen und moderne Produktionstechnologien einzuführen, ist eine wichtige Voraussetzung zur Herstellung bzw. Sicherung der Wettbewerbsposition von Unternehmen. Das Ausmaß ausländischer Direktinvestitionen lässt erkennen, wie stark die Unternehmen in internationale Netzwerke integriert sind. Ein hohes Maß an ADI weist zudem auf einen fortgeschrittenen Transfer neuwertiger Produktionstechnologie sowie moderner Management- und Organisationsstrukturen hin. Anhand von verschiedenen Wettbewerbsindikatoren, insbesondere der Entwicklung der relativen Lohnstückkosten, kann auf eine veränderte internationale Wettbewerbsposition der Industrie eines Landes geschlossen werden.

Das höchste Investitionswachstum weisen von 1997 bis 2001 Lettland und Bulgarien auf (JD über 10%). Dies spiegelt eine Konsolidierungsphase nach dem drastischen Einbruch der Wirtschaftstätigkeit (u.a. zuletzt Russlandkrise) wider, die erst langsam in einen anhaltenden Modernisierungsprozess des Anlagekapitals übergeht. Tschechien, Slowakei und Litauen zeichnen sich aus unterschiedlichen Gründen durch ein niedrigeres Investitionswachstum aus. Im Baltikum drückte die Wirtschaftskrise Russlands das Investitionsniveau, während Tschechien und die Slowakei sich erst langsam aus ihrer hausgemachten Wirtschaftskrise befreiten. Dennoch hebt sich der Modernisierungsgrad

des Anlagekapitals in Tschechien und Estland dank der hohen ADI von dem der übrigen baltischen Staaten, der Slowakei und vor allem Bulgariens ab. Rumänien erlebt erst seit 2000 eine wirtschaftliche Konsolidierung mit moderat steigenden Investitionen auf niedrigem Niveau.

Polen, Ungarn und Slowenien zeichnen sich in den letzten Jahren durch dynamische Investitionstätigkeit aus, die jedoch im Falle Polens seit 2001 markant unterbrochen wird. Polen scheint ähnlich wie Tschechien, die Slowakei und zuvor (1995) Ungarn mit einer erneuten Anpassungskrise konfrontiert zu sein, die auch die Modernisierung des Kapitalstocks unterbricht. Während in Ungarn die Investitionsdynamik in den letzten zwei Jahren bei weiterhin hohen Auslandsinvestitionen nur leicht zurückgeht, wird Slowenien von der weltwirtschaftlichen Konjunkturabschwächung weitaus deutlicher getroffen. Die Kommissionsbewertung und die ADI-Indikatoren zeigen, dass in den fortgeschrittenen MOE-Ländern die Modernisierung des Kapitalstocks durch interne, aber auch ausländische Direktinvestitionen sich in den letzten Jahren beschleunigt hat.

Für Ungarn und Slowenien fällt der WEF-Indikator Technologie besser aus als für Griechenland und bezüglich „mikroökonomischer Wettbewerbsfähigkeit“ werden sie sogar günstiger als Portugal und Griechenland bewertet. Tschechien und Estland erreichen bei diesen Indikatoren ein mit Portugal und Spanien vergleichbares Niveau. Alle übrigen MOE-Länder schneiden deutlich schlechter ab, sind jedoch mit Griechenland vergleichbar. Berücksichtigt man den Produktivitätsindikator von IMD, dann weisen die MOE-Länder zwar eine mit Portugal, nicht jedoch mit Spanien und Griechenland vergleichbare Rangposition auf.

Die Veränderung der relativen Wettbewerbsposition lässt sich für die meisten MOE-Länder (nur eingeschränkt für Lettland, Bulgarien und Rumänien) anhand quantifizierbarer Wettbewerbsindikatoren der Industrie darstellen. Ungarn verzeichnete von 1997 bis 2001 ein über den Lohnsteigerungen (30%) liegendes Produktivitätswachstum (41%). Trotz realer Aufwertung (1995: 25%) haben sich die in Euro berechneten Lohnstückkosten in dieser Periode um ca. 13% erhöht. Diese Entwicklung hat die internationale Wettbewerbsfähigkeit Ungarns kaum geschmälert, was die weiterhin beachtliche Exportdynamik belegt. Hier zeigt sich, dass der Modernisierungsprozess und die günstige Kostenentwicklung in den Jahren zuvor Ungarns internationale Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig gestärkt haben.

Günstiger als in Ungarn haben sich die Lohnstückkosten in Slowenien, Estland und der Slowakei entwickelt, ohne dass diese Länder indes mit der Exportentwicklung Ungarns mithalten konnten. Kritischer ist die Situation in Polen und Tschechien zu beurteilen, da dort die Lohnstückkosten sich um 30% bzw. 18% erhöhten. Dafür waren in Polen nicht nur die über dem Produktivitätswachstum liegenden Lohnsteigerungen, sondern auch die starke reale Aufwertung des Zloty verantwortlich. In Tschechien stiegen zwar die Löhne geringer als die Produktivität, doch hat auch hier die Aufwertung der Krone zu einer deutlichen Erhöhung der in Euro gemessenen Lohnstückkosten geführt. Die Exportentwicklung Polens und Tschechiens bleibt nicht zuletzt aufgrund einer geringeren preislichen Wettbewerbsfähigkeit hinter der Entwicklung Ungarns zurück.

Drastischer verläuft der Anstieg der Lohnstückkosten in Litauen, wobei allerdings das niedrige Ausgangsniveau zu berücksichtigen ist. In Bulgarien und Rumänien lassen die sehr schwankenden Indikatoren (Produktion und Produktivität waren teilweise rückläufig) darauf schließen, dass die wirtschaftliche Konsolidierung auf niedrigem Niveau erst eingesetzt hat. Diese Volkswirtschaften müssen aufgrund ihres geringen technologischen Niveaus ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit in lohnintensiven Bereichen durch eine moderate Entwicklung ihrer Lohnstückkosten erhalten.

ÜBERSICHT 27 Indikatoren: Betriebliche Investitionen und ADI

	Einschätzung der Kommission
Polen	Investitionsboom von 1997 bis 2000 hat zur Modernisierung des Anlagekapitals geführt und Produktinnovation sowie Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Unternehmen gefördert. Hoher Zufluss ausländischer Direktinvestitionen war vor allem der Privatisierung zuzuschreiben und unterstützte die Modernisierung des Exportsektors. ADI-Zuflüsse hoch, doch Bestand noch vergleichsweise niedrig. Sektorale Struktur der Wirtschaft ändert sich nur langsam.
Tschechien	Hohe Bruttoanlageinvestitionen haben die Angebotsseite der Wirtschaft bedeutend gestärkt. Umstrukturierung der Unternehmen kommt voran, doch bei inländischen Firmen bedeutend langsamer (teilweise hohe Verschuldung). Hohe ADI haben sich positiv auf Beschäftigung, Produktivität und Wachstum ausgewirkt. Sektorale Struktur der Wirtschaft mit hohem Anteil des verarbeitenden Gewerbes ändert sich kaum.
Ungarn	Hohe Investitionsquote und ADI haben zu deutlichen Produktivitätsgewinnen geführt und die Umstrukturierung der Unternehmen gefördert. Sektorale Struktur hat sich kaum geändert. Da ADI nicht mehr mit Privatisierungen zusammenhängen, sind sie Ausdruck für Ungarns Attraktivität als Investitionsstandort.
Slowenien	Stabile Investitionsraten begünstigen Modernisierung und Umstrukturierung der Wirtschaft, doch vollzieht sich der sektorale Strukturwandel langsam. Die ADI haben in den letzten Jahren für Investitionen und Wachstum nur eine geringe Rolle gespielt. Arbeitsproduktivität hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert.
Estland	Starkes Wachstum der Investitionen hat das Potential und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhöht. Dienstleistungssektor hat seinen Anteil deutlich vergrößert. ADI steigen weiter an. Viele ausländische Unternehmen investieren. 1999: ADI etwa 6% des BIP. Estnische Unternehmen investieren stark in Lettland und Litauen.
Slowakei	Bruttoanlageinvestitionen steigen und hauptsächlich durch Privatsektor und ADI. Zufluss von Direktinvestitionen. Rentabilität der Unternehmen hat sich verbessert. Sektoraler Strukturwandel zugunsten des Dienstleistungssektors geht voran.
Lettland	Selbst in Zeiten verlangsamter Privatisierung konnten Anreize für ADI geschaffen werden. Strukturwandel ist rasch vorangeschritten, hat sich jedoch in jüngster Zeit verlangsamt.
Litauen	Einige Großunternehmen müssen noch umstrukturiert werden, um dem Wettbewerb auf dem EU-Markt bestehen zu können. Der Kapitalstock wird allmählich modernisiert. Weitere Modernisierung der Produktionskapazitäten ist erforderlich. Sektoraler Strukturwandel hat sich verlangsamt.
Bulgarien	Umstrukturierung verzeichnet in Verbindung mit der Privatisierung Fortschritte, doch ist sie in einigen Sektoren noch nicht abgeschlossen. Investitionsquote hat sich in den letzten Jahren erhöht und partiell zur Erneuerung des Kapitalstocks beigetragen. Dennoch ist sie weiterhin zu niedrig, doch spielen ADI eine wichtige Rolle. Sektoraler Strukturwandel vollzieht sich relativ rasch.
Rumänien	Investitionen müssen gesteigert und deren Qualität verbessert werden, um die Wirtschaftsleistung langfristig zu unterstützen. Die Unternehmensumstrukturierung verzeichnet in einigen Bereichen beachtliche Fortschritte, doch befinden sich Privatisierung und Umstrukturierung in einigen Bereichen erst am Anfang.

Quelle: Kommissionseinschätzung zusammengestellt auf Grundlage der Fortschrittsberichte der EU-Kommission.

ÜBERSICHT 28

Indikatoren: Investitionen und ADI

	Internationale Investitionen ¹ IMD (2002-Datenbasis 2000)	Jährlicher ADI-Zufluss in % des BIP, Durchschnitt 1997-2001	ADI-Bestand, in Euro pro Kopf 2001	JD-Wachstum der Investitionen 1997-2001	Investitionsquote in % des BIP, Durchschnitt 1997-2001
Polen	30	4,2	952	6,7	24,2
Tschechien	27	7,8	2284	0,7	33,9
Ungarn	32	4,3	1790	7,8	23,8
Slowenien	40	1,4	1527	7,8	25,4
Estland	17	8,1	2084	5,6	26,3
Slowakei	19	4,4	521	2,3	33,4
Lettland		5,7	970	17,4	24,7
Litauen		4,8	720	5,9	23,1
Bulgarien		5,6	272	12,3	16,7
Rumänien		3,5	245	-7,8	19,9
Portugal	15		2134 ²		
Spanien	8		3018 ²		
Griechenland	49		2100 ²		

Anmerkung: Bewertung des IMD gibt die Rangpositionen der 49 bewerteten Länder wieder; d.h. je höher die Rangposition, desto schlechter ist ein Land im internationalen Standortwettbewerb gestellt.

¹ Indikator IMD basiert auf 8 quantifizierten Einzelindikatoren, die für das Jahr 2000 die Bedeutung der ADI bewerten.

² Für 1998 in USD.

Quelle: IMD (2002); Eurostat, OEI (2002).

ÜBERSICHT 29 Indikatoren: Produktivität und Mikroökonomische Wettbewerbsindikatoren

	Produktivität, IMD (2002) ¹	Technologie WEF (2002) ²	Mikroökonomische Wettbewerbsfähigkeit, WEF 2002	
			Insgesamt ³	Unternehmensstrategie ⁴
Polen	38	36	46	46
Tschechien	31	20	34	34
Ungarn	32	21	28	29
Slowenien	30	25	27	26
Estland	34	14	30	36
Slowakei	36	34	42	43
Lettland		29	45	48
Litauen		40	40	39
Bulgarien		56	68	72
Rumänien		55	67	69
Portugal	33	13	36	41
Spanien	19	24	25	22
Griechenland	17	30	43	47

Anmerkung: Bewertung des IMD gibt die Rangpositionen der 49 bewerteten Länder wieder; d.h. je höher die Rangposition, desto schlechter ist ein Land im internationalen Standortwettbewerb gestellt. Die Bewertung des WEF gibt die Rangpositionen von 75 bewerteten Länder wieder; d.h. je höher die Rangposition, desto schlechter ist ein Land im internationalen Standortwettbewerb gestellt.

¹ Indikator IMD basiert auf 11 quantifizierten Einzelindikatoren der Produktivitätsentwicklung in der Volkswirtschaft.

² Indikator WEF basiert auf 3 Einzelindikatoren, die auf Umfragen und quantifizierbaren Daten die Innovationskraft der Volkswirtschaft beurteilen. ³ Indikator WEF basiert auf 2 Einzelindikatoren, die auf Umfragen und quantifizierbaren Daten die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bewerten. ⁴ Einzelindikator des WEF, der in die Bewertung des mikroökonomischen Wettbewerbsindikators eingeht. Er beruht auf Umfragen, die die Qualität der Unternehmensstrategien beurteilen.

Quelle: IMD (2002); WEF (2002).

ÜBERSICHT 30 Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit in der Industrie
 (Veränderungen in % wenn nicht anders vermerkt)

<i>Polen</i>	1997	1998	1999	2000	2001	97-01
Produktion	12,8	5,1	5,3	7,3	0,0	34,0
Produktivität	12,1	4,7	9,5	8,3	1,9	41,7
Reallöhne	12,1	8,4	5,8	8,1	4,8	45,6
Realer Wechselkurs zum Euro (1995=100)	113,2	119,0	116,9	132,8	149,4	-
Lohnstückkosten (Euro)	0,1	4,7	-6,4	12,8	18,1	30,6
Lohnanteil (in %)	0,34	0,34	0,33	0,34	-	-
Exporte (real)	9,9	11,0	1,0	17,5	8,0	
<i>Ungarn</i>						
Produktion	14,8	16,2	12,5	11,0	6,2	76,9
Produktivität	13,0	10,1	0,2	10,7	2,4	41,4
Reallöhne	3,6	7,4	8,5	3,4	4,8	30,8
Realer Wechselkurs zum Euro (1995=100)	108,6	107,5	111,6	116,4	125,6	-
Lohnstückkosten (Euro)	-2,1	-9,0	10,2	1,4	13,5	12,9
Lohnanteil (in %)	0,27	0,27	0,27	0,25	0,26	-
Exporte (real)	26,4	16,7	13,1	21,8	9,1	
<i>Tschechien</i>						
Produktion	6,4	2,5	-2,7	4,8	7,8	19,9
Produktivität	11,1	5,6	2,2	5,8	6,6	35,1
Reallöhne	8,4	5,6	6,3	0,7	8,2	32,6
Realer Wechselkurs zum Euro (1995=100)	109,7	119,5	118,3	124,4	132,9	-
Lohnstückkosten (Euro)	-1,9	4,1	2,0	4,1	8,9	18,0
Lohnanteil (in %)	0,25	0,24	0,24	na		
Exporte (real)	8,1	10,0	6,1	17,0	12,3	-
<i>Slowenien</i>						
Produktion	0,2	3,9	0,0	7,0	2,8	14,5
Produktivität	4,5	5,4	1,8	7,3	1,8	22,3
Reallöhne	6,2	5,0	6,3	3,3	0,7	23,3
Realer Wechselkurs zum Euro (1995=100)	98,3	102,1	102,9	103,4	103,3	-
Lohnstückkosten (Euro)	1,9	2,5	3,0	-1,5	2,8	8,8
Lohnanteil (in %)	0,37	0,36	0,35	0,35	0,35	-
Exporte (real)	11,6	6,7	1,7	12,7	6,2	
<i>Estland</i>						
Produktion	14,5	5,4	-2,3	16,7	8,2	49,0
Produktivität	18,4	9,2	4,8	10,8	4,5	56,9
Reallöhne	11,5	10,7	3,5	9,3	4,3	45,6
Realer Wechselkurs zum Euro (1995=100)	131,9	141,1	144,2	146,5	151,2	-
Lohnstückkosten (Euro)	1,1	4,5	-3,8	4,6	3,3	9,8
Lohnanteil (in %)	0,51	0,49	0,48	0,47	na	-
Exporte (real)	30,3	12,0	0,5	28,6	-0,2	

ÜBERSICHT 30, Forts.

<i>Slowakei</i>	1997	1998	1999	2000	2001	97-01
Produktion	1,6	6,5	-3,0	10,0	6,0	22,4
Produktivität	4,1	11,5	2,0	7,8	3,9	32,6
Reallöhne	7,5	6,1	-3,9	1,9	6,2	18,7
Realer Wechselkurs zum Euro (1995=100)	115,8	118,3	115,1	130,4	134,3	-
Lohnstückkosten (Euro)	9,1	-6,0	-5,8	5,7	4,3	6,5
Lohnanteil (in %)	0,30	0,29	0,29	0,33	0,36	-
Exporte (real)	17,6	12,2	3,6	15,9	6,5	
<i>Lettland</i>						
Produktion	17,1	4,0	-5,9	6,8	9,5	34,0
Produktivität	12,7	13,2	-1,6	4,4	na	na
Reallöhne	17,8	4,8	7,7	2,0	na	na
Realer Wechselkurs zum Euro (1995=100)	128,8	133,0	142,8	159,7	158,9	-
Lohnstückkosten (Euro)	15,1	-7,3	9,9	9,6	na	na
Lohnanteil (in %)	0,39	0,43	0,45	0,44	na	-
Exporte (real)	13,1	4,9	-6,4	12,0	6,9	
<i>Litauen</i>						
Produktion	8,0	9,3	-9,6	8,8	17,0	35,8
Produktivität	5,7	8,0	-6,1	14,7	20,3	47,9
Reallöhne	18,1	28,6	-10,4	-16,3	3,7	18,1
Realer Wechselkurs zum Euro (1995=100)	151,5	159,7	168,1	192,5	195,8	-
Lohnstückkosten (Euro)	30,4	12,5	3,4	15,3	-12,8	52,5
Lohnanteil (in %)	0,33	0,35	0,33	0,32	na	-
Exporte (real)	-	-	-	-	-	-
<i>Bulgarien</i>						
Produktion	-13,7	-5,8	-4,3	12,0	0,7	-12,3
Produktivität	-6,9	1,4	-1,8	18,7	5,1	15,7
Reallöhne	16,2	14,1	7,5	-5,4	-0,5	34,1
Realer Wechselkurs zum Euro (1995=100)	117,6	136,9	137,4	147,3	154,3	-
Lohnstückkosten (Euro)	24,3	26,6	15,0	na	-9,3	na
Lohnanteil (in %)	0,41	0,39	0,48	0,51	0,53	-
Exporte (real)	3,1	-4,7	-5,0	16,6	8,5	
<i>Rumänien</i>						
Produktion	-6,8	-18,1	-6,1	8,9	na	na
Produktivität	-1,4	-15,9	14,7	15,5	na	na
Reallöhne	-23,7	10,7	1,9	-14,2	na	na
Realer Wechselkurs zum Euro (1995=100)	111,5	143,6	125,9	146,6	147,8	-
Lohnstückkosten (Euro)	-6,5	46,7	-22,2	-2,7	na	na
Lohnanteil (in %)	0,28	0,31	0,26	0,23	na	-
Exporte (real)	11,4	na	9,7	23,9	10,6	

Anmerkung: Produktion: Brutto-Industrieproduktion; Produktivität und Reallöhne in der Industrie; Reallöhne berechnet auf Basis des Erzeugerpreisindex. Realer Wechselkurs gegenüber dem Euro; Lohnstückkosten in Euro. Der Lohnanteil ist der Anteil der Löhne an der Bruttowertschöpfung der Industrie. Exporte als Wachstumskomponenten des BIP.

Quelle: EBRD, 2002.

2.7. Subkriterium 4: Außenwirtschaft, EU-Integration

Ausmaß, Tempo und Art der Handelsverflechtung der MOE-Länder mit der EU können als verlässlicher Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit dienen. Die EBRD-Bewertung zeigt, dass durch die außenwirtschaftlichen Reformen (Handelsliberalisierung und Wechselkurse) alle MOE-Länder das Niveau entwickelter Marktwirtschaften erreicht haben. Gewisse Vorbehalte bestehen in Rumänien, doch ist auch hier das außenwirtschaftliche Regime kein Hindernisgrund für den EU-Beitritt. Diese recht allgemeine Bewertung der EBRD schließt nicht – wie vorher dargestellt – aus, dass einzelne Länder nicht doch gelegentlich protektionistische Maßnahmen ergreifen. Der EU-Beitritt wird jedoch zu einem völligen Abbau der Handelshemmnisse führen und die Kompetenz im Bereich des Außenhandels auf die EU-Kommission übertragen.

Wie schneiden diese Länder im internationalen Vergleich ab? Der IMD-Indikator „internationaler Handel“ bewertet anhand von 20 quantifizierbaren Einzelindikatoren die Außenhandelsentwicklung des Jahres 2001. Dabei ist bemerkenswert, dass mit Ausnahme Polens (Lettland, Litauen, Bulgarien und Rumänien werden nicht berücksichtigt) alle Kandidatenländer bessere Rangpositionen als die EU-Südstaaten erreichen. Das zweite hier angeführte Kriterium „Globalisierung“ schätzt anhand von fünf auf Umfragen beruhenden Einzelindikatoren die Wirkung der Globalisierung auf die heimische Wirtschaft. Hier fällt das Bild differenzierter aus: Während Tschechien, Ungarn und vor allem Estland mit dem besten EU-Südland Spanien vergleichbar sind, erreichen Polen, Slowenien und die Slowakei die Rangplätze von Portugal und Griechenland. Polen erhält hier wiederum die schlechteste Bewertung, doch ist der Abstand zu Portugal nicht allzu groß.

Seit Anfang der 90er Jahre führte die dynamische Außenhandelsentwicklung der MOE-Länder mit Westeuropa dazu, dass nunmehr die EU der dominierende Handelspartner für die Beitrittsländer geworden ist. Damit hat die EU für die MOE-Länder sowohl im Handelsvolumen als auch im Außenhandelsanteil Werte erreicht, wie sie deren geographische Nähe und Einkommensniveau entsprechen. Die engere Verflechtung der EU mit Ostmitteleuropa hat allerdings auch eine größere Konjunkturabhängigkeit der MOE-Exporte zur Folge. Angesichts der abgeschwächten Welt- und EU-Konjunktur ist das Exportwachstum der MOE-Länder in den letzten zwei Jahren deutlich zurückgegangen. Strukturell weisen alle Kandidatenländer Handels- und Leistungsbilanzdefizite auf, die allerdings nur im Falle der baltischen Staaten und der Slowakei kritische Margen (Leistungsbilanzdefizit über 7%) erreichen.

Auch die strukturellen Änderungen des Außenhandels lassen darauf schließen, dass die Außenhandelsintegration der Beitrittskandidaten weit vorangeschritten ist und wichtige Segmente der Wirtschaft (vor allem in kapitalintensiven Bereichen einschließlich Transportausrüstungen) in internationale Produktionsnetzwerke integriert und damit wettbewerbsfähig sind. Die zunehmende Produktionsverflechtung wird von 1996 bis 2000 auch daran deutlich, dass der Anteil der Zwischenerzeugnisse am Gesamthandel in fast allen MOE-Ländern über die 50%-Marke gestiegen ist. Gleichzeitig hat der Anteil der Kapitalgüter an den MOE-Exporten ähnlich stark zugenommen wie der des Imports von Zwischenerzeugnissen, so dass die komparativen Handelsvorteile zumindest in

neun MOE-Ländern sich von den Zwischenerzeugnissen auf die Kapitalgüter verschoben haben. Dies gilt für einige Länder auch in den Sub-Bereichen Transportausrüstungen (einschließlich Vorprodukte) und Kraftfahrzeugbau. Gleichzeitig hat in allen Ländern der intra-industrielle Handel (Handel ähnlicher Erzeugnisse) zugenommen, wobei der Warenaustausch überwiegend noch in unterschiedlichen Qualitätssegmenten (vertikaler Intra-Industry-Trade) stattfindet. Auch dies deutet auf stärkere Produktionsverflechtungen zwischen West- und Osteuropa hin.

ÜBERSICHT 31

Indikatoren: Außenwirtschaft

	Außenwirtschaft, Wechselkurs, EBRD (2002) ¹	Internationaler Handel ² IMD (2002)	Einfluss der Globali- sierung, IMD (2002) ³	Anteil der EU an den Exporten (2001)
Polen	4+	44	42	69,2
Tschechien	4+	23	13	68,9
Ungarn	4+	19	19	74,3
Slowenien	4+	25	36	62,2
Estland	4+	15	8	69,4
Slowakei	4+	17	30	59,9
Lettland	4+			61,2
Litauen	4+			47,9
Bulgarien	4+			54,7
Rumänien	4			71,0
Portugal		46	40	87,9
Spanien		34	17	78,0
Griechenland		41	37	78,6

Anmerkung: EBRD-Indikatoren wie in vorheriger Übersicht; Bewertung des IMD gibt die Rangpositionen der 49 bewerteten Länder wieder; d.h. je höher die Rangposition desto schlechter ist ein Land im internationalen Standortwettbewerb gestellt.

¹ 4+ bedeutet weitgehende Übernahme der Standards und Normen fortgeschrittener Marktwirtschaften, d.h. Beseitigung der meisten Zollbarrieren und Mitgliedschaft in der WTO; die Bewertung 4 bedeutet noch ein gewisse direkte Einflussnahme der Ministerien auf den Handel, doch besteht volle Konvertibilität in der Leistungsbilanz; ² Anhand von 20 quantifizierbaren Einzelindikatoren wird die Außenhandelsentwicklung des Jahres 2001 bewertet. ³ Anhand von 5 auf Umfragen beruhenden Einzelindikatoren wird die Wirkung der Globalisierung auf die heimische Wirtschaft geschätzt.

Quelle: EBRD, (2002); IMD (2002); OEI (2002).

ÜBERSICHT 32

Indikatoren: Außenwirtschaft

	Bewertung der Kommission
Polen	Erfolgreiche Integration in die EU-Wirtschaft und Neuorientierung des Außenhandels nach der Russlandkrise. Erzeugnisse mit höherer Wertschöpfung gewinnen Bedeutung am Export. Kräftige Exporte sind in Anbetracht der Aufwertung des Zloty ein Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit des produzierendes Gewerbes.
Tschechien	Volkswirtschaft ist sehr offen und hat hohes Integrationsniveau erreicht, höherwertige Waren dominieren im Handel und ihr Anteil steigt kontinuierlich.
Ungarn	Hohe Integration in EU-Wirtschaft, Exportstruktur verschiebt sich immer stärker auf technologie- und humankapitalintensive Bereiche.
Slowenien	Handelsintegration mit der EU verläuft weiterhin auf hohem Niveau.
Estland	Hohe Handelsintegration mit der EU. Zulieferaufträge (Telekommunikation) im Außenhandel haben an Bedeutung gewonnen. Außenhandelsstruktur ändert sich vorteilhaft. In einigen Bereichen starke Anfälligkeit gegenüber externen Entwicklungen (Telekommunikations- und Mobilfunkhersteller).
Slowakei	Hoher Grad an Handelsverflechtung mit der EU und verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Arbeitsproduktivität stieg stark. Lohnzurückhaltung hat preisliche Wettbewerbsfähigkeit erhöht.
Lettland	Sehr liberales Außenhandelssystem; weitere Ausrichtung des Handels an die EU; Exportproduktion stützt sich auf niedrige Lohnstückkosten; in Bereichen mit komparativen Vorteilen (u.a. Holz- und Papierindustrie) wird versucht Verbesserungen vorzunehmen. Höhere Qualität der Erzeugnisse u. bessere Vermarktungsmöglichkeiten stärken Wettbewerbsfähigkeit. Große Qualitätsunterschiede zwischen Export und Import deuten auf hohes Produktivitätspotential hin.
Litauen	Volkswirtschaft ist sehr offen, und die EU wird zu einem immer bedeutenderen Handelspartner. Im Mai 2001 Beitritt zur WTO. Die externe Wettbewerbsfähigkeit konnte durch starke Produktivitätssteigerungen und gemäßigte Lohn- und Gehaltsforderungen aufrechterhalten werden.
Bulgarien	Im Zuge der Handelsliberalisierung wurde die EU wichtigster Handelspartner. Die Handelsintegration Bulgariens ist gestiegen. Trotz realer Aufwertung blieb die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten.
Rumänien	Zunehmende Liberalisierung hat Wirtschaft geöffnet und stärker in die EU integriert. EU ist größter Handelspartner.

Quelle: Kommissionseinschätzung zusammengestellt auf Grundlage der Fortschrittsberichte der EU-Kommission.

ÜBERSICHT 33 **Handelsbilanz- und Leistungsbilanzsaldo der Kandidatenländer**

	Handelsbilanz mit der EU Durchschnitt 1997-2001 (in Mio. Euro)	Handelsbilanz insgesamt 2001 (in Mio Euro)	Leistungsbilanz in % des BIP Durchschnitt 1997-2001	Leistungsbilanz in % des BIP 2001
Polen	-10750	- 15832	-5,4	-3,3
Tschechien	-2604	-3425	-4,3	-4,6
Ungarn	-1090	-3552	-3,4	-2,2
Slowenien	-1704	-998	-1,7	-0,4
Estland	-496	- 1102	-7,8	-6,1
Slowakei	-48	- 2383	-7,4	-8,6
Lettland	-318	- 1688	-8,6	-9,7
Litauen	-696	-1977	-8,9	-4,8
Bulgarien	-188	- 1764	-1,5	-6,0
Rumänien	-1050	- 4688	-5,3	-5,9

Quelle: EU-Kommission, Eurostat.

ÜBERSICHT 34

Warenstruktur und Entwicklung der MOE-Exporte
Struktur in % der Gesamtexporte (2000)

	Grundstoffe	Zwischen- produkte	Kapitalgüter		Konsumgüter
			Insgesamt	davon Kraftwagen	
Polen	6,0	49,3	15,9	4,6	28,8
Tschech.	3,7	59,5	21,9	8,5	14,9
Ungarn	3,7	51,4	25,2	5,2	19,8
Slowen.	1,7	51,5	19,6	8,6	27,2
Estland	11,3	45,3	24,0	1,8	19,4
Slowakei	3,3	55,3	23,8	13,9	17,6
Lettland	13,1	57,0	5,4	0,1	24,4
Litauen	7,9	55,2	9,0	2,7	28,0
Bulgarien	na	na	na	na	na
Rumänien	6,3	46,5	8,0	0,4	39,2

Veränderung 1996-2000 (Änderung in Prozentpunkten)

Polen	-3,0	5,1	1,8	1,4	-4,0
Tschech.	-2,3	0,7	5,4	4,2	-3,7
Ungarn	-4,3	3,2	17,1	4,7	-16,1
Slowen.	0,1	3,5	0,1	-0,9	-3,7
Estland	1,1	-4,9	15,3	-1,1	-11,5
Slowakei	-0,2	-7,3	9,2	10,2	-1,7
Lettland	5,3	8,5	-4,0	-0,1	-9,9
Litauen	0,3	2,5	-1,3	-2,0	-1,5
Bulgarien	na	na	na	na	na
Rumänien	0,3	-3,3	1,1	-0,3	1,9

Quelle: ECE (2002), Economic Survey (No. 1).

ÜBERSICHT 35

Exportentwicklung der Kandidatenländer 1998-2000
(jährliche Änderungen in % auf Basis der Exporte in Euro)

	1998	1999	2000	2001	2001 1997=100	1. Halbjahr 2002*
Polen	10,7	2,2	33,7	17,2	177,4	4,1
Tschech.	16,4	7,3	27,8	18,3	188,8	8,9
Ungarn	21,5	14,5	30,0	11,3	201,4	6,8
Slowen.	9,4	-0,5	18,2	9,0	140,2	4,1
Estland	18,8	0,0	53,9	7,3	196,3	-14,0
Slowakei	12,4	0,5	34,1	9,5	165,9	1,5
Lettland	9,8	-0,4	25,5	10,9	152,2	3,6
Litauen	-2,8	-14,9	46,3	24,1	150,3	6,9
Bulgarien	-14,6	-0,3	40,7	8,6	130,1	0,1
Rumänien	-1,3	9,1	41,1	11,6	169,6	9,1

Anmerkung: * gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf Basis der Exporte in USD.

Quelle: Eurostat, Europäische Kommission, ECE (2002), Economic Survey (No. 2).

2.8. Subkriterium 8: Kleinere und mittlere Unternehmen (KMU)

Anteil und Dynamik der KMU können deshalb als Bewertungskriterium herangezogen werden, weil Kleinunternehmen tendenziell stärker von einem verbesserten Marktzugang profitieren. Zudem tragen sie zu einer höheren Wettbewerbsintensität bei, zumal vielfach Großunternehmen eine geringere Anpassungsfähigkeit aufweisen. Polens beachtliches Wirtschaftswachstum ist auf einen dynamischen Privatsektor vor allem im Bereich der KMU zurückzuführen. Diese Unternehmen werden aus beschäftigungspolitischer Sicht auch weiterhin eine entscheidende Rolle dabei spielen, Arbeitskräfte aus schrumpfenden Branchen (u.a. der Schwerindustrie) und der Landwirtschaft aufzunehmen. Das bisherige Finanz- und Steuersystem (letzteres nunmehr positiv geändert) sowie fehlende Kapazitäten zur Unterstützung dieses Sektors stellen indes ein entscheidendes Entwicklungshindernis dar.

Obwohl die Bedeutung des KMU-Sektors durchaus unterschiedlich ist (siehe Übersicht 36), stellt sich die Situation in vielen MOE-Ländern ähnlich dar. Überall vollzieht sich eine Diversifizierung der Unternehmensstruktur weg von den Großunternehmen, wenngleich in vielen Ländern (u.a. in der Slowakei und Slowenien) Großunternehmen in Produktion und Export noch dominieren und in Rumänien dieser Sektor über den Dienstleistungssektor hinaus an Bedeutung gewinnt. Polen, Ungarn und Estland dürften in der KMU-Entwicklung und in der EU-konformen Förderpolitik am weitesten fortgeschritten sein.

In ihrer Bewertung beklagt die Kommission, dass in allen Ländern die Entwicklung des KMU-Sektors durch unzureichende Möglichkeiten der Fremdfinanzierung, bürokratische Hemmnisse, Korruption und den mangelhaften Zugang zu unternehmensbezogenen Dienstleistungen behindert wird. Die Übernahme formaler EU-Förderrichtlinien und Unterstützungsprogramme ist zwar weit vorangeschritten, doch wird deren reale Implementierung von der EU-Kommission in den meisten Ländern bemängelt.

3. Zusammenfassende Bewertung

Das zusammenfassende Ranking des IMD zur Wettbewerbsfähigkeit (ohne Lettland, Litauen, Bulgarien und Rumänien) berücksichtigt insgesamt 4 Indikatoren, die jeweils aus 20 Sub-Indikatoren („Wirtschaftsentwicklung“, „Regierungseffizienz“, „Business-Effizienz“ und „Infrastruktur“) sowie 314 Einzelindikatoren ermittelt werden. Übersicht 37 zeigt, dass Estland dank seiner hohen Regierungseffizienz sogar eine günstigere Rangposition (21) als Spanien (23) erzielt. Estland ist gegenüber dem Vorjahr um einen Platz vorgerückt. Spanien war auch in den zurückliegenden Jahren das „wettbewerbsfähigste“ EU-Südland und konnte seine Position sogar noch leicht verbessern (um drei Positionen).

ÜBERSICHT 36

Indikatoren: Kleinere und mittlere Unternehmen

	Bewertung der Kommission	KMU	
		in % des BIP	in % der Beschäftigten
Polen	KMU-Sektor entwickelt sich dynamisch, allerdings erschwerter Zugang zu Finanzmitteln. Klar umrissene KMU-Politik stimmt mit den Grundsätzen und Zielen der EU-Politik überein.	Keine klare EU-konforme Definition von KMU. BIP-Anteil ca. 50%	
Tschechien	KMU-Sektor wächst, doch war es nicht möglich Wachstumspotential voll auszuschöpfen. Zurückhaltung der Banken bei Kreditgewährung. Keine Fortschritte bei Verbesserung der Rahmenbedingungen für den KMU-Sektor. Grundstrukturen für KMU-Strategie vorhanden, doch Strategie sollte weiter verfeinert und schlüssiger gestaltet werden.	42	60
Ungarn	Beitrag der KMU zum BIP-Wachstum nimmt zu. Starke Dynamik des KMU-Sektors (zu wenig mit den Großunternehmen verflochten). KMU-Politik deckt sich generell mit den Grundsätzen und Zielen der EU. Marktzugang könnte verbessert werden. Programm zu Kleinstkrediten soll wirtschaftliches Potential der KMU fördern.	ca. 66	ca. 50
Slowenien	Großunternehmen sind vorherrschend, und die KMU haben an Bedeutung verloren. Bürokratische Hemmnisse und relativ schwieriger Zugang zu FuE- und Finanzressourcen behindern Entwicklung der KMU. Behörden entwickeln Strategie, um dem entgegenzuwirken. KMU-Sektor sollte weiterhin besser auf den Beitritt vorbereitet werden. Definition der KMU steht mit EU noch nicht im Einklang, doch entspricht KMU-Politik den EU-Konzepten.	29	37
Estland	Rahmenbedingungen sind stabil und unternehmerfreundlich. Existenzgründungen haben im Mittelstand rasch zugenommen und ehrgeiziges Programm will Wettbewerbsfähigkeit des KMU-Sektors fördern.	Keine klare EU-konforme Definition von KMU. BIP-Anteil ca. 47%	
Slowakei	Fördermaßnahmen für KMU-Sektor werden durchgeführt. KMU-Sektor entwickelt sich, doch konzentrieren sich Produktion und Ausführen auf wenige Großunternehmen; KMU-Politik richtet sich verstärkt an EU-Grundsätzen aus, kann jedoch verbessert werden. Zugang zu Finanzmitteln ungenügend, dürfte sich jedoch mit Umstrukturierung des Bankensystems verbessern.	-	60
Lettland	Lage der KMU hat sich verbessert, doch Unternehmenstätigkeit nach wie vor gering. Rahmenbedingungen wurden verbessert, doch Zugang zu Finanzmitteln schwierig. EU-Strategie verbal anerkannt, doch zögerliche konkrete Umsetzung.	65	70
Litauen	KMU-Sektor hatte lange Zeit schwerwiegende Probleme beim Zugang zu Finanzmitteln, die teilweise behoben werden konnten. Regierung betreibt aktive Politik zur Förderung des KMU-Sektors. KMU-Strategie entspricht weitgehend EU-Vorgaben und ihre Finanzierung ist unklar.	47	-
Bulgarien	KMU-Sektor spielt eine sehr wichtige Rolle, doch hat er noch nicht sein Wachstumspotential entfaltet. Ursache hierfür sind die noch immer schwierigen Rahmenbedingungen, ungenügende Kapitalbeschaffung und „Kleinkorruption“. Fremdfinanzierungen sind äußerst schwierig. Regierung hat Kreditprogramm gestartet, doch Auswirkungen bisher gering. KMU-Politik entspricht zwar den Grundsätzen der EU, doch es fehlt eine kohärente Strategie.	43	65
Rumänien	Durch stärkere Anerkennung der Rolle der KMU könnten sich die Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung verbessern. Trotz positiver Einzelinitiativen fehlt es an kohärenter und wirksamer KMU-Strategie.	39,5	47

Anmerkung: * Anteil an den Beschäftigten

Quelle: Kommissionseinschätzung zusammengestellt auf Grundlage der Fortschrittsberichte der EU-Kommission.

Tschechien und Ungarn werden für 2002 ähnlich bewertet (Position 29 bzw. 28), wobei Tschechien vor allem aufgrund einer höheren „Business-Effizienz“ sich gegenüber dem Vorjahr deutlich nach vorne schob (um 6 Positionen). Ungarn wird die letzten Jahre dagegen relativ konstant beurteilt. Beide Länder schneiden 2002 besser als Portugal (Position 33) ab, das aufgrund einer schlechteren „Regierungseffizienz“ 4 Rangpositionen verlor. Die Wettbewerbsfähigkeit Sloweniens und der Slowakei ist - im Zeitablauf relativ stabil - (Rang 38 bzw. 37) mit der Griechenlands (Rang 36) vergleichbar. Polen wird dagegen von den insgesamt 49 Ländern nur auf Position 45 geführt, wobei es in den letzten Jahren seine internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern konnte.

Einen etwas anderen Ansatz wählt die Heritage Foundation, die jedes Jahr den Grad der wirtschaftlichen Freiheit in 161 Ländern misst. Dabei wird von einem auch empirisch getesteten positiven Zusammenhang zwischen dem Grad der ökonomischen Freiheit und dem Wirtschaftswachstum sowie der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ausgegangen. Der zusammenfassende Index wird ermittelt anhand von 50 unabhängigen Variablen, die in 10 Bereiche (Handelspolitik, Fiskalische Belastung der Regierung, Interventionen der Regierung, Geldpolitik, Kapitalströme und ausländische Direktinvestitionen, Banken und Finanzen, Löhne und Preise, Eigentumsrechte, Regulierung, Schwarzmarkt) gegliedert werden können.

ÜBERSICHT 37 IMD-Wettbewerbsindex Insgesamt und Index der wirtschaftlichen Freiheit (Rangpositionen)

	Wettbewerbsindikator IMD Insgesamt					Wirtschaftliche Freiheit
	1998	1999	2000	2001	2002	Heritage Foundation* 2003
Polen	44	40	38	47	45	66
Tschech.	37	37	40	35	29	35
Ungarn	28	26	26	27	28	44
Slowenien	-	39	36	39	38	62
Estland	-	-	-	22	21	6
Slowakei	-	-	-	37	37	66
Lettland	-	-	-	-	-	33
Litauen	-	-	-	-	-	29
Bulgarien	-	-	-	-	-	104
Rumänien	-	-	-	-	-	138
Portugal	29	27	29	34	33	32
Spanien	26	20	23	23	23	29
Griechenland	33	32	34	30	36	56

Anmerkung: * Der Index misst den Grad der wirtschaftlichen Freiheit von 161 Ländern anhand von 50 unabhängigen Variablen, die in 10 Bereiche (Handelspolitik, Fiskalische Belastung der Regierung, Interventionen der Regierung, Geldpolitik, Kapitalströme und ausländische Direktinvestitionen, Banken und Finanzen, Löhne und Preise, Eigentumsrechte, Regulierung, Schwarzmarkt) gegliedert werden können. Gleiche Rangpositionen sind möglich, wenn die Bewertung gleich ausfällt.

Quelle: IMD (2002); Heritage Foundation (2002).

Übersicht 37 zeigt, dass Estland mit Rang 6 weltweit als eines der Länder mit der größten wirtschaftlichen Freiheit eingestuft wird und damit auch deutlich vor den EU-Südländern liegt. Tschechien (Rang 35), Lettland (Rang 33) und Litauen (Rang: 29) rangieren auf ähnlichen Plätzen wie Portugal (Rang 32) und Spanien (Rang 29). Erst mit einem Abstand folgt Ungarn (Rang 44), das jedoch deutlich besser als Griechenland (Rang 56) abschneidet. Polen, Slowenien und die Slowakei erreichen nur Positionen zwischen 62 und 66. Weit abgeschlagen sind indes Bulgarien und Rumänien (Rang 104 und 138).

Der aggregierte Wettbewerbsindex „Wachstum“ des WEF (Übersicht 38) beabsichtigt, unter Berücksichtigung des Entwicklungsstandes eines bestimmten Landes, dessen Kapazitäten für ein über einen mittleren Zeitraum anhaltendes Wachstum zu ermitteln. Dabei werden drei wesentliche Säulen des Wachstumsprozesses, nämlich die technologische Innovationskraft, die öffentlichen Institutionen und die makroökonomischen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Aus diesen Sub-Indices wird dann der „gesamte Wachstums-Wettbewerbsindex“ ermittelt und entsprechend eine Rangfolge für die insgesamt 75 bewerteten Länder aufgestellt. Im folgenden wird wiederum nur auf die Rangfolge des Gesamtindex und nicht auf die einzelnen „Indexwerte“ eingegangen.

ÜBERSICHT 38

WEF-Wettbewerbsindex „Wachstum“
(Rangpositionen von insgesamt 75 Ländern)*
und eigene Bewertung (nach Skala der EBRD)

	2000	2001	2002	EBRD und eigene Bewertung 2002
Polen	34	41	51	3,1
Tschechien	31	37	40	3,3
Ungarn	25	28	29	3,6
Slowenien	-	31	28	3,4
Estland	-	29	26	3,7
Slowakei	38	40	49	3,1
Lettland	-	47	44	3,1
Litauen	-	43	36	3,1
Bulgarien	57	59	62	2,7
Rumänien	-	56	66	2,4
Portugal	22	25	23	-
Spanien	26	22	22	-
Griechenland	33	36	38	-

Anmerkung: * Der Index wird aus drei Sub-Indices (technologischer Innovationskraft, öffentliche Institutionen und makroökonomische Rahmenbedingungen) berücksichtigt. Aus den Sub-Indices wird dann der „gesamte Wachstums-Wettbewerbsindex“ ermittelt und entsprechend eine Rangfolge für die insgesamt 75 bewerteten Länder aufgestellt.

Quelle: WEF (2002).

In der Bewertung der MOE-Länder (Übersicht 38) führen Estland (Rang 26), Slowenien (Rang 28) und Ungarn (Rang 29), die (relativ konstant über die letzten zwei Jahre) nicht viel schlechter abschneiden als Spanien (Rang 22) und Portugal (Rang 23). Es folgt Litauen (Rang 36), das sich gegenüber dem Vorjahr (Rang 43) deutlich verbesserte

und nunmehr das immer schlechter bewertete Griechenland (Rang 38) überholt hat. Ähnlich schneidet Tschechien ab (Rang 40), gefolgt von Lettland (Rang 44). Dagegen hat sich Polens Position (51) angesichts der eingetrübten makroökonomischen Rahmenbedingungen in den letzten drei Jahren deutlich verschlechtert und ist mit der Einstufung der Slowakei (Rang 49) vergleichbar. Bulgarien (Rang 62) und Rumänien (Rang 66) bilden wiederum das Schlusslicht, zusammen mit Russland (Rang 64) und Argentinien (Rang 62).

ÜBERSICHT 39 **WEF-Mikroökonomischer Wettbewerbsindex***
(Rangpositionen von 75 Ländern)

	1998	1999	2000	2001	2002
Polen	41	42	41	37	41
Tschech.	30	41	34	34	34
Ungarn	28	27	32	33	31
Slowenien				32	27
Estland				28	30
Slowakei	36	48	36	40	42
Lettland				41	45
Litauen				50	40
Bulgarien		54	55	68	68
Rumänien				61	67
Portugal	33	29	28	33	36
Spanien	22	23	23	24	25
Griechenland	38	36	33	46	43

Anmerkung: * Der „mikroökonomische Wettbewerbsindex“ wird aus zwei Sub-Indices ermittelt, die zum einen die Qualität der Unternehmensstrategie und zum anderen die Güte der Rahmenbedingungen für Unternehmen erfassen. Für 2000 und 2001 wurden 75 Länder berücksichtigt, in den Jahren zuvor nur 58. Die Rangpositionen sind damit über die Jahre nur bedingt miteinander vergleichbar.

Quelle: WEF (2002)

Ein weiterer zusammenfassender Index des WEF (Übersicht 39) zielt auf die mikroökonomischen Grundlagen von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Hier sollen Faktoren erfasst werden, die in den breit angelegten und meist hoch aggregierten Variablen der üblichen ökonomischen Wachstumsmodelle nicht berücksichtigt werden, die jedoch einen hohen Erklärungswert für unterschiedliche Einkommensniveaus von Nationen haben. Der „mikroökonomische Wettbewerbsindex“ wird aus zwei Sub-Indices ermittelt, die zum einen die Qualität der Unternehmensstrategie und zum anderen die Güte der Rahmenbedingungen für Unternehmen erfassen. Die Indices werden wiederum für 75 Länder vorrangig auf Basis von 4600 Unternehmensbefragungen ermittelt. Im folgenden werden wiederum nur die Rangpositionen interpretiert.

Übersicht 38 zeigt für 2002, dass nur Slowenien (Rang 27) eine Position im ersten Drittel erreicht und annähernd die gleiche mikroökonomische Wettbewerbsfähigkeit wie Spanien (Rang 25) als bestes (und als relativ stabil beurteiltes) EU-Südland - erzielt. Estland (Rang 30), Ungarn (Rang 31) und Tschechien (Rang 34) folgen mit einigem Abstand, werden indes noch besser als Portugal (Rang 36) bewertet. Polen (Rang 41), Slowakei (Rang 42), Litauen (Rang 40) und Lettland (Rang 45) rangieren in einer ähnli-

chen Kategorie wie Griechenland (Rang 43). Weit abgeschlagen und fast am Ende der Bewertungsskala liegen wiederum Bulgarien und Rumänien auf Rang 68 und 67, nur eine bzw. zwei Positionen vor der Ukraine und Zimbabwe.

Fasst man die in der Studie verwendeten 10 EBRD-Indikatoren (sie betreffen die Kriterien „funktionsfähige Marktwirtschaft“ und „Wettbewerb“) sowie 24 eigene Indikatoren (analoge EBRD-Einteilung von 1 bis 4, arithmetischer Durchschnitt ungewichtet), die auf Basis der IMD-, WEF- und Kommissionseinschätzung sowie eigener Bewertungen ermittelt wurden, zusammen, ergibt sich ein etwas anderes Bild (Übersicht 38). Estland und Ungarn führen zwar (ca. 4-), doch bleibt der Abstand zu westeuropäischen Standards (ca. 4+) bestehen. Mit gewissen Abstand folgen Tschechien und Slowenien (ca. 3+). Deutlich von den Standards westlicher Industrienationen entfernt sind Polen, die Slowakei, Lettland und Litauen (ca. 3). Der Abstand dieser Länder zu Bulgarien (3-) ist nicht allzu groß. Rumänien erreicht nur eine Note von ca. 2+, d.h. seine ökonomische Beitrittsfähigkeit fällt noch schlechter aus als die Bulgariens und dürfte sich auch über einen mittelfristigen Zeitraum nicht entscheidend verbessern.

Literaturverzeichnis

- DB-Research (2001). *EU-Enlargement Monitor*, No. 9. Frankfurt.
- Quaisser, W. (1999), Osterweiterung: Außenhandel und Wettbewerbsfähigkeit der MOE-Länder in einer erweiterten Union, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München (Working Papers) Nr. 223, München, Dezember 1999.
- EBRD (2002). *Transition Report 2001*. London: European Bank for Reconstruction and Development.
- ECE: *Economic Survey of Europe*. Geneva: United Nations, European Commission for Europe. No. 1 und No. 2, 2002.
- EU-Kommission (2002). *Regelmässiger Bericht 2000 (2001) über die Fortschritte einzelner Beitrittsländer*. Monographie. Brussels.
- IMD (2001). *The World Competitiveness Yearbook 2001*. Geneva: International Institute for Management Development (IMD).
- IMF (1999). *World Economic Outlook*. Washington D.C.
- The Institutional Investor Online (2002). *Country Credit Ratings*. Internet.
- Krugman, P. (1994). "Competitiveness: A Dangerous Obsession." *Foreign Affairs*, Vol. 73, No. 2, pp. 28-44.
- OEI (2002), Osteuropa-Institut München, "Wachstum in schwierigem Umfeld, Wirtschaftslage und Reformprozesse in Ostmittel- und Südosteuropa sowie der Ukraine 2001/2001", Working Paper Nr. 242, München.
- Transparency International's Corruption Perception Index (2002).
- WEF (2002), World Economic Forum. *The Global Competitiveness Report 2001-2002* (und 2002-2003), Oxford University Press, New York, Oxford.